

ANTON CZETTLER, BRUGG (SCHWEIZ)

Ungarns Weg zum ersten Wiener Schiedsspruch. Die ungarische Außenpolitik während und nach der Sudetenkrise 1938

Eine Analyse jener außenpolitischen Ereignisse, die mit der sogenannten »Sudetenkrise« bzw. mit der als Folge von Hitlers »dynamischer« Außenpolitik entfesselten europäischen Krise 1938/1939 im Zusammenhang stehen, scheint auf den ersten Blick keine besonders schwierige Aufgabe zu sein. Zehntausende von Dokumenten, diplomatischen Akten und Memoiren stehen uns zur Verfügung. Mit Ausnahme der Sowjetunion haben beinahe alle kriegführenden Staaten ihre Archive den Forschern zugänglich gemacht. Eine große Anzahl von Studien behandelt sogar Teilgebiete der Geschichte jener zwei verhängnisvollen Jahre, deren Geschehnisse eine welthistorische Wende herbeiführten und deren Folgen – so vor allem die »zweigeteilte Welt« – auch unsere heutige Epoche prägen.

Trotz dieser Fülle diplomatischer Akten und Unterlagen erweist sich die Untersuchung der Handlungen der verantwortlichen Staatsmänner jener Jahre, aber auch die Analyse des Verhaltens der Völker, der öffentlichen Meinung der hier behandelten Epoche als eine schwierige Arbeit: eine viel schwierigere als der oberflächliche Beobachter es für möglich halten würde. Die publizistische Literatur, aber auch große historiographische Werke der Nachkriegszeit wurden durch die Ereignisse der letzten drei Kriegsjahre stark beeinflusst. Hitlers wahnwitzige Eroberungspläne, seine unnötigen, in einem bereits verlorenen Krieg dem deutschen Volk und seinen Verbündeten gegenüber als verbrecherisch geltenden Durchhalte-Befehle, die Greueltaten der nationalsozialistischen Besatzungsmacht in den eroberten Gebieten, die jeder Vernunft widersprechende Fortsetzung des Krieges bis zum »bitteren Ende« hatten auch die Ereignisse der unmittelbaren Vorkriegszeit in ein falsches Licht gerückt. Pars pro toto soll hier die Rolle Chamberlains in Erinnerung gerufen werden. Der im Herbst 1938 weltweit gefeierte »Friedensapostel«, dem im Laufe einer vom Schicksal gekennzeichneten Debatte des englischen Unterhauses ein Mitglied des Parlamentes die unvergeßlichen – und trotzdem ins Vergessen geratenen – Worte »Thank God for our Prime Minister« zurief, wurde in der Nachkriegszeit zum personifizierten Symbol der Appeasement-Politik abgestempelt. Inspiriert durch das von seinem Nachfolger, Winston Churchill – aber auch teilweise von der deutschen Widerstandsliteratur – geprägte historische Bild, neigen wir unwillkürlich zur Auffassung, der nach München pilgernde »naive« Chamberlain sei ein einfältiger Wegbereiter Hitlers gewesen. Dabei wird oft übersehen, daß die 1940 gewonnene und der nationalso-

zialistischen Eroberungspolitik die erste Niederlage liefernde »Battle of Britain« ohne die im Frühsommer 1937 einsetzende und im Oktober 1938, d.h. unmittelbar nach der Viermächtekonferenz von München intensivierete Rüstungspolitik der Regierung Chamberlain kaum möglich gewesen wäre.

Eine ebenso weltweit verbreitete Ansicht – an welcher die Publizistik auch heute noch festhält – ist, daß das vom »faschistoiden« Horthy-Regime regierte Ungarn während der 1938 einsetzenden und in der Zeitspanne 1939-1941 in den Zweiten Weltkrieg mündenden europäischen Krise der treueste Satellit Hitlers gewesen sei und sich von Deutschlands Sieg eine reiche Beute erhoffte. Die Einverleibung Rutheniens in das ungarische Hoheitsgebiet im Frühjahr 1939 z.B., die den ursprünglichen Absichten der deutschen Reichsregierung widersprach, wird sogar von einem so hervorragenden Historiker wie Philipp W. Fabry mit den Worten kommentiert, Ungarn habe sich »an der Zerschlagung der Tschechoslowakei lebhaft beteiligt.«¹ Dabei läßt es der namhafte Historiker unerwähnt, daß es sich um ein Gebiet handelte, das bis zum Zusammenbruch im Herbst 1918 tausend Jahre hindurch einen integralen Teil des ungarischen Königreiches bildete.

Die vorliegende Untersuchung versucht, aufgrund der dem Verfasser zur Verfügung stehenden Materialien und Literaturquellen die sehr differenzierten – sowohl von Spannungen als auch von einer gewissen Interessengemeinschaft geprägten – deutsch-ungarischen Beziehungen während der analysierten Zeitspanne einer objektiven Prüfung zu unterziehen. Bei dieser Untersuchung soll allein dem Grundsatz »sine ira et studio« Priorität eingeräumt werden. Trotzdem will der Verfasser nicht verschweigen, daß die allerletzte Zielsetzung der vom konservativen Gedankengut beseelten ungarischen Außenpolitik, die Wiederherstellung des zerstückelten Reichs der Stefanskrone, mit den revolutionären Zielen des nationalsozialistischen Deutschlands letzten Endes unvereinbar war.

1. Ungarns Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit

1.1. *Der Schock von Trianon und die ungarischen Revisionsbestrebungen*

Im Sinne des am 4. Juni 1920 im kleinen Trianon-Palais in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages wurde das Hoheitsgebiet des ungarischen Königreiches, dessen Fläche vor 1918 ohne Kroatien 282.000 km² betrug,² auf rund 93.000 km² reduziert. Die Bevölkerungszahl sank von 18,2 Millionen auf 7,2 Millionen. Mehr als 3 Millionen Ungarn gerieten unter Fremdherrschaft: 1,7 Millionen unter rumänische, 1 Million unter tschechoslowakische und rund eine halbe Million unter jugoslawische Herrschaft.³ Die Folgen dieser mit Härte durchgeführten Zer-

¹ FABRY Philipp W.: *Balkan-Wirren 1940-1941*. Darmstadt 1966, S. 30.

² Kroatien, das 800 Jahre hindurch mit dem Königreich Ungarn durch eine Personalunion verbunden war. Im Oktober 1918 kündigte der kroatische Landtag diese Personalunion und sprach sich für eine Vereinigung mit Serbien und Slowenien aus.

³ MACARTNEY C. A.: *October Fifteenth. A History of Modern Hungary*. Bd. I. Edinburgh 1956, S. 4f.

stückelung wogen umso schwerer, als die sogenannten »Nachfolgestaaten«, deren Hoheitsgebiet zu Lasten Österreichs und Ungarns übermäßig vergrößert worden war, selber Gebilde heterogenen Charakters waren und ihre nationalen Minderheiten nicht zu befriedigen vermochten. Nach dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie im Herbst 1918 wäre die Gründung einer neuen Föderation die optimale Lösung gewesen. Dieser Staatenbund hätte die Gleichberechtigung aller im mitteleuropäischen Raum lebenden Völker gewährleisten sollen. Die in das Lager der Siegermächte eingetretenen Nachfolgestaaten widersetzten sich aber jeder föderativen Alternative. Insbesondere jene Völker und Volksgruppen waren einer brutalen Unterdrückung ausgesetzt, welche aufgrund der neuen Friedensordnung unter die Souveränität Rumäniens und des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen geraten waren. Die Lage der verschiedenen Volksgruppen in der Tschechoslowakei war wesentlich günstiger; aber auch diese bürgerliche Demokratie verfolgte trotz anders lautender Versprechungen des Staatsgründers und ersten Präsidenten, Tomáš G. Masaryk, eine stark zentralisierende Politik, obwohl der Prozentsatz der führenden Nation, der Tschechen, nicht einmal 50% betrug. Die Zentralisierungsbestrebungen der Regierung in Prag hatten zur Folge, daß Deutsche, Ungarn, Polen, Ruthenen, aber auch die als »staatsbildende Nation« anerkannten Slowaken die neue, in der Geschichte nicht verwurzelte Republik kaum als ihre Heimat betrachten konnten.

Als Folge des Friedensvertrages von Trianon hatte Ungarn nicht nur Gebietsverluste zu verbüßen. Auch die militärische Souveränität des Landes wurde weitgehend eingeschränkt. Der Personalbestand der ungarischen Berufsarmee durfte die Höchstzahl von 35.000 nicht überschreiten. Die Bereithaltung schwerer Artillerie und der Bau von Militärflugzeugen wurden verboten.⁴ Darüber hinaus führten der verlorene Krieg, die darauf folgenden zwei Revolutionen⁵ sowie die zeitweilige Besetzung des Landes durch die rumänische Armee Ungarn in eine schwere politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise.

Die zitierten Zahlen und die hier kurz aufgeführten Ereignisse vermögen die Erschütterung, die Ungarn als Staat und als Nation in der Zeitspanne 1918-1920 zu erleiden hatte, nur zum Teil schildern. Die Staatskrise nach dem Ersten Weltkrieg ist nur mit dem Zusammenbruch des mittelalterlichen ungarischen Reiches nach der Niederlage bei Mohács vergleichbar.⁶ Die Folgen dieser zwei historischen Katastrophen waren jedoch sehr unterschiedlich. In vielen Gebieten Ungarns, die im 16. und 17. Jahrhundert unter türkischer Herrschaft standen, gedieh das religiöse Leben, und die Kirchen waren Träger der nationalen Identität. Teilweise konnte in dem von den Türken besetzten Gebiet sogar die ungarische Verwaltung weiter funktionieren. Im 20. Jahrhundert hat aber jede Änderung der Staatsgewalt unermeßliche Folgen für das kulturelle und gesellschaftliche Ge-

⁴ KISZLING Rudolf: Die militärischen Vereinbarungen der Kleinen Entente 1929-1937. München 1959. (Südosteuropäische Arbeiten 54.), S. 3ff.; ÁDÁM Magda: Magyarország és a kisantant a harmincas években [Ungarn und die Kleine Entente in den dreißiger Jahren]. Budapest 1968, S. 9ff.

⁵ Die des Grafen Mihály Károlyi im Herbst 1918 und des Kommunisten Béla Kún im März 1919.

⁶ Nach der Schlacht von Mohács ist ein großer Teil Ungarns unter türkische Herrschaft geraten.

präge der abgetrennten Region. Zu all diesen Erschütterungen gesellte sich die Erkenntnis, die im Rahmen der Doppelmonarchie genossene Großmachtstellung Ungarns sei unwiderruflich verloren gegangen.⁷

Formell wurde zwar durch den Friedensvertrag von Trianon die Souveränität Ungarns wiederhergestellt. Das vom ungarischen Reichstag 1722 verabschiedete und als »Sanctio Pragmatica« bezeichnete Gesetz, welches die Herrschaft des Hauses Österreich in Ungarn und in den Erbländern verankert hatte, sowie der Ausgleich von 1867 schränkten die Souveränität Ungarns bis zu einem gewissen Maße ein. Außenpolitik und militärische Belange waren vor 1867 Angelegenheiten des Herrscherhauses, nach dem Ausgleich gehörten diese Bereiche zu den sogenannten »gemeinsamen Angelegenheiten«, die vom gemeinsamen Außenminister bzw. Verteidigungsminister der Doppelmonarchie geführt wurden und der Kontrolle durch das ungarische bzw. das österreichische Parlament unterstanden. In der Zeitspanne 1867-1918 übten aber ungarische Staatsmänner einen entscheidenden Einfluß auf die Außenpolitik der Doppelmonarchie aus.⁸ Durch die Beziehungen zur Dynastie und zu den österreichischen und böhmischen Erbländern vermochte Ungarn die Rolle einer Großmacht im Konzert der europäischen Mächte zu spielen. Nach der Zerstückelung der Doppelmonarchie sank Ungarn trotz seiner formellen »Unabhängigkeit« zu einem unbedeutenden, isolierten Kleinstaat herab.

Nach dem Zusammenbruch von 1945 und insbesondere nach der kommunistischen Machtübernahme in den Jahren 1947/1948 wurden die Bestrebungen der Zwischenkriegszeit, welche die Revision des Friedensvertrages von Trianon zum Ziele hatten, von der offiziellen, marxistisch-leninistisch inspirierten ungarischen Geschichtsschreibung als die Außenpolitik der sogenannten »herrschenden Klasse« dargestellt. Nach dieser Auffassung wollten die führenden Schichten der Gesellschaft: die Aristokratie, die Gentry,⁹ der höhere Mittelstand die Aufmerksamkeit von den schweren sozialen Problemen Ungarns durch die Belebung der nationalistischen und chauvinistischen Propaganda ablenken.¹⁰ Diese These wird durch die uns zur Verfügung stehenden Akten und Dokumente nicht bestätigt. Der Revisionsgedanke wurde eher von den breiten Massen getragen. Diejenigen Staatsmänner, die mit den komplizierten Zusammenhängen der europäischen Außenpolitik vertraut waren (wie Bethlen, Teleki, Kánya) versuchten – aufgrund ihrer Kenntnisse – einer Politik der Mäßigung zu folgen und nahmen aus diesem Grunde oft Einbußen ihrer Popularität in Kauf.

Die Tragödie Ungarns im späteren Verlauf der Geschichte ist teilweise auf

⁷ MACARTNEY C. A.: Hungary and Her Successors. The Treaty of Trianon and its Consequences. London 1937, S. 1ff.

⁸ Es genügt hier auf die Rolle hinzuweisen, welche Gyula Graf Andrassy senior oder István Graf Tisza in der Gestaltung der Außenpolitik Österreich-Ungarns gespielt haben.

⁹ Der mittlere Landadel wurde in Ungarn mit dem Namen »Gentry« bezeichnet.

¹⁰ Für viele andere Werke soll hier nur auf das übrigens gut dokumentierte Buch von Gyula Juhász hingewiesen werden: JUHÁSZ Gyula: Magyarország külpolitikája 1919-1945 [Ungarns Außenpolitik 1919-1945]. Budapest 1969, S. 67ff., 90ff.

den Umstand zurückzuführen, daß die Realisierung der Revision des Friedensvertrages von Trianon erst dann möglich wurde, als sich die Konturen einer neuen Weltkrise abzeichneten und, daß die Gebietsansprüche den Nachbarländern gegenüber nur als Folge der dynamischen Außenpolitik des nationalsozialistischen Dritten Reiches – zwar oft gegen den unmittelbaren Willen der deutschen Reichsregierung – geltend gemacht werden konnten. Dieses Dritte Reich war aufgrund seiner nationalsozialistischen Ideologie, die sowohl mit dem Christentum als auch mit den abendländischen politischen Ideen unvereinbar war, trotz einer zeitweilig bestehenden außenpolitischen Interessengemeinschaft, ein unerbittlicher Feind der tausendjährigen, auf den Rechten der Stefanskronen basierenden ungarischen Staatsidee.

Über das Maß und den Zeitpunkt der Revision gingen die Meinungen sowohl innerhalb der politischen Führungsschicht als auch in der breiten Öffentlichkeit Ungarns auseinander. Das *Mindestprogramm der Revisionsbestrebungen* war in erster Linie nicht auf Gebietsforderungen ausgerichtet. Die Anhänger dieser politischen Richtung erstrebten vor allem eine Besserung der Lage der ungarischen Minderheiten in den Nachfolgestaaten sowie die Beseitigung der diskriminierenden Bestimmungen des Friedensvertrages – in erster Linie die Wiederherstellung der Gleichberechtigung im militärischen Bereich. Bis 1938 verfolgten die verschiedenen ungarischen Regierungen eine Politik, die im wesentlichen auf die Realisierung dieses Minimalprogramms ausgerichtet war.

Das Programm der sogenannten *ethnischen Revision* wurde im Herbst 1938 aktuell, als durch die gegenüber der Tschechoslowakei verfolgte Politik des Dritten Reiches offenbar wurde, daß die sogenannte *integrale Revision* unter den gegebenen Umständen nicht realisierbar sei. Unter den Anhängern der *integralen Revision* gab es wiederum zwei Richtungen:

– Die gebildeten Schichten der Aristokratie und des Mittelstandes, deren markantester Wortführer István Graf Bethlen, Pál Graf Teleki und der Historiker Gyula Szekfű waren, strebten die Wiederherstellung des 1918 zerstückelten historischen Ungarns an. Sie waren jedoch überzeugt, daß die Wiederherstellung des nach dem Ausgleich von 1867 entstandenen ungarischen Einheitsstaates nicht mehr möglich sei. Nach ihrer Auffassung wäre die Restauration des Reichsgebietes der ehemaligen Stefanskronen nur in der Form einer Föderation möglich gewesen. Als Mitglieder dieses Staatenbundes waren die unabhängigen, mit einer weitgehenden Autonomie auszustattenden slowakischen, ruthenischen, rumänischen Regionen und die historische Gemeinschaft der Siebenbürger Sachsen vorgesehen. Die Anhänger dieser Richtung vertraten die Auffassung, eine solche Formation würde eine Kontinuität des vor 1848 existierenden ungarischen Staatsverbandes und die Wiederbelebung der ungarischen Staatsidee darstellen. Die nach 1867 einsetzende zentralistische Entwicklung bildete – nach dieser Auffassung – eine Abweichung von der Staatsidee des ersten ungarischen Königs.

– Auch die breiten Schichten der Öffentlichkeit sehnten sich nach der Wiederherstellung des ehemaligen »Großungarns«. Das Recht Kroatiens, das sich 1918 vom ungarischen Reichsverband losgelöst hatte, auf Unabhängigkeit wurde mehrheitlich anerkannt. Die Gewährung einer weitgehenden Autonomie an die

nichtmagyarischen Volksgruppen der Länder der Stefanskronen lehnten sie jedoch ab. Von den führenden Staatsmännern gehörte Gyula Gömbös zu dieser Richtung.¹¹

1.2. Versuche zur Überwindung der Isolation.

Die ungarische Außenpolitik vor 1938

Unmittelbar nach Kriegsende, in den Jahren 1919/1920, befand sich Mitteleuropa noch in einem unstillen Zustand. Die Machtblöcke der Zwischenkriegszeit hatten sich noch nicht herauskristallisiert. Bis Mai 1920 bestand die Hoffnung, die im Entwurf des Friedensvertrages gezogenen Grenzlinien hätten keinen endgültigen Charakter. Der am 1. März 1920 zum Reichsverweser Ungarns gewählte Admiral Miklós von Horthy suchte bereits im Herbst 1919, als er noch Befehlshaber der Nationalen Armee war, Verbindungen zu England herzustellen. Eine persönliche Freundschaft verband ihn mit dem Leiter der englischen Mission in Budapest, Thomas Hohler, der nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zum ersten englischen Gesandten in Ungarn ernannt wurde. Dieser äußerst scharfsinnige Diplomat gab öfters seiner Befürchtung Ausdruck, daß durch die Auflösung der Doppelmonarchie in Mitteleuropa ein Vakuum entstehe, und daß die Staaten dieser Region Opfer einer zukünftigen deutschen Expansion werden könnten. In seinem Bericht vom 24. Januar 1920 an das britische Foreign Office vertrat Hohler folgende Auffassung: Ungarn bedarf, um lebensfähig zu bleiben, der politischen, wirtschaftlichen und moralischen Unterstützung einer Großmacht. Sollte nicht England diese Großmacht sein, so werden sich die Ungarn früher oder später an Deutschland wenden. »Es ist meine feste Überzeugung, Europas Frieden werde in den folgenden Jahrzehnten von der Behandlung abhängen, die Ungarn seitens der Großmächte zuteil werde« – schrieb Hohler in seinem zitierten Bericht.

Hohlers Auffassung wurde von den zuständigen leitenden Beamten des Foreign Office nicht geteilt. Es gab zwar einige Persönlichkeiten in den maßgebenden Kreisen, die der Meinung waren, Ungarns Freundschaft sei für die Außenpolitik Großbritanniens ein wichtiger Faktor. Aber die englische Regierung hatte sich allzusehr den tschechoslowakischen, rumänischen und jugoslawischen Regierungen gegenüber verpflichtet, und eine Verschiebung der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwecks Überarbeitung war nicht mehr möglich. In seinem an Hohler gerichteten Antwortschreiben stellte das Foreign Office fest, der aus Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei zu bildende Block werde einen stärkeren Damm gegen den wiedererwachenden deutschen Militarismus bilden als Ungarn mit seinen knapp 10 Millionen Einwohnern.¹²

Der schärfste Gegner der ungarischen Revisionsbestrebungen unter den Großmächten war Frankreich;¹³ insbesondere als zum Generalsekretär des franzö-

¹¹ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 146f; JUHÁSZ: Külpolitika, S. 67ff.

¹² JUHÁSZ: Külpolitika, S. 58f.

¹³ Mit Ausnahme einer kurzen Periode um die Jahreswende 1919/1920. Der Anfang 1920 zum Regie-

sischen Außenministeriums am Quai d'Orsay, Philippe Berthelot als Nachfolger von Maurice Paléologue ernannt wurde. Berthelot kann als Schöpfer des formell bis 1938 bestehenden französischen Sicherheitssystems betrachtet werden. Eckpfeiler dieses französischen Paktsystems waren Polen, Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Mit Hilfe dieses Sicherheitssystems wurde Frankreich für eine kurze Zeit wieder die führende Macht Europas.¹⁴

Es soll immer wieder in Erinnerung gerufen werden: die höchste Zielsetzung der ungarischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit war stets *die friedliche Revision* des Friedensvertrages von Trianon. Um dieses Ziel realisieren zu können, verlangte die ungarische Regierung von den Siegermächten die Abhaltung von Volksabstimmungen in all jenen Gebieten, die von Ungarn abgetreten worden waren. In einem einzigen Fall gelang es, dieser Forderung Geltung zu verschaffen. Die westungarische Stadt Ödenburg (Sopron) und ihre Umgebung entschieden sich im Dezember 1921 aufgrund einer unter internationaler Kontrolle abgehaltenen Volksabstimmung für Ungarn. Während der diplomatischen Beratungen vor der Volksabstimmung wurde der ungarischen Regierung seitens Italiens eine starke diplomatische Unterstützung gewährt. Zu jener Zeit hatte sich bei den führenden politischen Schichten Ungarns die Überzeugung herauskristallisiert, daß Ungarn die diplomatische Isolation, in welche es durch die Unnachgiebigkeit der Siegermächte geraten war, am ehesten mit italienischer Unterstützung durchbrechen könne.¹⁵

Zu Beginn der zwanziger Jahre war nämlich die diplomatische Isolation Ungarns beinahe vollständig. Die zu den Siegermächten gehörenden Nachbarstaaten, die Tschechoslowakei, Rumänien und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen¹⁶ schlossen untereinander einen Bündnisvertrag ab, den Pakt der sogenannten »Kleinen Entente«, deren wichtigste, sogar vielleicht einzige Zielsetzung es war, den ungarischen Revisionsbestrebungen Einhalt zu gebieten.¹⁷ Dieser Pakt, an dessen Zustandekommen die französische Diplomatie lebhaft beteiligt war, erwies sich langfristig sowohl für Frankreich als auch für die Signatarstaaten als nutzlos, wenn nicht schädlich. Gegenüber den zwei Großmächten, welche die Stabilität des mitteleuropäischen Raumes tatsächlich gefährden konnten, Deutschland und die Sowjetunion, war dieses Bündnis völlig wirkungslos.

rungschef ernannte Alexandre Millerand und der Generalsekretär des Quai d'Orsay, Paléologue, vertraten die Auffassung, die Wiederherstellung der im Herbst 1918 zerstörten mitteleuropäischen Einheit könne das europäische Gleichgewicht und damit die Sicherheit Frankreichs am besten gewährleisten. Paléologue war sogar einer Restauration der Habsburger-Monarchie nicht abgeneigt. Nach dem Sturz der Regierung Millerand verfolgte Frankreich eine strikt auf die Erhaltung des neu geschaffenen Status quo ausgerichtete Außenpolitik. Vgl. ÁDÁM: *Kisantant*, S. 16ff.; DUROSSELLE Jean-Baptiste: *Histoire diplomatique de 1918 à nos jours*. Paris 1953, S. 3.

¹⁴ JUHÁSZ: *Külpolitika*, S. 81ff.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Der Gebrauch des Namens »Jugoslawien« wurde erst 1929, nach Errichtung der königlichen Diktatur eingeführt.

¹⁷ KISZLING S. 1ff.

In den Jahren 1921-1922 wurde der ungarischen Führungsschicht klar, daß es zur Revision der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages in naher Zukunft keine Möglichkeit gebe. Als vorrangige Aufgabe wurde deshalb die politische und wirtschaftliche Stabilisierung Ungarns betrachtet. Das Land müsse der neuen, von den Siegermächten ins Leben gerufenen Weltorganisation, dem Völkerbund, beitreten und eine Außenpolitik in die Wege leiten, die auf lange Sicht eine Verbesserung der außenpolitischen Lage Ungarns ermöglichen könne. Vertreter dieser vorsichtigen, zu Kompromissen bereiten Außenpolitik war István Graf Bethlen, den der Reichsverweser im April 1921 mit der Regierungsbildung beauftragte und der die Geschicke des Landes zehn Jahre hindurch lenkte.

Die Analyse der Persönlichkeit Bethlens, seines eigenartigen, liberal gefärbten, aus den Überlieferungen Siebenbürgens herrührenden Konservatismus, würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen. Bethlen gehörte – wie sein Freund und siebenbürgischer Landsmann, Pál Graf Teleki – zu jenen Staatsmännern, welche die Hoffnung, daß der Lauf der Geschichte das Ungarn zugefügte Unrecht wiedergutmachen werde, nie aufgaben. Als Politiker mit breitem Horizont, der die europäischen Verhältnisse realistisch zu beurteilen vermochte, war es ihm aber klar, daß eine dauerhafte Änderung des ungünstigen Status quo nur als Ergebnis eines lang anhaltenden historischen Prozesses zu realisieren sei. Er war überzeugt, daß das 1918 untergegangene Ungarn nur im Rahmen eines Staatenbundes wiederhergestellt werden könne. Bethlen war allerdings überzeugt, daß dank seiner zentralen Lage, seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner politischen Überlieferungen in diesem Staatenbund dem magyarischen Volk die führende Rolle gebühre.¹⁸ Sein innen- und außenpolitisches Credo faßte Bethlen in einem am St. Stefanstag, dem 20. August 1937 veröffentlichten Artikel in der liberalen Tageszeitung »Pesti Napló« zusammen. Als Anhänger der Staatsidee des ersten ungarischen Königs schwor er in diesem Artikel jeder Art von Diktatur ab, bekannte sich zum Parlamentarismus sowie zur »christlich-nationalen Demokratie« und gab seiner nationalpolitischen Überzeugung – das nach dem Ersten Weltkrieg zerstückelte Reich der Stefanskronen werde in einer Föderation der im Karpatenbecken lebenden Völker wiedergeboren – Ausdruck.¹⁹

Von dieser Überzeugung beseelt verfolgte Bethlen in der Außenpolitik eine vorsichtige Linie. Die Außenpolitik seiner Regierung war von bescheidenen Erfolgen gekrönt. Sein erster Erfolg war die für Ungarn günstige – bereits erwähnte – Volksabstimmung in Ödenburg. Die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund am 18. September 1922 sowie die darauffolgende Völkerbundanleihe trugen zur innenpolitischen Konsolidierung sowie zur finanziellen Stabilisierung Ungarns wesentlich bei. Der bedeutendste Erfolg Bethlens war der am 5. April 1927 von ihm und von Mussolini unterzeichnete italienisch-ungarische Freundschaftsvertrag, der

¹⁸ Über Bethlens Persönlichkeit und seine politischen Leitideen vgl. MACARTNEY: October, Bd. I, S. 57ff.; CZETTLER Anton: Politische Betrachtungen eines konservativen Ungarn. In: Ungarn-Jahrbuch 13 (1985) S. 75-112; ROMSICS Ignác: Gróf Bethlen István politikai pályája 1901-1921 [Die politische Laufbahn des Grafen István Bethlen]. Budapest 1987.

¹⁹ BETHLEN István: Szent István napján [Am Geburtstag des Hl. Stefan]. In: Pesti Napló, 20. 8. 1937.

eine teilweise Verminderung der außenpolitischen Isolation Ungarns zur Folge hatte.²⁰

Angesichts der realpolitischen Lage in Europa durfte aber die ungarische Regierung auch die Kontakte zu England und Frankreich nicht vernachlässigen. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre versuchte die ungarische Regierung die Propaganda für die Revision des Friedensvertrages nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch auf gesellschaftlicher Basis weiterzuführen. Nach dem berühmten Daily Mail-Artikel des englischen Pressemagnaten, Lord Rothermere, wurde die Parole »Justice for Hungary« in den maßgebenden Kreisen der europäischen Öffentlichkeit allgemein bekannt. Inspiriert durch die Idee Lord Rothermeres wurde in Ungarn unter dem Vorsitz des Schriftstellers Ferenc Herczeg die Ungarische Liga für die Revision (Magyar Reviziós Liga) gegründet, deren wichtigste Zielsetzung es war, für die ungarischen Revisionsbestrebungen durch die Herausgabe von Büchern und Broschüren sowie Vortragsserien in ganz Europa zu werben.²¹

Nebst der Freundschaft mit Italien und der Intensivierung der Beziehungen zu England und Frankreich strebte Bethlen auch die Wiederbelebung der vor dem Ersten Weltkrieg engen Freundschaft mit dem Deutschen Reich an. Bis zur großen europäischen Krise 1938/1939 war er in außenpolitischen Belangen – auch nach der Machtübernahme Hitlers – einer der größten Befürworter der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit. Er war überzeugt, daß nur die Erstarkung des im Ersten Weltkrieg unterlegenen Deutschlands die friedliche Realisierung der ungarischen Revisionsbestrebungen herbeiführen könne.

Der von bescheidenen Erfolgen gekrönten nüchternen und friedlichen Revisionspolitik der Regierung Bethlen setzte die um die Jahreswende 1929/1930 einsetzende Weltwirtschaftskrise ein jähes Ende. Zwar gelang es Bethlen im Sommer 1931 eine französische Anleihe im Werte von 5 Millionen Pfund einzuhandeln, doch kaum wurde der diesbezügliche Vertrag unterzeichnet, reichte Bethlen – nach zehnjähriger Regierungszeit – am 19. August 1931 seine Demission ein. Zu diesem Schritt veranlaßte ihn sein Popularitätsschwund, der in erster Linie auf die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen war. Darüber hinaus war die Öffentlichkeit auch mit seinem außenpolitischen Kurs unzufrieden. Man warf ihm vor, wegen seiner vorsichtigen Außenpolitik werde die allgemein herbeigesehnte Revision der Friedensverträge auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben.²² Bethlens Nachfolger wurde Gyula Graf Károlyi, ein Politiker konservativer Prägung, der sein Regierungsamt nach Ablauf eines Jahres – im Herbst 1932 – an den Führer des rechtsradikalen Flügels der Regierungspartei, Gyula Gömbös, abtrat. Drei Monate später, am 30. Januar 1933, ernannte der deutsche Reichspräsident, Hindenburg, Adolf Hitler zum Reichskanzler und im März desselben Jahres übernahmen im Deutschen Reich die Nationalsozialisten die Macht.

²⁰ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 63ff.; JUHÁSZ: Külpolitika, S. 119ff.

²¹ JUHÁSZ: Külpolitika, 115f.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 82.

²² KALLAY Nicholas: Hungarian Premier. A Personal Account of a Nation's Struggle in the Second World War. New York 1954, S. 30f.

Gömbös war der erste ausländische Regierungschef, der bei Hitler einen Besuch abstattete. Er betonte viel lebhafter als seine zwei Vorgänger die Notwendigkeit der Annäherung an Deutschland. (Das Wort »Achse« stammt übrigens von ihm.) Im Bereich der Innenpolitik strebte er die Errichtung eines autoritären Regimes an. Aus diesen Gründen haben ihn seine Zeitgenossen für die verhängnisvolle Achsenpolitik verantwortlich gemacht.²³ Wenn wir aber seine Politik heute, nach Ablauf von fünf Jahrzehnten einer sorgfältigen Prüfung unterziehen, müssen wir feststellen, daß er im wesentlichen versuchte, sich in dem von Bethlen gesteckten außenpolitischen Rahmen zu bewegen. Da ihm aber sowohl der breite europäische Horizont als auch die hohe Bildung seines Vorgängers abgingen, waren seine außenpolitischen Vorstellungen durch einen gewissen Dilettantismus gekennzeichnet. Sein Besuch bei Hitler im Juni 1933 endete mit einem politischen Fiasko. Während ihres Gedankenaustausches erläuterte ihm der deutsche Reichskanzler, er befürworte grundsätzlich die ungarischen Revisionsbestrebungen gegenüber der Tschechoslowakei. Auf diesem Gebiet erachte er sogar eine deutsch-ungarische Zusammenarbeit als möglich. Er könne aber keinesfalls – so Hitler – die an Rumänien und Jugoslawien gestellten ungarischen Ansprüche unterstützen, da der Bestand und die Integrität dieser zwei Staaten lebensnotwendigem deutschem Interesse entspreche. Auch im Laufe der mit dem Reichsaußenminister, Konstantin Freiherr von Neurath, sowie mit dem preußischen Ministerpräsidenten, Hermann Göring, geführten Verhandlungen wurde deutscherseits stark hervorgehoben: die deutsche Außenpolitik werde sich in den kommenden Jahren gegen die Tschechoslowakei richten, mit Rumänien und Jugoslawien wolle aber das Reich enge freundschaftliche Beziehungen pflegen.²⁴ Die Geschichtsschreibung wird voraussichtlich Gömbös vorwerfen, er habe vor der ungarischen Öffentlichkeit verheimlicht, daß im Verhältnis zu Rumänien und Jugoslawien zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn grundsätzliche Interessengegensätze bestanden. Er nährte sogar die Illusion, Deutschland unterstütze die ungarischen Revisionsbestrebungen.

Dessen ungeachtet konnte die Regierung Gömbös bedeutende außenpolitische Erfolge aufweisen; so vor allem die Unterzeichnung der Römischen Protokolle im März 1934. Diese wurden von ihm, von Mussolini und dem österreichischen Bundeskanzler, Dollfuß, unterschrieben. Durch die Römischen Protokolle verpflichteten sich Italien und Österreich, die ungarischen Revisionsbestrebungen zu unterstützen. Ungarn und Italien hingegen bekannten sich zur Unabhängigkeit Österreichs. Diese Klausel hatte eine gewisse, gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtete Spitze, die nicht ganz den Vorstellungen Gömbös' entsprach. Er übernahm es trotzdem, damit mittels vertraulicher Verhandlungen eine Befriedungspolitik zwischen Italien und Österreich einerseits und dem Deutschen Reich andererseits in die Wege geleitet werden könne. Die Ermordung von Doll-

²³ BETHLEN István Count: *Hungarian Politics during World War Two. Treatise and Indictment*. Hg. Ilona Gräfin Bolza. München 1985, S. 22ff. (*Studia Hungarica* 27.)

²⁴ Über die Außenpolitik der Regierung Gömbös vgl. ÁDÁM: *Kisantant*, S. 63ff.; JUHÁSZ: *Külpolitika*, S. 141ff.; MACARTNEY: *October*, Bd. I, S. 75ff.; BETHLEN: *Hungarian Politics*, S. 22ff.

fuß am 25. Juli 1934 und der darauffolgende nationalsozialistische Putschversuch in Wien vereitelten allerdings seine diesbezüglichen Bestrebungen.

Im Herbst 1934 geriet Ungarn in eine heikle und gefährliche außenpolitische Lage. König Alexander von Jugoslawien und der französische Außenminister Louis Barthou wurden am 9. Oktober 1934 in Marseilles von kroatischen und mazedonischen Terroristen ermordet. Da die kroatischen Terroristen vorher im ungarischen staatlichen Landwirtschaftsbetrieb von Jankapuszta eine militärische Ausbildung erhalten hatten, wandten sich die Staaten der Kleinen Entente an den Völkerbund und verlangten scharfe Sanktionen gegen Ungarn. Es war der außerordentlich guten und gewandten Verhandlungsweise des ungarischen Delegierten, Tibor Eckhardt, sowie der Unterstützung der englischen und italienischen Regierung zu verdanken, daß der Rat des Völkerbundes auf seiner am 10. Dezember 1934 in Genf abgehaltenen Sitzung eine Kompromiß-Lösung annehmen konnte. Mit der Erueierung der Verantwortung wurden die ungarischen Justizbehörden beauftragt.

Gleichzeitig entstand durch die Gründung vieler rechtsextremer, größtenteils außerparlamentarischer Gruppen eine neue Gefahr für das parlamentarische System. Die gefährlichste unter ihnen, die vom Exmajor Ferenc Szálasi gegründete »Hungaristische Bewegung«, trat offen für die Abschaffung des Parlaments und die Errichtung einer Diktatur ein.²⁵ Ein großer Teil dieser Bewegungen wurde vom nationalsozialistischen Deutschland unterstützt. Unterstützung gewährte das Dritte Reich auch dem radikalen Flügel der deutschen Volksgruppe, die immer mehr zur Fünften Kolonne des nationalsozialistischen Deutschlands wurde.²⁶

Ungarns führende Schichten und die politisch interessierte, vom Rechtsextremismus nicht beeinflusste Öffentlichkeit beobachteten mit wachsender Sorge die Intensivierung der Tätigkeit der rechtsextremen Parteien und der deutschen Volksgruppe, die sich immer mehr der »völkischen«, nationalsozialistischen Idee verpflichtet fühlte. Die nationalsozialistische Beeinflussung der deutschen Volksgruppen erschwerte die an und für sich wünschenswerte Zusammenarbeit zwischen den ungarischen und den deutschen Volksgruppen in den verschiedenen Nachfolgestaaten. Auch mit der größten deutschen Volksgruppe in Mitteleuropa und mit ihrer repräsentativen Partei, der von Konrad Henlein geführten Sudeten-deutschen Volkspartei, konnte erst im Februar 1938 die erste nennenswerte Fühlungnahme aufgenommen werden, obwohl die Interessengemeinschaft gegen die Zentralisierungsbestrebungen der Prager Regierung die Zusammenarbeit erforderte. Die Gefährlichkeit der volksdeutschen Propaganda in Ungarn wurde dadurch erhärtet, daß in der gleichgeschalteten reichsdeutschen Presse die Angriffe gegen Ungarn immer häufiger wurden. Man prangerte in der deutschen Presse das »feudale, unter dem Joch des jüdischen Großkapitals schmachthende« Ungarn an.

²⁵ Über Szálasis Persönlichkeit und politische Tätigkeit vgl. MACARTNEY: *October*, Bd. I, S. 155ff.

²⁶ Über die Tätigkeit der deutschen Volksgruppe in Ungarn vgl. ebenda, S. 168ff; ERDMANSSDORFF Otto von [Gesandter des Deutschen Reiches in Ungarn 1937-1941]: *Die politischen Ereignisse in Ungarn während der Zeit vom Mai 1937 bis Juli 1941*. Manuskript, dem Verfasser zur Verfügung gestellt von Peter Gosztony, Bern, S. 1ff.

Den schärfsten Angriff gegen Ungarn richtete der Chefideologe der NSDAP, Alfred Rosenberg, in seinem im »Völkischen Beobachter« vom 15. November 1936 unter dem Titel »Unterdrückte Völker und Revision« veröffentlichten Leitartikel. Rosenberg betonte in diesem Artikel, das neue, »völkisch« orientierte Deutsche Reich strebe nicht die Wiederherstellung der vor 1918 herrschenden europäischen Ordnung, sondern die Schaffung eines neuen, vom Volkstum geprägten Europa an. »Das nationalsozialistische Deutschland dürfe keine Bestrebungen unterstützen, deren Zielsetzung die Revision der bestehenden Ordnung in größerem Maßstab sei« – stellte Rosenberg im zitierten Artikel fest.²⁷

1.3. Ungarn und die Mächte am Vorabend der europäischen Krise

In der zweiten Hälfte des Jahres 1937 befand sich Ungarn in einer isolierten Lage. Wegen der intensiven Tätigkeit der rechtsextremen Parteien und der aus Berlin gleichgeschalteten deutschen Volksgruppe war auch die innenpolitische Lage spannungsgeladen. Die deutsche Presse wiederholte die teils begründeten, teils unbegründeten Klagen der deutschen Volksgruppe und richtete heftige Angriffe gegen die sogenannte »Magyarisierungspolitik«.²⁸

Zur außenpolitischen Isolation Ungarns trug in erster Linie das Verhalten der zwei »befreundeten« Achsenmächte bei. Das zwischenstaatliche Verhältnis zum Deutschen Reich war zwar korrekt und freundschaftlich, die sich vermehrenden Angriffe in der gleichgeschalteten deutschen Presse gegen das vom »Judentum beeinflusste feudal-kapitalistische Ungarn« erweckten aber den Eindruck, das totalitäre Dritte Reich sei mit der ungarischen Außen- und Innenpolitik unzufrieden.

Italien konnte seit dem Abessinien-Abenteuer und insbesondere seit der Entsendung eines italienischen Expeditionskorps nach Spanien in Mitteleuropa nicht mehr jene aktive Rolle spielen wie zu Beginn der dreißiger Jahre. Seit dem Abschluß des italienisch-jugoslawischen Freundschaftspaktes am 25. März 1937 unterstützte auch die italienische Regierung die ungarischen Revisionsbestrebungen nur noch halbherzig. Dies stärkte in den führenden Schichten Ungarns die Überzeugung, die Realisierung der Revisionsbestrebungen sei in absehbarer Zeit kaum möglich. Um der Isolation entgegenzuwirken, suchte Ungarn die Annäherung an die Staaten der Kleinen Entente. Diesbezügliche Verhandlungen wurden bereits im Herbst 1935 in die Wege geleitet. Als Voraussetzung der Normalisierung der Beziehungen zwischen Ungarn und den Staaten der Kleinen Entente, forderte

²⁷ Zitiert in: RÁNKI György – PAMLÉNYI Ervin – TILKOVSKY Lóránt – JUHÁSZ Gyula: A Wilhelmstrasse és Magyarország. Német diplomáciai iratok Magyarországról [Die Wilhelmstraße und Ungarn. Deutsche diplomatische Schriften über Ungarn]. Budapest 1964, S. 164, Anm. 1.

²⁸ Schriftum zur Frage der deutschen Minderheit in Ungarn: TILKOVSKY Lóránt: Volksdeutsche Bewegung und ungarische Nationalitätenpolitik. Budapest 1966; DERS.: Revízió és nemzetiségpolitika Magyarországon [Revision und Nationalitätenpolitik in Ungarn]. Budapest 1967, S. 77ff.; DERS.: Ungarn und die deutsche ‚Volksgruppenpolitik‘ 1938-1945. Köln – Wien 1981; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 168ff.

Außenminister Kálmán Kánya die Erfüllung zweier Bedingungen: die Anerkennung von Ungarns Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstung sowie eine gesetzliche Gewährleistung der Rechte der in den Nachbarstaaten lebenden ungarischen Minderheit.

Im August 1937 wurde der ungarische Gesandte in Bukarest, László Bárdossy als Beobachter zur Konferenz der Kleinen Entente in Sinaia eingeladen. Bárdossy unterbreitete seiner Regierung folgenden Vorschlag: Anerkennung von Ungarns militärischer Gleichberechtigung durch die drei Staaten der Kleinen Entente; alle drei Staaten treffen aus eigener Initiative Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der ungarischen Minderheit; die ungarische Regierung verkündet aus eigener Initiative eine Nichtangriffserklärung, die von den drei Staaten erwidert wird; Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei nehmen mit den führenden Persönlichkeiten der ungarischen Volksgruppen Kontakte auf und leiten Verhandlungen ein, um die Lage der ungarischen nationalen Minderheiten zu verbessern.

Die Regierungen der Kleinen Entente lehnten den ungarischen Vorschlag ab. Die tschechischen, rumänischen und jugoslawischen Politiker verfolgten eine Verzögerungstaktik, obwohl die englischen und französischen Staatsmänner sie stets warnten: um einen einheitlichen Auftritt der mitteleuropäischen Staaten den deutschen Hegemoniebestrebungen gegenüber zu gewährleisten, ist ein Modus vivendi mit Ungarn unentbehrlich. Ebenfalls erfolglos blieben die vom tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, Milan Hodža, unternommenen Versuche, eine mitteleuropäische Föderation zu gründen.²⁹

Gleichzeitig erfüllte in Ungarn die Opposition bzw. den konservativen Flügel der Regierungspartei die Intensivierung der sich gegen die konstitutionellen Traditionen des Landes gerichteten nationalsozialistischen Propaganda mit großer Besorgnis. Bethlen vertrat zu jener Zeit noch eine von jener der Mehrheit abweichende Auffassung. In seinem bereits zitierten Artikel³⁰ übte er scharfe Kritik an der starrsinnigen Status-quo-Politik Frankreichs und der Kleinen Entente und äußerte die Hoffnung, daß eine Zusammenarbeit zwischen England und Deutschland die Grundlagen eines dauernden Friedens im mitteleuropäischen Raum schaffen werde.³¹ Mit scharfem Blick sah allerdings Bethlen – und diese Überzeugung kam in seinem Artikel ebenfalls zum Ausdruck –, daß die nationalsozialistische Ideologie die für den europäischen Frieden wesentliche deutsch-englische Versöhnung gefährden könnte. Die Ausschreitungen gegen die Juden, die ständigen Angriffe gegen die christlichen Kirchen, aber auch die »völkische Idee«, die im Begriffe war, den bisherigen Rahmen des europäischen Staatensystems zu spre-

²⁹ ÁDÁM: *Kisantant*, S. 133ff.; ERDMANNSDORFF S. 1ff.

³⁰ Vgl. Anm. 19.

³¹ Bethlens Hoffnung auf eine deutsch-englische Zusammenarbeit schien im Jahre 1937 keine unrealistische Illusion zu sein. Sie entsprach den von Premier Chamberlain und Außenminister Halifax geprägten Leitideen der britischen Regierung. Der Einmarsch deutscher Truppen in Prag und die Errichtung des Reichsprotektorates Böhmen und Mähren im März 1939 führten zu einer revolutionären Wende in der englischen Außenpolitik und setzten diesen Hoffnungen ein Ende.

gen, waren geeignet, in den angelsächsischen Demokratien Gegenströmungen ins Leben zu rufen, welche zu einer verhängnisvollen Spannung, sogar zu einem europäischen Krieg führen könnten.³²

Einen, dem nationalsozialistischen Deutschland gegenüber viel intransigenteren Standpunkt vertraten die übrigen Oppositionsführer anlässlich einer am 10. Oktober 1937 in der westungarischen Ortschaft Körmend veranstalteten Versammlung. Antal Graf Sigray im Namen der Monarchisten, Tibor Eckardt im Namen der Kleinlandwirtpartei und Károly Rassay im Namen der Liberalen bekannten sich zur parlamentarischen Demokratie, zur Unabhängigkeit Ungarns und forderten die Habsburger Restauration. Eine Woche später erklärte sich auch der Führer der Sozialdemokraten, Károly Peyer, anlässlich einer Versammlung in der Industriestadt Csepel mit dem »Bekennnis von Körmend« solidarisch.³³

Im Jahre 1937 nahm die Spannung stets zu. Die Fachpresse für Minderheiten in Deutschland schlug einen äußerst unfreundlichen Ton gegenüber Ungarn an. Diese Angriffe wurden noch weit übertroffen von deutschsprachigen, in den Staaten der Kleinen Entente erscheinenden Presseorganen. Darüber hinaus wurden zunehmend Nachrichten verbreitet, wonach sich Deutschland damit befasse, in der allernächsten Zeit nicht nur Österreich, sondern auch Ungarn dem Deutschen Reich einzuverleiben.³⁴ Jugoslawien und Rumänien wurden in der deutschen Presse viel freundlicher behandelt als Ungarn. Diese Vorkommnisse veranlaßten die ungarische Regierung, im November 1937 eine Regierungsdelegation nach Berlin zu entsenden. Mitglieder dieser Delegation waren Ministerpräsident Darányi, Außenminister Kánya, der Staatssekretär für Minderheitenfragen im Ministerpräsidialamt, Tibor Pataky, sowie der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Ferenc Marschall.

Über diesen Besuch der ungarischen Staatsmänner in Berlin und über ihre mit Hitler, Göring und Neurath geführten Verhandlungen gehen die Meinungen auseinander. In der Publizistik, aber auch in der Geschichtsschreibung wird oft die Meinung vertreten, daß die ungarische Delegation mit dem Deutschen Reich eine Vereinbarung über die Zerstückelung der Tschechoslowakei einging.³⁵ Eine gründliche Überprüfung der Protokolle und der Aufzeichnungen bestätigt diese Behauptungen nicht. Völlig grundlos ist die Meinung, die ungarischen Staatsmänner hätten der geplanten Einverleibung Österreichs zugestimmt.³⁶ Was Österreich anbelangt, so kann folgendes festgestellt werden: laut Aufzeichnung von Staatsse-

³² Bericht des deutschen Gesandten in Ungarn, von Erdmannsdorff, an den Reichsaußenminister vom 22. August 1937, in: RÁNKI S. 232f.

³³ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 183.

³⁴ Tagesbericht von Außenminister Kálmán Kánya über seine in Anwesenheit von Regierungschef Darányi mit dem preußischen Ministerpräsidenten am 22. November 1937 in Carinhall geführten Verhandlungen (Beilage B) zum Tagesbericht, zitiert in: ÁDÁM Magda – JUHÁSZ Gyula – KERRKES Lajos: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik 1933 bis 1944. Budapest 1966, S. 159.

³⁵ ÁDÁM: Kisantant, S. 168ff.; JUHÁSZ: Külpolitika, S. 171f.

³⁶ Ebenda.

ekretär Dr. Meißner hatte der Führer und Reichskanzler Darányi und Kánya gewarnt, Ungarn solle sich davor hüten, sich einem gegen Deutschland gerichteten österreichisch-tschechoslowakischen Bündnis anzuschließen. Darányi und Kánya antworteten darauf, der österreichische Bundeskanzler, Kurt Schuschnigg, gab ihnen die Zusicherung, daß er kein Bündnis mit der Tschechoslowakei einzugehen beabsichtige.³⁷ In den Protokollen steht die Frage der deutschen Minderheit in Ungarn im Vordergrund.³⁸ Aufgrund der Aufzeichnungen des ungarischen Gesandten in Berlin, Sztójay, vermuten wir, daß anlässlich dieser Gespräche mit den ungarischen Staatsmännern Hitler die Frage einer Zerstückelung der Tschechoslowakei zur Sprache gebracht habe. Er soll festgestellt haben: Deutschland erhebe lediglich auf das historische Böhmen und Mähren Anspruch, die slowakischen und ruthenischen Gebiete der Tschechoslowakei können entweder von Ungarn oder von Polen einverleibt werden. Während dieses Gesprächs stellte Hitler die Frage, ob Ungarn bereit wäre, im Interesse der Rückgliederung Oberungarns und Rutheniens Maßnahmen zu treffen. Kánya antwortete: Ungarn kann Schritte gegen die Tschechoslowakei in die Wege leiten, falls Deutschland die jugoslawische Neutralität für einen solchen Fall garantieren könne. Laut offizieller Aktennotiz betonte Kánya bei dieser Gelegenheit, »daß entgegen verschiedenen Gerüchten Ungarn in keiner Weise die Absicht habe, seine Revisionswünsche mit Waffengewalt durchzusetzen und dadurch einen europäischen Krieg zu entfesseln«.³⁹ Thema dieser Beratungen war noch die offizielle deutsche Teilnahme an dem für den Mai 1938 vorgesehenen eucharistischen Kongreß in Budapest. Ministerpräsident Darányi, der zu jener Zeit bereits eine deutschfreundliche außenpolitische Linie vertrat, versuchte sowohl Hitler als auch die übrigen deutschen Verhandlungspartner zu einer Teilnahme zu bewegen. Die Deutschen wichen dieser heiklen Frage aus; Darányi mußte ohne deutsche Zusage heimkehren.⁴⁰

Aufgrund dieser Akten kann nicht eindeutig festgestellt werden, ob die zukünftige Aufteilung der Tschechoslowakei anlässlich dieser Besprechungen offiziell überhaupt zur Diskussion stand. Wahrscheinlich müssen wir auch diesmal Macartney Recht geben. Nach seiner Auffassung sprach man zwar über eine zukünftige Aufteilung der Tschechoslowakei; diese Gespräche hatten jedoch bloß informellen Charakter.⁴¹ Auch Hoensch beschreibt diese Beratungen ausführlich und kommt zur Schlußfolgerung: »Über den mageren Text der von Staatssekretär Meißner gefertigten Aufzeichnung hinaus kann jedoch angenommen werden, daß Hitler die ungarischen Politiker in weitergehende Einzelheiten seiner Planung gegen die ČSR einweihte und ihnen auch konkrete Angebote für die von der ungarischen Heeresleitung gewünschten Generalstabsbesprechungen, für die mögliche Rückgliederung des Burgenlandes an Ungarn nach dem Anschluß Österreichs und

³⁷ RÁNKI S. 244.

³⁸ Ebenda, S. 240ff.

³⁹ AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK 1919-1939 (ADAP). Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D, Bd. V, S. 149.

⁴⁰ RÁNKI S. 240f.; ERDMANNSDORFF S. 6f.

⁴¹ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 202ff.

bezüglich des Ausmaßes der ungarischen Forderungen in der Slowakei und Ruthenien gemacht haben muß.«⁴²

Aufgrund der uns heute zur Verfügung stehenden Dokumente kann nicht unmißverständlich festgestellt werden, ob die ungarischen Staatsmänner in die Pläne Hitlers, welche das Schicksal der Tschechoslowakei betrafen, eingeweiht worden waren. Im Vergleich zu dem später zu beschreibenden Staatsbesuch Horthys verliefen die Verhandlungen im November 1937 in einer verhältnismäßig freundlichen Atmosphäre. Wir wissen heute, daß Hitlers Entscheidungen nicht so planmäßig gefaßt wurden, wie dies die Historiker der unmittelbaren Nachkriegszeit uns beweisen wollten. Der Anschluß Österreichs, die Verschärfung der deutsch-tschechischen Spannung nach der Wochenendkrise und Jahre später die überstürzte Reaktion auf den Simovićputsch im März 1941 lassen vermuten, daß der deutsche Diktator nicht immer so planmäßig vorgegangen ist, wie der Anschein nachträglich vermuten läßt. Zudem wissen wir aus den Ereignissen des Jahres 1938, als die Sudetenkrise ihrem Höhepunkt entgegenlief, daß die ungarischen Staatsmänner äußerst vorsichtig agierten. Es scheint deshalb unwahrscheinlich, daß sie ein Jahr vorher verbindliche Vereinbarungen getroffen hätten. Wahrscheinlich handelte es sich um eine unverbindliche *tour d'horizon*, und die Gespräche waren durch die für den deutschen Diktator so charakteristische Plauderei gekennzeichnet. Der am meisten zitierte Beweis ist der Bericht des sudetendeutschen Abgeordneten Künzel über seinen Besuch bei dem ungarischen Ministerpräsidenten Darányi in Budapest: »Für uns unerwarteter Weise kam er sofort auf seine letzte Anwesenheit in Berlin zu sprechen und betonte in dezidierter Form, daß er in längerer Aussprache mit dem Führer und Reichskanzler festgestellt habe, daß die ungarische Regierung in ihrer Auffassung hinsichtlich des Schicksals des Tschechoslowakischen Staates vollkommen d'accord sei mit der des Führers.«⁴³ Diese Bemerkung Darányis scheint eher auf eine langfristige Politik zu deuten als auf einen unmittelbar bevorstehenden gemeinsamen Beschluß.

Anläßlich des ungarischen Staatsbesuches im November 1937 kam es allerdings auch zu einem Mißverständnis. Darányi und Kánya erklärten sich bereit, die Grenze gegenüber Jugoslawien als endgültig anzuerkennen, wenn der jugoslawische Ministerpräsident, Stojadinović, dafür die Neutralität seines Landes bei einem ungarisch-tschechoslowakischen Konflikt deklarieren würde. Hitlers Versprechen, bei dem bevorstehenden Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten in diesem Sinne vermitteln zu wollen, faßte die ungarische Delegation als eine deutsche Garantie für die jugoslawische Neutralität auf.⁴⁴ Hitler hingegen hat Kányas und Darányis Wunsch mißverstanden. Er interpretierte das ungarische Anliegen als eine ungarische Garantie der jugoslawischen Grenzen, für welche die Ungarn eine weitgehende kulturelle Autonomie der ungarischen Minderheit in Ju-

⁴² HOENSCH Jörg K.: Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Tübingen 1967, S. 51. (Tübingen Studien zur Geschichte und Politik 23.)

⁴³ Bericht von Franz Künzel, Abgeordneter der Sudetendeutschen Partei, an das Auswärtige Amt vom 19. Februar 1938, in: ADAP, Bd. II, S. 106.

⁴⁴ HOENSCH: Revisionismus, S. 51f.

goslawien fordern. In diesem Sinne vermittelte er später während seiner mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen. Dieses Mißverständnis hat im Laufe des folgenden Jahres die bereits bestehenden deutsch-ungarischen Spannungen nur noch verschärft. Laut Erdmannsdorff erklärte Stojadinović gegenüber dem deutschen Gesandten in Belgrad, von Heeren, er könne keine Verpflichtungen übernehmen, die ihn in Konflikt mit den anderen Staaten der Kleinen Entente bringen könnten.⁴⁵

Zusammenfassend kann über die in der Fachliteratur so oft umstrittenen deutsch-ungarischen Verhandlungen im November 1937 gesagt werden: es handelte sich um explorative Besprechungen über die Art und Weise einer allfälligen deutsch-ungarischen Zusammenarbeit gegen die Tschechoslowakei, deren Auflösung angestrebt wurde.⁴⁶ Vereinbarungen über konkrete Schritte traf man jedoch nicht. Das erste diesbezügliche Angebot wurde der ungarischen Seite erst im August 1938, anlässlich der mit Horthy geführten Besprechungen unterbreitet.⁴⁷

Auch die vom 5. bis 9. Februar 1938 anlässlich des ungarischen Staatsbesuches von Reichsverweser Horthy und Außenminister Kánya in Warschau mit den polnischen Staatsmännern geführten Besprechungen haben den Rahmen einer explorativen tour d'horizon kaum überschritten. Der sowohl wegen der potentiellen sowjetischen als auch wegen der immer akuter werdenden deutschen Gefahr besorgte polnische Außenminister, Józef Beck, hatte weitgehende Pläne zur Umgestaltung Mittel- und Osteuropas entwickelt. Sein als »drittes Europa« oder auch als »Intramaram« bezeichneter Plan sah unter der Führung Polens die Schaffung eines Blocks unabhängiger Staaten in Mittel- und Osteuropa vor. Mitglieder dieses Blocks, dessen Aufgabe die Fernhaltung sowohl des sowjetischen als auch des deutschen Expansionismus vom mitteleuropäischen Raum gewesen wäre, hätten nach Becks Vorstellungen Ungarn, Rumänien und Jugoslawien sein sollen. Im Süden hätte sich dieser Block auf Italien stützen sollen, dessen Außenminister, Graf Ciano, die expansiven, »pangermanistischen« Bestrebungen des Dritten Reiches ebenfalls mit Mißtrauen betrachtete. Die Tschechoslowakei, die ein Verbündeter der Sowjetunion war, hätte im Sinne von Beck keine Rolle in diesem System gehabt. Das Verschwinden dieses Staatswesens von der Landkarte Europas hätte Beck gerne in Kauf genommen. Sein Ziel war die Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze. Ruthenien hätte – mit einer gewissen Autonomie ausgestattet – zu Ungarn zurückkehren und die Slowakei einen, entweder mit Ungarn oder mit Polen verbundenen unabhängigen Staat bilden sollen. Becks geheimes Ziel war zudem die Eindämmung des deutschen Vormarsches im mitteleuropäischen Raum.⁴⁸ Seit November 1937, als er bereits die Krise um die Tschechoslowakei

⁴⁵ ERDMANNSDORFF S. 4; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 203ff.

⁴⁶ Im Herbst 1937 wurde noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob der Untergang der Tschechoslowakei durch den vom Auswärtigen Amt befürworteten »chemischen Auflösungsprozeß« oder durch Hitlers »Zerschlagungs-Strategie« durchzuführen sei.

⁴⁷ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 237ff., 499; RÁNKI S. 287f.; HOENSCH: Revisionismus, S. 78ff.; ERDMANNSDORFF S. 7ff.

⁴⁸ Ausführlich über Becks Pläne: ROOS Hans: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik.

und die Auflösung dieses heterogenen Staates herannahen sah, intensivierte Beck die Beziehungen zu Ungarn. Nach einem belebten Notenwechsel und einer eingehenden diplomatischen Vorarbeit kam es vom 5. bis 9. Februar 1938 zur ungarischen Staatsvisite in Polen. Auf Einladung des Staatspräsidenten, Mościcki, führten Horthy, Kánya und der Kabinettschef des ungarischen Außenministeriums, István Graf Csáky, nach Polen. Während des mit einer Jagd im Urwald von Bielowieza verbundenen Besuches kam es zu einer grundsätzlichen Vereinbarung zwischen den polnischen und ungarischen Staatsmännern über die Koordinierung ihrer Politik für den Fall einer Staatskrise der Tschechoslowakei. Ein formelles Abkommen wurde nicht abgeschlossen, obwohl der Freundschaftsbesuch in der Presse der zwei Länder ziemlich hochgespielt wurde. Auch über die Besprechungen zwischen den zwei Außenministern, Beck und Kánya, wissen wir wenig.⁴⁹ Unverständlicherweise verschweigt Józef Beck in seinen unter dem Titel »Dernier rapport« herausgegebenen wertvollen Memoiren diesen Besuch schlechthin. Wir vermuten, daß wahrscheinlich nicht nur über die Koordinierung der Außenpolitik gegenüber der ČSR, sondern auch über die Eindämmung der nationalsozialistischen Expansionspolitik gesprochen wurde, wobei Horthy allerdings die Polen zur Kompromißbereitschaft in der Frage Danzigs und des Korridors gemahnt haben soll.⁵⁰

Während dieser Verhandlungen mit der Kleinen Entente, mit Italien, Deutschland und Polen hat Ungarn allerdings nicht versäumt, die Beziehungen zu Großbritannien aufrechtzuerhalten und möglicherweise sogar zu vertiefen. Die Nachkriegsliteratur – insbesondere viele in Ungarn herausgegebene historiographische Werke⁵¹ – möge diese Politik lediglich als eine Art von »Rückversicherung« abstempeln; ein so gründlicher Kenner Ungarns wie der englische Historiker C.A. Macartney beurteilt diese »anglophile« Nostalgie der führenden Schichten Ungarns viel realistischer. Sie entsprach dem innigsten Wunsch der meisten Vertreter der »Classa politica« und kann keinesfalls als Opportunismus betrachtet werden, da jede Geste gegenüber England bei beiden Achsenpartnern, sowohl in Rom als auch in Berlin, mit Mißtrauen registriert wurde. Ciano führte die anglophilen Sympathien der ungarischen Führungsschicht mit einer groben Vereinfachung auf zwei Faktoren zurück: »Judaismus und Snobismus«.⁵² Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Tragik, daß Ungarn von englischer Seite für diese Annäherungsversuche lediglich mit einem guten Ratschlag belohnt wurde: es soll sich mit der Kleinen Entente versöhnen. Weder Außenminister Eden noch die führenden Männer des Foreign Office machten sich Gedanken über die Ursachen der Spannung zwischen Ungarn und den Staaten der Kleinen Entente.⁵³ Eine Revision

Tübingen 1965, S. 260ff. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 7.)

⁴⁹ HOENSCH: Revisionismus, S. 60f.; HORTHY Nikolaus von: Ein Leben für Ungarn. Bonn 1953, S. 190f.; Roos S. 281f.

⁵⁰ HORTHY S. 190f.

⁵¹ Pars pro toto: JUHÁSZ Gyula: Magyar-brit titkos tárgyalások 1943-ban. Budapest 1977.

⁵² CIANO Galeazzo: Tagebücher 1937-1938. Hamburg 1949, Aufzeichnung vom 30. Dezember 1937.

⁵³ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 199f.

des Friedensvertrages von Trianon wurde nur von solchen Persönlichkeiten befürwortet, die auf die außenpolitischen Entscheidungen der britischen Regierung keinen Einfluß hatten, wie der Pressemagnat, Lord Rothermere, oder der ungarfreundliche Unterhausabgeordnete, Sir Robert Gower. Es war deshalb kein Wunder, daß die zu Beginn der dreißiger Jahre noch in breiten Schichten der ungarischen Öffentlichkeit vorhandenen probritischen Gefühle am Vorabend der großen Krise bereits im Abklingen waren.

2. Vom Anschluß bis zum Münchener Abkommen

2.1. Ungarns Lage nach dem Anschluß

Mit Recht bezeichnet der amerikanische Historiker, John Lukacs, das Jahr 1938 als »Hitlers Year«. ⁵⁴ In der von März bis Oktober 1938 reichenden Zeitspanne bestimmten die Handlungen des deutschen Führers das Schicksal Europas. Anfang März 1938 – knapp zwei Wochen vor dem Anschluß – bestand noch das in Versailles geschaffene Sicherheitssystem. Nach dem Abschluß des Viermächteabkommens von München begannen sich aber die Konturen eines neuen, von Unstabilität gekennzeichneten Europa abzuzeichnen. Rythmus und Richtung der Entwicklung wurden in dieser Periode von Berlin aus bestimmt. Die zwei westlichen Demokratien, England und Frankreich, aber auch das bis dahin so dynamische faschistische Italien wurden zu passiven Beobachtern der Ereignisse. Auch die Sowjetunion lieferte zu jener Zeit das Bild eines von inneren Krisen – Säuberungen und Schauprozessen – geschüttelten riesengroßen, aber lahmen Kolosses.

Welche Haltung nahm zu jener Zeit das noch unter den Folgen des Friedensvertrages von Trianon leidende Ungarn ein? Breite Schichten der Öffentlichkeit, insbesondere die Jugend, waren zwei Jahrzehnte hindurch von der Hoffnung auf die Revision des Friedensvertrages erfüllt. Gleich nach dem Anschluß wurde jedermann offenbar: das Deutsche Reich wird in kurzer Zeit das Problem der in der Tschechoslowakischen Republik lebenden dreieinhalbmillionen Sudetendeutschen aufwerfen. Was wird Ungarn im Interesse der einen Million Landsleute unternehmen, die aufgrund des Friedensvertrages unter tschechoslowakische Herrschaft gelangt waren? Wird die ungarische Regierung die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts für die zweieinhalbmillionen Slowaken und 500.000 Ruthenen verlangen, die 1918-1919, ohne durch Volksabstimmungen befragt zu werden, in die Republik Masaryks und Beneš' einverleibt wurden? Der überwiegende Teil der ungarischen Öffentlichkeit nahm das Verschwinden Österreichs von der Landkarte Europas mit Bestürzung zur Kenntnis. Ein kleiner Staat, mit welchem Ungarn Jahrhunderte hindurch durch dynastische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen verbunden war, wurde durch eine starke – nach den damaligen Maßstäben als übermäßig stark erscheinende – Großmacht verschlungen. Die Zukunftsvorstellungen des Führers dieser Großmacht waren verschwommen,

⁵⁴ LUKACS John: The Last European War. September 1939-December 1941. London 1976, S. 8ff.

verworfen, seine Handlungen unberechenbar. Die im bereits weitgehend gleichgeschalteten Deutschland herrschende nationalsozialistische, neuheidnische, »völkische« Ideologie stand in diametralem Gegensatz zur gesellschaftlichen und politischen Ordnung Ungarns, die – bei allem nach heutigen Maßstäben gemessen als übertrieben zu bezeichnenden Konservativismus – durch das den angelsächsischen politischen Überlieferungen nahestehende System des »Checks and Balances« gekennzeichnet war.

Trotz ihrer Sorge und Angst versuchten die führenden Männer Ungarns, in der neu entstandenen Lage ihr Gesicht zu wahren. »Die Vereinigung Österreichs mit Deutschland hat für uns lediglich eine Bedeutung: Einer unserer guten Freunde, der infolge der Friedensverträge in eine unmögliche Situation geraten ist, hat sich mit einem anderen guten Freund und treuen Waffenbruder von uns vereinigt [...]. Das ist alles. Von unserem Standpunkt aus betrachtet, ist nichts Weiteres passiert.« Mit diesen Worten versuchte Reichsverweser Horthy in seiner Radioansprache das ungarische Volk zu beruhigen.⁵⁵ Obwohl etwas nuancierter, sprach in diesem Sinne auch Kánya im außenpolitischen Ausschuß des Oberhauses.⁵⁶ Bethlen betonte allerdings in seiner am 13. April im liberalen »Pesti Napló« veröffentlichten Artikel die ideologischen Unterschiede. Gleichzeitig hob er aber hervor, im Verhältnis zur Tschechoslowakei gebe es eine Interessengemeinschaft zwischen Ungarn und seinem mächtigen neuen Nachbarn.⁵⁷

Die ungarische Außenpolitik stand im Frühjahr 1938 vor zwei Alternativen: Übereinkunft mit den Staaten der Kleinen Entente und Verzicht auf eine in absehbarer Zukunft zu realisierende Revision der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages oder Teilnahme an der Aktion Hitlers gegen die Tschechoslowakei. Die Wahl der zweiten Alternative hätte aber einen Machtzuwachs des nationalsozialistischen Dritten Reiches zur Folge gehabt, der langfristig für Ungarn eine größere Gefahr darstellte, als der Ring der unfreundlichen Staaten der Kleinen Entente. Darüber hinaus würde Ungarn das Wohlwollen Englands für immer verlieren. Als Folge der seit März 1938 von Tag zu Tag zunehmenden Staatskrise der Tschechoslowakei wurde jedoch der Spielraum der ungarischen Diplomatie stark eingengt. Trotz der in der politischen Führungsschicht vorhandenen Bedenken schien eine Zurückhaltung Ungarns für den Fall, daß der Auflösungsprozeß der ČSR sich fortsetzen würde, schier unmöglich zu sein.

⁵⁵ SZINAI Miklós – SZÜCS László: Horthy Miklós titkos iratai [Die Geheimschriften von Nikolaus Horthy]. Budapest 1962, S. 172.

⁵⁶ RÁNKI S. 263f.; ERDMANNSDORFF S. 5, kommentiert die ungarischen Reaktionen auf den Anschluß folgenderweise: »Zwar sandte die ungarische Regierung Glückwunschtelegramme nach Berlin, doch war ihr die nunmehrige, unmittelbare, erdrückende Nachbarschaft an das »Großdeutsche Reich« ein Gegenstand größter Sorge, zumal da die österreichischen Nationalsozialisten als radikal und Ungarn gegenüber feindlich gesinnt bekannt waren. So entfalteten sie eine starke antiungarische Propaganda unter den Volksdeutschen im Kreis Ödenburg (Sopron), der nach dem ersten Weltkrieg aufgrund einer Volksabstimmung von Österreich an Ungarn gekommen war.«

⁵⁷ RÁNKI S. 266ff.

2.2. Die Gründung der Tschechoslowakei und die permanente Staatskrise dieses Vielvölkerstaates

Der Feststellung von Rönnefarth, wonach die Sudetenkrise nicht von Hitler geschaffen wurde,⁵⁸ kann ohne Vorbehalt beigeplichtet werden. Seine Behauptung kann sogar mit der Bemerkung ergänzt werden, daß das gesamte tschechoslowakische Problem, das Europa bereits im Herbst 1938 bis zum Abgrund des Krieges führte und das Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg lieferte, eine Schöpfung der Pariser Vorortverträge war und von Hitler und den Nationalsozialisten lediglich als Mittel zur Verwirklichung ihrer Eroberungspläne mißbraucht wurde.

Es mag paradox klingen: die in seiner Anfang 1918 verkündeten State-of-the-Union-Botschaft enthaltenen vierzehn Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson standen einerseits bei der Geburt der Tschechoslowakei Pate, trugen aber zwei Jahrzehnte später auch zum Untergang der Republik wesentlich bei. Der Wilsonsche Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts wurde als eine Verwirklichung des in der Ideenwelt der französischen Revolution wurzelnden Nationalstaates in Mitteleuropa und als eine Kampfansage an das als Überbleibsel der mittelalterlichen, übernationalen Universalmonarchie betrachtete Vielvölkerreich Österreich-Ungarn gedacht. Die aus den Trümmern des Habsburgerreiches emporgestiegene neue Republik war trotz gegenteiliger Beschwörungen seiner Gründer über die Schaffung einer »neuen Schweiz«⁵⁹ ein tschechischer Nationalstaat, der mit Unterstützung der Siegermächte große, von nichttschechischen Völkern (von Deutschen, Slowaken, Ungarn, Ruthenen, Polen usw.) bewohnte Gebiete erobert und annektiert hatte. Da aber dieser Staat als Folge dieser Annexionspolitik eben die *Verletzung des ethnischen Prinzips repräsentierte*, war es für Adolf Hitler – der vor 1939 ein Meister der politischen Kriegsführung war – eine verhältnismäßig leichte propagandistische Aufgabe, im Herbst 1938 als Vollstrecker des Wilsonschen Vermächtnisses und als Vorkämpfer des 1918/1919 nur teilweise verwirklichten Selbstbestimmungsrechts die »Heimkehr« des Sudetenlandes ins Reich und um ein halbes Jahr später die vollständige Auflösung der Tschechoslowakei herbeizuführen.

Entgegen den Behauptungen einer deterministisch gefärbten Geschichtsschreibung waren die Nationalitätenprobleme des habsburgischen Reichsverbandes keineswegs unlösbar. In der österreichischen Reichshälfte wurde um die Jahr-

⁵⁸ RÖNNEFARTH Helmuth K.G.: Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Entstehung – Verlauf – Auswirkungen. 2 Bde. Wiesbaden 1961. Bd. 1. Vorwort, S. XI; CELOVSKY Boris: Das Münchener Abkommen 1938. Stuttgart 1957, S. 11ff. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 3.)

⁵⁹ In seiner am 20. Mai 1919 an die »Kommission für die neuen Staaten« der Friedenskonferenz gerichteten Note gab Beneš folgende Zusicherung: »Die tschechoslowakische Regierung hat die Absicht, ihren Staat so zu organisieren, daß sie als Grundlage der Nationalitätenrechte die Grundsätze annimmt, die in der Verfassung der schweizerischen Republik zur Geltung gebracht sind. D.h., sie will aus der Tschechoslowakei eine bestimmte Art Schweiz machen, wobei sie, wie sich von selbst versteht, die besonderen Verhältnisse in Böhmen in Betracht zieht.« JAKSCH Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Stuttgart 1961, S. 222.

hundertwende eine Entwicklung in die Wege geleitet, die geeignet war, den Vielvölkerstaat in eine echte Föderation umzuwandeln.⁶⁰ Und trotz der seit 1867 zunehmenden Zentralisierungsbestrebungen der ungarischen Regierungen hat auch das ungarische Königreich seinen jahrhundertealten übernationalen Charakter größtenteils bewahren können.⁶¹

Die verschiedenen tschechischen nationalen Bewegungen im 19. Jahrhundert zielten zunächst nicht auf eine Sprengung des habsburgischen Reichsverbandes ab. Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts begann eine kleine Gruppe von Professoren, Politikern und Advokaten sich mit der Gründung eines von Österreich und Ungarn unabhängigen »tschechoslowakischen« Staates zu befassen. Zum geistigen Führer dieser Gruppe wurde der angesehene Philosophieprofessor der Universität Prag, Tomáš G. Masaryk, der nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges Österreich verließ und Ende 1915 in Paris mit Dr. Eduard Beneš und anderen Exiltschechen den sogenannten tschechischen Nationalrat gründete. Mit schillernden Worten wird die weltgeschichtliche Rolle dieser Gruppe vom französischen Historiker, J. Benoist-Méchin, charakterisiert: »Eine Handvoll Männer also, die von nun an auf das unerreichbar fern scheinende Ziel zusteuerte, das alte Habsburgerreich Österreich-Ungarn zu zerstören, und Geburtshelfer eines neuen tschechoslowakischen Staates zu sein«.⁶²

Es bedurfte einer zähen, unermüdlichen Propagandaarbeit, die Staatsmänner der Entente-Mächte von der Notwendigkeit der Zerstörung Österreich-Ungarns zu überzeugen, da das Fortbestehen der Donaumonarchie seit Jahrhunderten ein Axiom der europäischen Außenpolitik war. Bis Ende des Jahres 1917 gab es in England und Frankreich einflußreiche Kreise, die Österreich und Ungarn wohlgesinnt waren. Man scheute sich vor einer so radikalen Umwälzung des europäischen Gleichgewichtssystems, wie es die Tschechen wollten. Die Donaumonarchie wurde einerseits als ein notwendiger Damm gegen die deutsche Expansion, andererseits als eine Garantie gegen die Balkanisierung Mitteleuropas betrachtet.

Die Ereignisse des Jahres 1917: das Scheitern der verschiedenen Friedensbemühungen, die russische Revolution und schließlich der Kriegsbeitritt der Vereinigten Staaten – einer jungen und vom europäischen Gleichgewichtsdanken freien Großmacht –, und vor allem der bis zur völligen Niederlage der Mittelmächte geführte Krieg hatten eine Lage geschaffen, in welcher die radikalsten Umwälzungsversuche mit Erfolg realisiert werden konnten. Den sich um Masaryk und Beneš gruppierenden tschechischen Emigranten ist es mit Hilfe mächtiger und einflußreicher Kreise gelungen, auf die Regierungen Frankreichs, Englands und der USA einen ausschlaggebenden Einfluß auszuüben. Im Laufe des Sommers

⁶⁰ JAKSCH S. 91ff.; KANN Robert: Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918. Princeton 1976, S. 395ff.; MACARTNEY C. A.: The Habsburg Empire. London 1969, S. 792ff.

⁶¹ JAKSCH S. 201f.: »Die Politik der Magyarisierung war auf den Zeitraum zwischen 1867 und 1918 beschränkt. Aber das Leben ging weiter. Im kirchlichen Bereich, in der Wirtschaft, im Zusammenleben des Alltags blieb der übernationale Charakter der Stefanskronen bestehen.«

⁶² BENOIST-MÉCHIN J.: Am Rande des Krieges 1938. Oldenburg – Hamburg 1967, S. 14.

1918 ist der neue, aus den historischen Ländern Böhmen und Mähren sowie aus den slowakischen Komitaten des ungarischen Königreichs zu bildende Staat, die »Tschechoslowakei« als kriegführende Nation der Entente-Mächte und der unter dem Vorsitz Masaryks stehende tschechische Nationalrat als Regierung der Tschechoslowakei anerkannt worden. Da die Friedensangebote der Doppelmonarchie im Herbst 1918 von den Entente-Mächten abgelehnt worden waren, brachen in den Ländern des habsburgischen Reichsverbandes nationale und soziale Revolutionen aus. Als deren Folge löste sich die Monarchie der Habsburger bis Mitte November auf.⁶³ Den Verkündern des »Neuen Europa«,⁶⁴ Masaryk und Beneš, bot sich die Gelegenheit, die Ordnung in Mitteleuropa neu zu regeln. Die im Zeitraum 1918-1920 geschaffene neue Ordnung beruhte jedoch nicht auf dem von den Siegermächten feierlich verkündeten Grundsatz des »Selbstbestimmungsrechts der Völker«, sondern kam als Folge einer Reihe von gewaltsamen Handlungen zustande.⁶⁵

Nachdem der in Prag noch während des Krieges gegründete tschechische Nationalausschuß am 28. Oktober 1918 die Gründung der Tschechoslowakischen Republik proklamiert hatte, verkündeten im Laufe der folgenden Tage auch die Vertreter der von Deutschen bewohnten Gebiete Böhmens und Mährens – die zu jener Zeit noch Bürger Österreichs waren – ihren Willen, bei Deutsch-Österreich⁶⁶ zu verbleiben. Dieser Wille wurde aber weder von der neuen tschechischen Regierung noch von den Siegermächten beachtet. In der vom 3. November bis zum Jahresende 1918 reichenden Zeitspanne besetzte die tschechische Legion die von Deutschen bewohnten Gebiete, und die Regierung in Prag verkündete deren Annexion *aufgrund des historischen Rechts* der ehemaligen Wenzelskrone.⁶⁷ Die von Deutschen bewohnten Gebiete der »historischen Länder« wurden aufgrund geschichtlicher Rechte dem neuen Staat einverleibt. Den Anspruch auf die von Slowaken bewohnten Gebiete des ungarischen Königreiches begründete die

⁶³ Schrifttum zur Entstehung der Tschechoslowakei: JAKSCH S. 182ff.; BENOIST-MÉCHIN S. 11ff.; RÖNNEFARTH Bd. I, S. 70ff.; CELOVSKY S. 39ff.

⁶⁴ Der Begriff »Neues Europa« wurde vor allem von Masaryk geprägt, seinen Namen erhielt er aber von der vom englischen Journalisten H. R. Seaton-Watson redigierten Zeitschrift »New Europe«, die in den angelsächsischen Ländern zum Propagandaforum der tschechoslowakischen Idee wurde.

⁶⁵ Vgl. die in Anm. 63 angeführte Literatur.

⁶⁶ Am 12. November 1918 dethronisierte der österreichische Nationalrat das Haus Habsburg-Lothringen und proklamierte die Republik Deutsch-Österreich. Unter dem Druck der Siegermächte verzichtete man auf diesen Namen. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde die Republik lediglich Österreich genannt.

⁶⁷ Nach seiner Ankunft in Prag am 22. Dezember 1918 betonte Masaryk den tschechischen Charakter der neu gegründeten Republik und bezeichnete die Deutschen Böhmens und Mährens als »Kolonisten und Emigranten«. Im folgenden März 1919 kam es zu großen friedlichen Demonstrationen in Eger, Karlsbad, Reichenberg und anderen Städten. Die tschechischen Truppen schossen wahllos in die Massen. 52 Tote und 84 schwer verletzte Personen markierten die Geburt eines Staates, der in der Publizistik auch heute oft als »einzige Demokratie östlich des Rheins« bezeichnet wird. JAKSCH S. 189, 207f.

Tschechoslowakei mit dem Argument des Selbstbestimmungsrechts. Dieses Argument wäre überzeugend gewesen, wenn man dem slowakischen Volk die Möglichkeit eingeräumt hätte, über sein Schicksal selber zu entscheiden. Es wurde aber nie eine Volksabstimmung abgehalten. Eine eilig einberufene Versammlung von 68 nicht gewählten Personen proklamierte am 30. Oktober 1918 in Sankt Martin (Turčiansky Svätý Martin, Turócszentmárton) die Vereinigung der Slowakei mit Böhmen und Mähren.⁶⁸ Die profiliertesten Vertreter der slowakischen Autonomisten waren an dieser Versammlung gar nicht vertreten. Die in Ungarn als Folge der »bürgerlichen« Revolution vom 31. Oktober 1918 an die Macht gelangte Regierung des Grafen Mihály Károlyi leitete mit den Vertretern des slowakischen Nationalrates Verhandlungen ein. Masaryk aber entschied anders. Er befahl den sofortigen Einmarsch tschechischer Truppen. Der Historiker Klepetař kommentiert diese Ereignisse wie folgt: »Masaryk, der während seiner Tätigkeit im Weltkrieg die Gesinnung der Staatsmänner Westeuropas und Amerikas kennengelernt hatte, wußte, welche Bedeutung die Diplomatie einem fait accompli beizumessen pflegt. Er telegraphierte noch aus Amerika an Beneš in Prag, er möge die Besetzung der Slowakei anordnen.«⁶⁹

Nach Anordnung des tschechischen Einmarsches mobilisierte Károlyi die ungarische Armee und ließ einige Städte Nordungarns besetzen. Er schlug vor, das Land der Slowaken sollte bis zur Friedenskonferenz weder von Ungarn noch von Tschechen besetzt werden, und die Slowakei sollte vom slowakischen Nationalrat regiert werden. Ein solches Abkommen wurde am 30. November 1918 vom Delegierten des slowakischen Nationalrates, Dr. Milan Hodža, und vom ungarischen Minister ohne Portefeuille für das Nationalitätenproblem, Oszkár Jászi, unterzeichnet. Beneš forderte aber von den Siegermächten, Ungarn gegenüber das Prinzip der »bedingungslosen Übergabe« anzuwenden. Die französische Regierung gab den Forderungen von Beneš nach und erzwang den Rückzug der ungarischen Truppen von der mit Hodža vereinbarten Demarkationslinie.⁷⁰ Drei Monate später genügte aber der tschechoslowakischen Regierung diese Demarkationslinie nicht mehr. Im März 1919 forderte Beneš, der inzwischen Außenminister der neuen Regierung in Prag wurde, eine neue Demarkationslinie, welche diesmal

⁶⁸ Die Anhänger der »tschechoslowakischen« Staatsidee beriefen sich auf das sogenannte »Pittsburger Abkommen«, das Masaryk am 30. Juni 1918 mit den Vertretern der in den USA lebenden Slowaken unterzeichnet hatte. Laut diesem Abkommen hätten die Tschechen und die mit einer breiten Autonomie ausgestatteten Slowaken eine föderalistisch strukturierte Republik bilden sollen. Die Autonomie wurde den Slowaken aber erst im Oktober 1938, nach dem Münchener Abkommen, gewährt.

⁶⁹ KLEPETAR H.: Seit 1918 ... Eine Geschichte der tschechoslowakischen Republik. Mährisch-Osttrau 1937, S. 26.

⁷⁰ JAKSCH S. 202, kommentiert jene Ereignisse folgenderweise: »Besonders schwer war eine territoriale Abgrenzung in Oberungarn. Die Magyaren und Deutschen wohnten überwiegend in den Städten, die Slowaken vorwiegend in den Dörfern. Alles sprach für eine Einigung. Die Verbindung zu Budapest hatte aufgehört, ohne daß man das slowakische Volk gefragt hätte, wie es nach eigenem Willen seine staatliche Zugehörigkeit suchen möchte.«

nicht mehr den Sprachgrenzen entlang verlief, sondern ein rein magyarisches Gebiet mit rund 800.000 Einwohnern umschloß.⁷¹

Auf ähnliche Weise, d.h. mit Militärgewalt, wurden auch die ruthenischen Komitate Ungarns sowie das von Polen bewohnte Olsagebiet in den neuen Staat eingegliedert. So entstand die Tschechoslowakische Republik, ein tschechischer Nationalstaat, der jedoch – wie das alte Österreich-Ungarn – ein Mosaik von vielen Völkern war. Die 6.727.038 Tschechen hatten keine absolute Mehrheit. Die übrige Bevölkerung, deren Zahl 6.877.769 betrug, verteilte sich wie folgt: 3.122.390 Deutsche, 2.010.295 Slowaken, 745.935 Ungarn, 459.346 Ruthenen, 180.332 Juden, 75.656 Polen und 238.727 sonstige Fremdstämmige.⁷²

Als Folge dieser heterogenen Zusammensetzung konnte sich bei den verschiedenen Völkern des neuen Staates kein gemeinsames Nationalgefühl entwickeln. Trotz gegenteiliger Zusicherungen von Beneš während der Friedensverhandlungen in Versailles⁷³ wurde den nichttschechischen Völkern der Republik keine Autonomie gewährt. Die Sprach- und Schulgesetze richteten sich gegen die Nationalitäten. Durch ein Gesetz »zum Schutze des Staates« konnte jede Forderung nach Selbstbestimmung als Delikt geahndet werden. Als Folge der in den zwanziger Jahren durchgeführten Bodenreform wurden in den deutschen und magyarischen Provinzen der Republik Familien tschechischer Legionäre angesiedelt. Dadurch wurde eine Entdeutschung und Entmagyarisierung dieser Regionen in die Wege geleitet. Infolge einer einseitigen, sich auf Frankreich stützenden Außenpolitik waren die Beziehungen der Tschechoslowakei zu beinahe allen Nachbarn – mit Ausnahme des verbündeten Rumänien – durch ein feindliches Verhalten gekennzeichnet. Die den Zentralisierungsbestrebungen dienende Wirtschaftsförderungspolitik führte insbesondere in den von Deutschen bewohnten Gebieten zu einer weitgehenden Verelendung, so daß seit Mitte der dreißiger Jahre in Deutsch-Böhmen bzw. im Sudetenland eine beinahe vorrevolutionäre Stimmung herrschte.⁷⁴ Wegen des im Interesse des tschechischen Staatsvolkes ausgeklügelten Wahlrechtssystems konnte die ohne Zweifel existierende parlamentarische Demokratie⁷⁵ nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Tschechoslowakei ein nach französischem Muster zentralisierter einheitlicher Nationalstaat war, den ungefähr die Hälfte der Bevölkerung nicht als ihre Heimat betrachten konnte. Die Slowaken strebten eine autonome Entwicklung, die Ungarn und die Polen die Wiedervereinigung mit ihren Mutterländern an. Die stärkste Autono-

⁷¹ Ebenda.

⁷² Nach den Angaben der »Volkszählung des tschechischen Staates 1921«, zitiert von BENOIST-MÉCHIN S. 43.

⁷³ Vgl. Anm. 59.

⁷⁴ BENOIST-MÉCHIN S. 49ff.; JAKSCH S. 240ff.; RÖNNEFARTH Bd. I, S. 98ff.

⁷⁵ Bei jeder Kritik an den Begleitumständen der Geburt des tschechoslowakischen Staates darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die erste Republik eine parlamentarische Demokratie und ein Rechtsstaat war, in welchem die Unabhängigkeit der Gerichte und die politischen Freiheitsrechte gewährleistet waren. Das von Masaryk und Beneš zugesicherte Recht der Volksgruppen auf autonome Entwicklung blieb ihnen allerdings vorenthalten – und da lag die Ursache der permanenten Krise.

miebewegung entfaltete sich in den von Deutschen bewohnten Gebieten, wo am 1. Oktober 1933 unter der Führung eines jungen Turnlehrers, Konrad Henlein, die »Sudetendeutsche Heimatfront« ins Leben gerufen wurde. Der unter dem Einfluß des österreichischen – von ständestaatlichen Ideen beseelten – Volkswirtschaftlers Othmar Spann stehende Henlein hatte eine gewisse charismatische Ausstrahlung, und die von ihm geführte »Sudetendeutsche Partei« (SdP) erhielt bei den Parlamentswahlen im Mai 1935 66,7% der deutschen Stimmen in Böhmen. Die SdP wurde damit zur zweitstärksten Fraktion im Prager Parlament. Henlein und der gemäßigte Flügel der Partei strebten bis Herbst 1937 keine Loslösung von der CSR an, sondern lediglich die Anerkennung des Rechts der Deutschen, im Rahmen der Tschechoslowakei eine autonome Volksgruppe zu bilden. Durch die Unnachgiebigkeit der Regierung und insbesondere des Staatspräsidenten Beneš⁷⁶ erlangte aber innerhalb der SdP immer mehr der vom nationalsozialistisch gesinnten Karl Hermann Frank geführte radikale Flügel die Oberhand, und der schwache Henlein geriet unter den Einfluß dieser radikalen Kräfte. Nach dem verhängnisvollen Zwischenfall von Teplitz-Schönau im Herbst 1937⁷⁷ faßte Henlein am 19. November 1937 den Beschluß, sich an den »Führer und Reichskanzler« des Deutschen Reiches zu wenden und ihn zur »Lösung der Sudetenfrage vom Reiche her« aufzufordern.⁷⁸ Damit begann die eigentliche Sudetenkrise, die nach dem Anschluß zum wichtigsten Faktor der europäischen Politik wurde. Da inzwischen auch die slowakischen Forderungen nach Autonomie immer heftiger geworden waren, stand die Tschechoslowakei bereits zu Beginn des Jahres 1938 vor einem schweren, mit dem Zerfall der Republik drohenden politischen Konflikt.

2.3. Die Beziehungen Ungarns zu den Sudetendeutschen und den Slowaken sowie zur polnischen Regierung

Schon vor dem Anschluß Österreichs reifte in Ungarn die Überzeugung heran, daß es in der Tschechoslowakei bald zu einer ernsten Krise kommen werde. Auch wenn der baldige Zerfall der CSR noch nicht unmittelbar vor der Tür stand, so schien es wahrscheinlich, daß mindestens eine föderative Umwandlung dieses heterogenen Staates unvermeidlich sei. Da eine dahingehende Entwicklung auch für Ungarn vorteilhaft gewesen wäre, lag es auf der Hand, mit jenen Kräften

⁷⁶ Der erste Präsident der Republik, Tomáš Masaryk, dankte am 14. Dezember 1935 aus Altersgründen ab. Das tschechoslowakische Parlament wählte mit Hilfe deutscher, ungarischer und slowakischer Parlamentarier den bisherigen Außenminister Dr. Eduard Beneš zu seinem Nachfolger.

⁷⁷ Am 17. Oktober 1937 kam es in Teplitz-Schönau zu einem – vermutlich von K. H. Frank provozierten – Zwischenfall zwischen Abgeordneten der SdP und tschechischen Polizisten, die Frank ungeachtet seiner parlamentarischen Immunität für einige Stunden unter Gewahrsam brachten. Der Zwischenfall wurde von der deutschen Propaganda übermäßig aufgebauscht. Die von Goebbels kommandierte reichsdeutsche Presse stellte die Tschechoslowakei als einen verwerflichen »Polizeistaat« dar.

⁷⁸ BENOIST-MÉCHIN S. 68ff.; RÖNNEFARTH Bd. I, S. 171ff.

Kontakt aufzunehmen, die eine solche Entwicklung befürworteten bzw. von einer solchen Entwicklung für sich Vorteile erhofften. Innerhalb der Republik gab es zwei Volksgruppen, die als allfällige Bündnispartner für die mehr als eine Million Seelen zählende ungarische Minderheit von Bedeutung waren: die rund dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen und die zweieinhalb Millionen Slowaken.

Die Meinung, daß eine Revision der Bestimmungen des Trianon-Vertrages nur dann möglich sei, wenn das im Weltkrieg 1914-1918 unterlegene Deutsche Reich erneut eine starke Rolle in der europäischen Politik spielen werde, war in Ungarn in allen Schichten des sozialen Gefüges weit verbreitet. Bis zur Entfesselung der europäischen Krise in den Jahren 1938/1939 durch Adolf Hitler war auch der führende Mann der sogenannten Liberalkonservativen Richtung, István Graf Bethlen, von der Richtigkeit dieser These überzeugt. Wie bereits erwähnt wurde, schrieb er in einem Leitartikel in der Zeitung »Pesti Napló« noch nach dem Anschluß Österreichs über die trotz ideologischer Gegensätze bestehende Interessengemeinschaft zwischen Ungarn und dem Deutschen Reich, insbesondere was die Zusammenarbeit gegen die Tschechoslowakei betreffe.⁷⁹

Bethlen war übrigens der erste unter den ungarischen Staatsmännern, der schon in den Jahren 1918/1919 eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ungarn und den Sudetendeutschen befürwortete. Unter den damaligen Umständen, als Ungarn durch die Revolutionen und die darauffolgende rumänische Besatzung dermaßen von Krisen heimgesucht wurde, daß die Führung einer aktiven Außenpolitik schier unmöglich war, kam die erwünschte Zusammenarbeit mit den Sudetendeutschen nicht zustande. Auch in den zwanziger Jahren und in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre konnte sie aus mehreren Gründen nicht realisiert werden:

– Ein großer Teil der sudetendeutschen Parteien, die sogenannten »Aktivisten« strebten zunächst eine loyale Politik gegenüber der Regierung in Prag an. Diese Zusammenarbeit blieb allerdings als Folge der Starrsinnigkeit und Unnachgiebigkeit der Prager Regierung weitgehend erfolglos. Das Fiasko und die Erfolglosigkeit der »aktivistischen« Parteien sowie die schwere Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen im Sudetenland schwerwiegender waren als in den übrigen Regionen Böhmens und Mährens, gaben der von Konrad Henlein gegründeten Sudetendeutschen Partei, die bei den Wahlen von 1935 die überwiegende Mehrheit der deutschen Stimmen erhielt, Auftrieb.⁸⁰

– Das Verhältnis zwischen den ungarischen und deutschen Volksgruppen in Rumänien und Jugoslawien war äußerst gespannt. Diese Volksgruppen arrangierten sich mit der neuen Staatsgewalt – so die Sachsen und die Banater Schwaben mit Rumänien und die Donauschwaben mit Jugoslawien – und kritisierten die ungarischen Parteien wegen ihrer auf der Basis der »historischen Rechte der Stefanskron« geführten Politik. Sie bezichtigten die Regierung in Budapest der gewaltsamen »Magyarisierung«. Auch die Partei der sogenannten Karpatendeut-

⁷⁹ Vgl. Anm. 57.

⁸⁰ JAKSCH S. 302ff.

schen⁸¹ hatte in der Zips und in Preßburg ständige Reibereien mit der von Géza Szüllő, József Szentiványi, Andor Jaross und János Graf Esterházy geführten Vereinigten Ungarischen Partei, die enge Beziehungen zur Budapester Regierung pflegte. Obwohl die Sudetendeutschen keine unmittelbaren Streitigkeiten mit der ungarischen Volksgruppe hatten, solidarisierten sie sich eher mit den übrigen deutschen Parteien der Nachfolgestaaten.⁸²

– Eine weitere Schwierigkeit ergab sich aus den unterschiedlichen Grundlagen der deutschen bzw. der ungarischen Revisionsbestrebungen. Die Sudetendeutschen konnten nur vom ethnischen Standpunkt aus eine gegen die Prager Regierung gerichtete Revisionspolitik verfolgen, da die sogenannten »historischen Rechte« das unteilbare Fortbestehen der historischen Länder Böhmen und Mähren voraussetzten.⁸³ Im Gegensatz dazu waren die ungarischen Revisionsbestrebungen stets auf die Rechte der heiligen Stefanskrone gegründet.⁸⁴ Nach ungarischer Auffassung waren die von Slowaken, Ungarn und Ruthenen bewohnten Gebiete der Tschechoslowakei besetzte Gebiete, die dem Reich der Stefanskrone nach dem Ersten Weltkrieg gewaltsam entrissen worden waren. Nach deutscher (und sudetendeutscher) Auffassung waren die ungarischen Revisionsbestrebungen nur in dem Maße berechtigt, soweit sie sich ethnisch rechtfertigen ließen.⁸⁵

Ungeachtet dieser Meinungsverschiedenheiten erforderte die sich bereits Ende 1937 abzeichnende historische Wende eine Koordinierung der gemeinsamen Interessen, die gegenüber der Prager Zentralregierung bestanden. Erleichtert wurde die anzustrebende Zusammenarbeit bis zu einem gewissen Grade durch die Gründung der »Vereinigten Ungarischen Partei« (VUP) am 21. Juli 1937, die sich zum Vertreter des »nationalen Kollektivs« sämtlicher Ungarn in der Tschechoslowakei bekannte.⁸⁶ Obwohl diese von christlichen Grundsätzen geprägte Partei von der nationalsozialistischen Ideologie weit entfernt war, pflegte sie die Idee der »Volksgemeinschaft« und streckte Fühler sowohl zur Sudetendeutschen Partei als auch zu der von den Priestern Andrei Hlinka und Jozef Tiso geführten »Slowakischen Volkspartei« (SVP) aus.⁸⁷ Anfang Februar 1938 beschloß die

⁸¹ Im Gegensatz zu den Deutschböhmen, die seit der Gründung der Tschechoslowakei stets *Sudetendeutsche* genannt wurden, wurden die Deutschen im Zipserland und Preßburg als *Karpatendeutsche* bezeichnet.

⁸² TILKOVSKÝ: *Revízió*, S. 13f.

⁸³ Die Unterschiedlichkeit der Sudetendeutschen von der ungarischen Auffassung hatte tiefe historische Wurzeln, die von der unterschiedlichen staatsrechtlichen Stellung herrührten. Vgl. JAKSCH S. 58ff.

⁸⁴ Vgl. die Aufzeichnung des Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei, Künzel, über seine Unterredung mit dem ungarischen Außenminister von Kánya am 19. Februar 1938, in: ADAP, Bd. II, S. 107.

⁸⁵ TILKOVSKÝ: *Revízió*, S. 15.

⁸⁶ Präsident der Partei wurde Andor Jaross, Vizepräsident János Graf Esterházy.

⁸⁷ Konrad Henlein, der Gründer der SdP war ursprünglich kein Nationalsozialist, sondern ein Anhänger der christlich geprägten ständestaatlichen Idee von Othmar Spann. Vermutlich trat er erst im November 1937 – heimlich – der NSDAP bei.

VUP auf ihrer Vorstandssitzung, die Forderungen der ungarischen Minderheit in einer umfassenden Eingabe der Regierung in Prag zu unterbreiten. Gleichzeitig beschloß man, gegenüber der Prager Regierung die Politik sowohl mit der SdP als auch mit der SVP zu koordinieren. Am 8. Februar kam es in Rosenberg (Rožmberk nad Vltavou) zu einer gemeinsamen Besprechung der führenden Persönlichkeiten der SdP, der SVP und der Karpatendeutschen Partei (KdP).⁸⁸ Um eine ähnliche Zusammenarbeit auch mit der VUP herbeizuführen, fuhren im Februar 1938 auf Empfehlung von Graf Esterházy die sudetendeutschen Abgeordneten Franz Künzel und Karl Hermann Frank nach Budapest, um Verhandlungen mit István Graf Bethlen, mit dem Staatssekretär im Ministerpräsidium, Tibor Pataky, sowie mit Darányi und Kánya zu führen. Im Laufe dieser unverbindlichen Gespräche wurde beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen den deutschen, slowakischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei zu vertiefen und durch gemeinsame Aktionen auf die Regierung in Prag Druck auszuüben. In ihren Berichten über die Verhandlungen berichteten die sudetendeutschen Abgeordneten allerdings, die ungarischen Staatsmänner »sind unfähig, für die Volkstumsidee Verständnis aufzubringen«, sie betrachten das ganze tschechoslowakische Problem lediglich vom Standpunkt der historisch begründeten Rechte der ungarischen Krone.⁸⁹

Ungeachtet dieser Divergenzen wurde vereinbart, direkte Verhandlungen auch zwischen der Karpatendeutschen Partei und der VUP aufzunehmen, um die Gegensätze zu überwinden. Darüber hinaus wurde vorgesehen, eine Einheitsfront mit der SVP gegen die Prager Regierung zu bilden. Am 27. Februar rief Karol Sidor im Blatt der SVP, »Slovak«, zur Bildung einer Einheitsfront auf, die auch die karpato-ukrainische autonomistische Partei einschließen sollte.⁹⁰ Anfang März leitete Esterházy Verhandlungen mit den Führern der SVP – Hlinka, Tiso und Sidor – in die Wege, wobei er die Hoffnung zu hegen schien, die Slowaken zu einer engeren Zusammenarbeit mit den Ungarn zu gewinnen.

Trotz ideologischer Differenzen und verschiedener Auffassungen über die wesentlichen Ziele der Revisionsbestrebungen funktionierte die Zusammenarbeit zwischen der SdP und der VUP im Frühling 1938. Esterházy konnte mit den Führern der SdP, Henlein und K. H. Frank, Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Prager Parlament treffen. Als Minimalprogramm wollte man die Gewährleistung eines Autonomie-Status erzielen. Als Modell für die Autonomie dienten die am 24. April 1938 auf der Tagung der SdP in Karlsbad (Karlovy Vary) von Henlein in 8 Punkten zusammengefaßten Forderungen.⁹¹

⁸⁸ TILKOVŠZKY: Revízió, S. 15.

⁸⁹ Künzels Berichte an das Auswärtige Amt vom 19. Februar 1938 über die Verhandlungen mit Graf Bethlen, Staatssekretär Pataky sowie mit Darányi und Kánya, zitiert in RÁNKI S. 258, 261.

⁹⁰ TILKOVŠZKY: Revízió, S. 17.

⁹¹ Die von Henlein verkündeten »Karlsbader Punkte« bildeten die Verhandlungsbasis der SdP und der übrigen Minderheitsparteien bis zur Septembrisierung. An und für sich wären die Karlsbader Punkte für Prag annehmbar gewesen, wenn die tschechische Regierung bereit gewesen wäre, eine Umwandlung des Einheitsstaates in eine Föderation in Kauf zu nehmen. Gefährlich war jedoch, daß

Inzwischen intensivierte auch die polnische Regierung ihre Tätigkeit. Sie versuchte, den Ungarn nahezulegen, die Beziehungen der ungarischen Minderheit zu den slowakischen Autonomisten, zur SVP, zu vertiefen. Auf ungarischer Seite entstand – nicht ohne Grund – der Verdacht, die polnische Regierung befürworte zwar die Reintegration Rutheniens in das ungarische Königreich; was aber die Slowakei betrifft, so würde Warschau am liebsten eine Union zwischen der autonomen Slowakei und Polen herbeiführen.⁹²

Die Bemühungen der ungarischen Minderheit, mit der die Mehrheit des slowakischen Volkes repräsentierenden SVP eine Vereinbarung zu erzielen, waren von verhältnismäßig geringem Erfolg gekrönt. Der von der ungarischen Regierung unterstützte slowakische Nationalrat mit Sitz in Genf, der von slowakischen Emigranten – wie František Jehlička und Viktor Dvorčák – geführt wurde und sich für einen autonomen slowakischen Staat in Personalunion mit Ungarn einsetzte,⁹³ übte auf die Slowaken in der Heimat keinen nennenswerten Einfluß aus. Die von Hlinka, Tiso und Sidor geführte SVP hingegen verhielt sich den ungarischen Freundschaftsbemühungen gegenüber reserviert. Wahrscheinlich beurteilte der polnische Außenminister die Stimmung der Slowaken viel realistischer als sein ungarischer Amtskollege Kánya, der sich am 5. April 1938 in einem an Beck gerichteten Brief folgenderweise äußerte: »Die Vereinigte Ungarische Partei des Oberlandes ist parallel mit dem autonomistischen Slowakentum tätig, und diese Kollaboration kann in letzter Zeit ständige Fortschritte aufweisen. Die Stimmung der Bevölkerung des Oberlandes ist gut und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen.«⁹⁴ Vermutlich gab sich dieser sonst hervorragende, durch die Traditionen des Ballhausplatzes geschulte Diplomat in der Beurteilung der Zukunft der Slowakei Illusionen hin. Einerseits maß er den vagen Zusicherungen Hitlers im November 1937 übermäßig große Bedeutung bei und betrachtete das südlich der Karpaten liegende Gebiet bereits als zukünftiges Territorium der Stefanskronen;⁹⁵ andererseits schenkte er auch seinem polnischen Amtskollegen zuviel Vertrauen. Als im Mai 1938 eine Delegation der in den USA lebenden Slowaken durch Polen nach Preßburg fuhr, wurde sie seit ihrer Ankunft in Gdingen (Gdynia) am 19. Mai 1938 von der Bevölkerung und den Vertretern der polnischen Regierung überall stürmisch gefeiert. Die polnische Presse schrieb begeistert über das brüderliche Verhältnis des slowakischen und des polnischen Volkes. Als die von Dr. Peter Hletko

Henlein sich in Karlsbad zum ersten Male zum »deutschen Volkstum« und zur »deutschen Weltanschauung« bekannte. Dies schien eine offene Stellungnahme für den Nationalsozialismus zu sein. Vgl. CELOVSKY S. 164f.

⁹² TILKOVSKY: Revízió, S. 20f.

⁹³ Ebenda, S. 17ff.

⁹⁴ HOENSCH: Revisionismus, S. 63f.; DIPLOMÁCIAI IRATOK MAGYARORSZÁG KÜLPOLITIKÁJÁHOZ 1936-1945 (DIMK) [Diplomatische Schriften zur Außenpolitik Ungarns]. Bd. II: A müncheni egyezmény létrejötte és Magyarország külpolitikája 1936-1938 [Die Entstehung des Münchener Abkommens und Ungarns Außenpolitik 1936-1938]. Zusammenge stellt von Magda ÁDÁM. Budapest 1962, S. 339f.

⁹⁵ HOENSCH: Revisionismus, S. 63.

geführte Delegation am 26. Mai in Warschau eintraf, wurde sie von der Regierungspresse mit Ovationen gefeiert. Sidor und der slowakische Senator Buday feierten die »Führungsrolle Polens unter den slawischen Völkern«. ⁹⁶ Noch vor diesem feierlichen Anlaß führte Minister Beck Verhandlungen mit Karol Sidor über die »Unabhängigkeit der Slowakei«. ⁹⁷ Zu jener Zeit gingen Becks Entwürfe mit ziemlicher Eindeutigkeit auf die Errichtung einer polnisch-slowakischen Realunion nach dem Muster der K.u.K. Doppelmonarchie aus, die praktisch der polnischen Regierung ein Protektorat über die Slowakei gesichert hätte. ⁹⁸ Die ungarische Diplomatie schien – wie Kányas oben zitierter Brief an Beck vermuten läßt – über diese polnischen Pläne nicht im Bilde gewesen zu sein. Einzig einem Bericht des ungarischen Abwehrchefs, General Rudolf Andorka, an den ungarischen Generalstabschef über seine im Juni 1938 in Warschau geführten Gespräche mit Beck und Generalstabschef Stachiewicz kann man entnehmen, daß ungarischerseits den Polen gegenüber gewisse Verdachtsmomente vorlagen. Während dieses Gesprächs betonte Stachiewicz unmißverständlich, die Slowaken seien eine Nation und ihr Wille zur Selbstbestimmung müsse unter allen Umständen geachtet werden. Des weiteren berichtete Andorka: »Daß die Slowaken eine Nation seien, und daß ihr Wille zur Geltung kommen müsse, betonte er so stark, daß ich mich nicht vom Eindruck befreien konnte, als hätten die Polen auf diesem Gebiet eine Verpflichtung übernommen oder als würden sie selbst die von den Slowaken bewohnten Gebiete beanspruchen«. ⁹⁹

Zu jener Zeit allerdings, als Andorka diesen Bericht abfaßte, dürfte Beck seinen Plan, die Slowakei durch eine Föderation oder durch die Gewährung einer Autonomie an Polen zu binden, bereits fallengelassen haben. Am 18. Juni 1938 führte der polnische Außenminister Verhandlungen mit dem Führer der ungarischen Volksgruppe in der Tschechoslowakei, János Graf Esterházy, der im Auftrag der ungarischen Regierung nach Warschau kam, um über das Schicksal Oberungarns zu verhandeln. Esterházy unterbreitete am Vortag, dem 17. Juni, Becks Stellvertreter, dem Grafen Szembek, und am folgenden Tag Beck selber, einen Entwurf, der eine slowakische Autonomie im Rahmen des Königreichs Ungarn unter einem ungarischen Statthalter mit eigenem slowakischen Landtag, mit eigener Armee und eigenen Finanzen vorsah – ein Status gleich jenem des ehemaligen Königreichs Kroatien vor 1918 im ungarischen Reichsverband. Beck ging mit dieser Konzeption einig, vorausgesetzt, daß Polen außer dem schlesischen Olsagebiet bei Teschen einige kleine strategische Grenzberechtigungen an der Karpatengrenze erhalte. Die Wiederherstellung des guten Einvernehmens mit Ungarn und die Aussicht auf eine Schiedsrichterrolle schien Beck diesen Preis wert. ¹⁰⁰

⁹⁶ Roos S. 324.

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ Ebenda; NOEL Leon: Der deutsche Angriff auf Polen. Berlin 1948, S. 195f.

⁹⁹ Bericht des Leiters der Abteilung 2 im Generalstab, Generalstabsobersst Andorka, an den Generalstabschef Keresztes-Fischer vom 27. Juni 1938, zitiert in: ÁDÁM: Allianz, S. 181. Vgl. auch DIMK, Bd. II, Nr. 252, S. 468.

¹⁰⁰ ROOS S. 341; HOENSCH: Revisionismus, S. 66. Vgl. auch Esterházy's Notiz an Kánya vom 27. Juni

Am 5. Juli 1938 konnte der ungarische Gesandte in Berlin, Sztójay, Feldmarschall Göring versichern, »Polen werde in dem gedachten Konflikt, abgesehen von dem von Polnischstämmigen besiedelten Gebiet, höchstens kleine Grenzkorrekturen an der alten Grenze fordern« und stellte eine Kooperation der Polen mit Ungarn in Aussicht.¹⁰¹ Diese polnisch-ungarischen und deutsch-ungarischen Gespräche konnten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit der Slowaken, mindestens diejenigen, die in der SVP vertreten waren, eine Union mit Ungarn ablehnten. Um eine Zusammenarbeit mit den slowakischen Autonomisten überhaupt zu ermöglichen, verlangte der ungarische Abgeordnete im Prager Parlament, Géza Szüllő, am 24. Juli 1938 vor den ungarischen Parlamentariern in Preßburg *die Gewährung der vollen Selbständigkeit der Slowakei* und betonte, im Rahmen des autonomen slowakischen Staates sollte den dort lebenden Ungarn im Einvernehmen mit den Slowaken eine nationale Selbstverwaltung eingeräumt werden.¹⁰² Der Tod Hlinkas am 16. August 1938 und die Niederlage von Sidor gegen den autonomistischen gesinnten Jozef Tiso bedeutete eine wesentliche Beeinträchtigung der polnischen und ungarischen Hoffnungen und eine Stärkung des tschechoslowakischen Flügels der SVP, der während der kritischen Tage im September und Oktober einen Ausgleich mit Prag anstrebte.¹⁰³ Mit dieser Wende erlitten die Anhänger der sogenannten »integralen Revision« in Ungarn eine große Niederlage, die dazu beitrug, daß die Position der ungarischen Staatsführung der deutschen Reichsregierung gegenüber wesentlich geschwächt wurde.

2.4. Das ungarische Dilemma nach der Wochenendkrise

Eine genaue Untersuchung der einzelnen Ereignisse der sogenannten »Wochenendkrise« vom 20. bis 23. Mai 1938 würde den Rahmen dieser Abhandlung weit überschreiten. Eine kurze Behandlung jener Ereignisse ist trotzdem erforderlich. Einerseits hat die »Wochenendkrise« die späteren Ereignisse schwerwiegender beeinflußt, als dies von der Mehrzahl der Publizisten und Historiker angenommen wird. Andererseits hat das Verhalten der Mächte während jener Tage und insbesondere die Warnung der englischen Regierung an das Deutsche Reich auch die Handlungen der ungarischen Politiker weitgehend beeinflußt. Das Verhältnis des Staatsoberhauptes, der Diplomatie, des liberal-konservativen Flügels der führenden Schicht zu Deutschland hat nach diesem dramatischen Wochenende im Mai 1938

1938 über seine Unterhaltung mit Beck, zitiert in DIMK, Bd. II. Nr. 250, S. 457ff. Während dieser Besprechung schien der polnische Außenminister ohne Vorbehalt damit einverstanden zu sein, daß die Slowakei eine Union mit Ungarn eingehen werde. Laut Esterházy hat Beck den polnischen Politiker Karol Sidor in diesem Sinne beeinflußt.

¹⁰¹ ADAP, Bd. II, S. 284.

¹⁰² HOENSCH: Revisionismus, S. 66f.

¹⁰³ HOENSCH Jörg K.: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39. Köln – Graz 1965, S. 77ff. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 4.)

eine wesentliche Änderung erfahren und die Polarisierung der politischen Klasse vorangetrieben, den Graben zwischen »Anglophilen« und deutschfreundlichen Elementen vertieft.

Was ist an diesem Wochenende geschehen? Am 21. Mai 1938, an einem Samstag, verbreitete Radio Prag die Nachricht, Deutschland habe mobilisiert, der Einmarsch deutscher Truppen stehe unmittelbar bevor; aufgrund eines am Vortag gefaßten Beschlusses ließ der tschechoslowakische Ministerrat einen normalen Jahrgang und zwei Reservistenjahrgänge einberufen. Die Nachricht wurde in der Weltpresse veröffentlicht. Der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, gab wegen angeblicher deutscher Truppenbewegungen gegenüber dem Auswärtigen Amt seiner Besorgnis Ausdruck. Am folgenden Tag wurde er zum Reichsaußenminister von Ribbentrop gebeten, der seiner Empörung wegen der falschen Meldungen Ausdruck gab und sofort auf den Zwischenfall bei Eger, wo zwei Mitglieder der SdP von einem tschechischen Grenzwächter erschossen worden waren, hinwies.¹⁰⁴ Am selben Abend warnte der englische Botschafter den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, vor den schwerwiegenden Konsequenzen jeder unüberlegten Handlung.¹⁰⁵ Gleichzeitig fuhren der britische Militärattaché MacFarlane und der französische stellvertretende Militärattaché Stehlin zur deutsch-tschechischen Grenze und stellten fest, daß die Meldungen über die deutschen Truppenbewegungen den Tatsachen widersprachen. Am nächsten Tag verliefen die Gemeindevahlen in der ČSR ohne erwähnenswerte Zwischenfälle, und am 23. Mai begann die Demobilisierung der einberufenen Reservisten in der Tschechoslowakei. Europa atmete auf, die Krise war scheinbar vorbei. Der falsche Alarm hatte aber verhängnisvolle Folgen.¹⁰⁶

In der Geschichtsschreibung wird selbst die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung der tschechischen Mobilmachung unterschiedlich behandelt. Rönnefarth, der sich am ausführlichsten mit dieser Affäre befaßte, neigt zur Auffassung, Staatspräsident Beneš und Generalstabschef Krejčí hätten die Einberufung der Reservisten angeordnet, ohne die zivilen Minister und Ministerpräsident Hodža in die Angelegenheit einzuweißen.¹⁰⁷ Was wollte Beneš mit dieser Mobilisierung erreichen? Viele Autoren behaupten, er spürte, daß die Zeit gegen ihn arbeite und wollte mit dieser Mobilisierung eine unüberlegte deutsche Reaktion und als deren Folge den Kriegsbeitrag Frankreichs, eventuell auch Englands und der Sowjetunion herausfordern.¹⁰⁸

¹⁰⁴ ADAP, Bd. II, Nr. 186, S. 248ff.

¹⁰⁵ ADAP, Bd. II, Nr. 187, S. 251.

¹⁰⁶ Die ausführlichste Behandlung der Wochenendkrise bei RÖNNEFARTH Bd. I S. 277-320.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 281ff.

¹⁰⁸ BECK Józef: Demier rapport. Politique polonaise 1929-1939. Neuchâtel 1951, S. 153; BENOIST-MÉCHIN, S. 102f.; Zum Schrifttum über die Wochenendkrise vgl. noch CELOVSKY S. 209ff.; HENDERSON N.: Failure of a Mission: Berlin 1937-1939. London 1939, S. 134ff.; ADAP, Bd. II, S. 169, 170, 173, 179, 180, 182, 209, 276; DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY 1919-1939 (DBFP). Third Series. Vol. I. Ed. by E. L. WOODWARD and Rohan BUTLER. London 1949, S. 232, 233, 235, 238, 242-246, 287, 289, 464, Bd. III, S. 286; DIMK, Bd. II, S. 211-215.

Die tschechische Mobilmachung hatte die unmittelbare Folge, daß Hitler den sogenannten »Fall Grün«, den Plan zur Zerschlagung der Tschechoslowakei, dessen ursprünglicher Text noch mit folgenden Worten eingeleitet wurde: »Es liegt nicht in meiner Absicht, die Tschechoslowakei ohne Herausforderung schon in nächster Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen«,¹⁰⁹ nach der Wochenendkrise abändern ließ. Die vom 28. Mai 1938 datierte Fassung wurde mit folgendem Satz eingeleitet: »Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen.«¹¹⁰ Die mittelbare Folge der Wochenendkrise war, daß Beneš an Glaubwürdigkeit eingebüßt hatte. In den westlichen Hauptstädten verstärkte sich die Zahl jener, die nicht mehr bereit waren, für die Tschechoslowakei in den Krieg zu gehen.

In der Weltpresse, aber auch in zahlreichen diplomatischen Berichten, wurde jedoch eine Schlußfolgerung gezogen, die den Tatsachen nicht entsprach und von falschen Prämissen ausging: Den aus Prager Quelle verbreiteten Nachrichten über einen bevorstehenden deutschen Angriff schenkte man Glauben, und die Ruhe, die der Wochenendkrise folgte, wurde so ausgelegt, daß Hitler, der in die ČSR einmarschieren wollte, als Folge der englischen Intervention einen Rückzieher gemacht hat. Aus den Akten geht dies zwar nicht unmittelbar hervor, die Taten und die Handlungweise der ungarischen Staatsmänner nach der Wochenendkrise scheinen jedoch darauf zu deuten: sie waren im Sommer 1938 überzeugt, daß die Westmächte für die Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs in den Krieg ziehen werden. Die Haltung der ungarischen Regierung dem Deutschen Reich gegenüber veränderte sich.

Wie bisher betont wurde, war das deutsch-ungarische Verhältnis seit der nationalsozialistischen Machtübernahme ambivalent. Sogar während der »Honigmondperiode« dieser Freundschaft, zur Zeit der Gömbös-Regierung war das deutsch-ungarische Verhältnis durch Spannungen gekennzeichnet.¹¹¹ Dies konnte kaum anders sein. Die neuzeitlichen Ursprünge der traditionellen deutsch-ungarischen Freundschaft reichen bis ins Schicksalsjahr 1848 zurück, als das deutsche Parlament in Frankfurt bereit war, die Abgesandten Kossuths als Diplomaten anzuerkennen. Diese Freundschaft wurde durch den nach dem Ausgleich und nach der Reichsgründung von Bismarck und Andrassy abgeschlossenen Zweibund wiederbelebt. Sie war bis 1914 ein starker Pfeiler der europäischen Friedensordnung. Die Waffenbrüderschaft im ersten Weltkrieg hat diese Freundschaft erhärtet. Die in der Zeitspanne 1918-1920 erfolgten Umwälzungen brachten sowohl für Ungarn als auch für Deutschland die Niederlage und die diskriminierenden Friedensverträge von Versailles und Trianon. Breite Schichten des ungarischen Volkes waren fest überzeugt, ein Aufstieg sei nur an der Seite Deutschlands möglich. Die Wende von 1933 hat aber diese These nur teilweise bestätigt. Zwar gab es – insbesondere was das Verhältnis zur Tschechoslowakei betraf – gemeinsame Interessen. Diese Gemeinsamkeit konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Ungarn

¹⁰⁹ ADAP, Bd. II, Anlage zu Nr. 175, S. 237ff.

¹¹⁰ ADAP, Bd. II, Anlage zu Nr. 221, S. 282.

¹¹¹ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 168ff.

ein konservativer Staat blieb, der sich vom nationalsozialistischen Deutschland nicht nur durch seine parlamentarische Regierungsform, sondern auch durch die in der ungarischen Gesellschaftsstruktur zu jener Zeit noch fest verankerten christlich-abendländischen Überlieferungen unterschied. Diese wurden in Deutschland durch eine Ideologie verdrängt, die eine Mischung aus vorchristlichem Heidentum und modernem Kollektivismus darstellte. Dazu kamen pangermanistische Tendenzen der nationalsozialistischen Parteiführung, die allerdings durch die Tatsache überdeckt wurden – und für die nicht Eingeweihten verborgen bleiben konnten –, daß in den führenden Posten des diplomatischen Korps und der Wehrmacht noch viele Vertreter der alten traditionellen Schichten verharrten.

Bis zur Krise im Jahre 1938 konnte der deutsche Diktator viele außenpolitische Erfolge vorweisen. England schien trotz der grundsätzlichen Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie und der nationalsozialistischen Herrschaftsmethoden den Aufstieg des von Hitler geführten Dritten Reiches nicht nur nicht zu verhindern, sondern eher zu befürworten. War das neue Deutschland nicht ein Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus? Waren die Ausschreitungen gegen die Juden und die Unterdrückung der Kirchen nicht nur »Kinderkrankheiten« dieser braunen Revolution, mit welcher man sich ebenso arrangieren könnte, wie mit dem Faschismus Benito Mussolinis? Waren die außenpolitischen Überraschungen, die Rheinbesetzung, die Einführung der Wehrpflicht nicht nur Korrekturen des ungerechten Friedensvertrages? Diese Fragen wurden sowohl in England als auch in Ungarn oft gestellt, und man versuchte sie, möglichst optimistisch zu beantworten. Auch die mit Hilfe der Wehrmacht durchgeführte Eingliederung Österreichs entsprach dem ethnischen Prinzip und, – angesichts der Begeisterung eines großen Teils der Bevölkerung – dem Wilsonschen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts. Die Westmächte legten auch gegen diesen gewaltsamen Akt lediglich formellen Protest ein.

An diesem Wochenende der wilden Gerüchte im Mai 1938 – zwei Tage vor Eröffnung des Eucharistischen Kongresses in Budapest – schien die Welt in eine verhängnisvolle Krise hineinzustolpern. Der Notenwechsel der europäischen Regierungen und die Meldungen der Presseagenturen erinnerten an die letzten Tage des Juli 1914. Anders aber als zur Zeit des vorsichtigen Sir Edward Grey, zog England diesmal – so glaubte man es wenigstens in vielen Hauptstädten Europas und auch in Budapest – klar Stellung. Der Wortlaut der vorsichtigen Verbalnote von Sir Nevile Henderson war nicht bekannt, aber auch die Eingeweihten, wie der deutsche Staatssekretär von Weizsäcker oder die führenden Männer im deutschen Generalstab oder im Obersten Kommando der Wehrmacht (OKW) neigten zur Auffassung, diesmal werde England kämpfen. Kein Wunder, daß auch die ungarische Führungselite diese Auffassung teilte. Wenn die friedliche Revision des Trianon-Vertrages ein Axiom der ungarischen Außenpolitik war, so war es nichtsdestoweniger ein Axiom, daß diese Revision wenn möglich mit dem Einverständnis Englands, aber keinesfalls gegen England stattzufinden habe. Die vorsichtigen Schritte der ungarischen Regierung in den folgenden Monaten sind nur

durch dieses Trauma zu erklären: eher Verzicht auf die sofortige Revision als der Verlust des vermeintlichen englischen Wohlwollens.¹¹²

Die vorsichtige Haltung der ungarischen Regierung wurde auch vom scharfsinnigen deutschen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Weizsäcker, vermerkt. In seiner vom 1. Juli 1938 datierten Aufzeichnung äußert er sich wie folgt: »Der italienische Botschafter¹¹³ fragte mich heute ziemlich unvermittelt danach, was für eine Haltung die Ungarn eigentlich in dem Problem Deutschland-Tschechei einnehmen. Da nicht recht zu erkennen war, worauf Attolico hinauswollte, erklärte ich ihm, die ungarischen Revisionsaspirationen seien ja bekannt. Welche Politik Ungarn aber praktisch einschlagen würde, wenn es mit der Tschechoslowakei zu einem Konflikt komme, schien mir in Budapest selbst noch nicht festgelegt zu sein.«¹¹⁴

Die im Sommer 1938 eingeschlagene, für den oberflächlichen Beobachter oft widersprüchlich erscheinende ungarische Außenpolitik, wurde sehr überzeugend vom Führer der Partei der Kleinlandwirte, Tibor Eckhardt, zusammengefaßt. Anlässlich eines mit dem amerikanischen Gesandten in Budapest, John Flourney Montgomery, geführten Gespräches begründete Eckhardt – der, ähnlich Graf Bethlen, als Oppositionsführer das Vertrauen Horthys genoß – die für den Fall eines deutschen Angriffs gegen die Tschechoslowakei zu erwartende ungarische Neutralität mit folgenden Überlegungen: Falls Ungarn gegen die Tschechoslowakei militärische Maßnahmen einleitet, werden Rumänien und Jugoslawien als Mitglieder der Kleinen Entente den Tschechen Hilfe gewähren und Ungarn den Krieg erklären; für Ungarn wäre es verhängnisvoll, wenn es sich an der Seite des Deutschen Reiches, das den Krieg sicherlich verlieren werde, in einen Waffengang stürzen würde; sollte die Auflösung der ČSR als Endergebnis einer evolutionären Entwicklung erfolgen, dann würde die Slowakei aufgrund der natürlichen Gegebenheiten zu Ungarn zurückkehren und Polen würde alles unternehmen, um die gemeinsame Grenze mit Ungarn wiederherzustellen. Laut Eckhardt hätte Ungarn mehr Chancen, die verlorenen Gebiete erneut zurückzugewinnen, wenn es sich den Friedensstörern und Aggressoren nicht anschließt.¹¹⁵

Seit der Unterzeichnung des italienisch-ungarischen Freundschaftspaktes durch Bethlen und Mussolini im Jahre 1927 war die Beziehung zu Italien der Eckpfeiler der ungarischen Außenpolitik. Wie bereits ausgeführt, hatte Italien seit dem Krieg gegen Abessinien und seit der Entsendung der »Freiwilligen« in den spanischen Bürgerkrieg an Einfluß im mitteleuropäischen Raum eingebüßt. Seit Beginn des Jahres 1938 gab es gewisse Anzeichen dafür, daß Italien im Begriffe

¹¹² In Außenminister Kányas Notiz vor dem im Juli 1938 stattgefundenen ungarischen Staatsbesuch in Italien befindet sich ein Hinweis, daß der ungarische Außenminister wegen des »energischen Auftritts Englands« damit rechnet, daß Deutschland sich im tschechischen Konflikt zurückhaltend verhalten werde. Vgl. DIMK, Bd. II, Nr. 268, S. 502.

¹¹³ Bernardo Attolico.

¹¹⁴ ADAP, Bd. II, Nr. 275, S. 336.

¹¹⁵ CHASZAR Edward: Decision in Vienna. The Czechoslovak-Hungarian Border Dispute of 1938. Astor (Florida) 1978, S. 17.

war, sich vom deutschen Achsenpartner zu entfernen und sich mit Großbritannien zu versöhnen. Die Politik Chamberlains schien in dieser Beziehung erfolgreich zu sein. Am 16. April 1938 wurde in Rom das sogenannte britisch-italienische »Osterabkommen« unterzeichnet. Der Konflikt, der wegen Abessinien entstand, schien mit diesem Abkommen beigelegt.¹¹⁶ Vom ungarischen Standpunkt aus war eine Koordinierung mit Italien im außenpolitischen Bereich angesichts der heran nahenden tschechischen Krise erforderlich und nützlich. Am 18. Juli fuhren der ungarische Ministerpräsident sowie Außenminister Kánya zu mehrtägigen Besprechungen nach Rom. Der ungarische Regierungschef war zu jener Zeit nicht mehr Darányi, der wegen seiner allzu nachgiebigen Haltung gegenüber rechtsradikalen Gruppen noch im Mai 1938 abgelöst worden war. Sein Nachfolger wurde der Präsident der Nationalbank, Dr. Béla Imrédy, der zu jener Zeit noch das Vertrauen der Londoner City genoß. Imrédy traf gleich nach seinem Regierungsantritt scharfe Maßnahmen gegen die, die Sicherheit des Staates gefährdenden rechtsextremen Parteien. Gegen Ferenc Szálasi, den Führer der »Hungaristischen Bewegung«, erhob der Staatsanwalt wegen der Planung eines gewaltsamen Umsturzversuchs Anklage. Das Gericht verurteilte Szálasi zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe. Im Frühsommer 1938 war ein bedeutsamer Rückgang der Mitgliederzahl der extremistischen Organisationen zu verzeichnen. Der Eucharistische Kongreß, der Ende Mai in Budapest stattfand, und die Ereignisse des St. Stefan-Jahres stärkten in Ungarn das historische Bewußtsein.¹¹⁷ Das Ergebnis der italienisch-ungarischen Verhandlungen im Juli 1938 war eher dürftig. Die Italiener unterstützten zwar »grundsätzlich« die gegenüber der Tschechoslowakei erhobenen ungarischen Ansprüche. Dem Wunsch jedoch, Ungarn für den Fall, daß Jugoslawien – um den Kleine Entente-Verpflichtungen nachzukommen – Ungarn angreifen würde, Hilfe zu gewähren, leisteten sie keine Folge. Mussolini und Ciano versuchten die ungarischen Staatsmänner mit allgemeinen Parolen zu beruhigen, forderten aber mit Vehemenz Ungarns Austritt aus dem Völkerbund. Dieser Wunsch wurde von Imrédy und Kánya abgelehnt. Sie befürchteten – und diese Befürchtung wurde den Italienern offen dargelegt –, daß ein Austritt aus dem Völkerbund eine Verschlechterung der englisch-ungarischen Beziehungen zur Folge haben könnte.¹¹⁸

¹¹⁶ Diese von Chamberlain in die Wege geleitete Aussöhnung mit Italien war der Grund der Demission von Außenminister Anthony Eden, der 1935 der schärfste Befürworter der vom Völkerbund gegen Italien verhängten Sanktionen war. Edens Nachfolger wurde Lord Halifax.

¹¹⁷ 1938 gedachte man des 900. Jahrestages des Todes des ersten ungarischen Königs, des Heiligen Stefan. Aus diesem Anlaß wurde der Eucharistische Kongreß in Ungarn abgehalten. Führende Persönlichkeit des Eucharistischen Kongresses war der päpstliche Legat, Kardinal Eugenio Pacelli, der im folgenden Jahr als Pius XII. zum Papst gewählt wurde. Die deutschen und österreichischen Katholiken durften – trotz des von der ungarischen Regierung des öfteren geäußerten Wunsches – am Kongreß nicht teilnehmen. Den Mitarbeitern der deutschen Gesandtschaft in Budapest war die Teilnahme ebenfalls verboten. Vgl. ERDMANNSDORFF S. 6.

¹¹⁸ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 234; DIMK, Bd. II, Nr. 269, S. 506ff.

2.5. *Horthys Staatsbesuch in Deutschland und seine Folgen auf das deutsch-ungarische Verhältnis*

Noch im April 1938 lud Adolf Hitler den ungarischen Reichsverweser zu einem offiziellen Besuch nach Deutschland ein. Dieser Einladung leisteten Horthy und seine Gemahlin im August 1938 Folge, als sie – begleitet von Regierungschef Imrédy, Außenminister Kánya, Verteidigungsminister Jenő Rácz und einem aus hohen Militärs, Diplomaten und Journalisten bestehenden großen Stab – am 21. August nach Kiel fuhren, um der Taufe des neuen Kreuzers »Prinz Eugen« beizuwohnen. Zur Zeit der Annahme dieser Einladung war noch nicht abzusehen, daß sich die europäische Lage als Folge der Wochenendkrise verschlechtern und der deutsch-tschechische Konflikt sich so gefährlich zuspitzen werde. Anfang August war allerdings eine Entspannung zu verzeichnen, als die britische Regierung den Präsidenten der englischen Handelskammer, Lord Walter Runciman, als Vermittler im Streit zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der sudetendeutschen Volksgruppe nach Prag entsandte. Die Nachricht über die Entsendung Lord Runcimans wurde sowohl in Ungarn als auch in Polen wohlwollend aufgenommen.¹¹⁹ Am 3. August ersuchte der ungarische Gesandte in London, György Barcza, das Foreign Office, die Vermittlung von Runciman auch auf die ungarische Minderheit auszudehnen. Die am 10. August dem ungarischen Gesandten überreichte britische Antwort erweckte den Eindruck, daß sich Lord Runcimans Auftrag auch auf die ungarische und polnische Minderheit erstrecken werde.¹²⁰ Dieser Auslegung widersprach allerdings die Stellungnahme des englischen Gesandten in Prag, Sir Basil Newton, der am 5. August dem Führer der ungarischen Minderheit in der ČSR, János Graf Esterházy, zu verstehen gab, daß die Sudetendeutschen die von ihnen geforderte Territorialautonomie erhalten werden, die Ungarn hingegen »sich mit bedeutend weniger zufriedengeben müssen«.¹²¹ Runciman empfing zweimal – am 11. und am 25. August – die Führer der ungarischen Minderheit, Jaross, Szüllő und Esterházy, und teilte ihnen mit, sein Auftrag umfasse lediglich die Vermittlung im deutsch-tschechoslowakischen Konflikt.¹²² Die Antwort des englischen Vermittlers wirkte wie eine kalte Dusche auf die Ungarn.

Der Besuch der ungarischen Delegation in Deutschland war aber durch ein anderes Ereignis überschattet. Am 22. August, am Ankunftstag des Reichsverwesers und seiner Begleitung, wurde ein gemeinsames Kommuniqué der Regierungen Ungarns und der drei Staaten der Kleinen Entente veröffentlicht. Das Kommuniqué bestand aus zwei Teilen: alle Parteien verzichteten im Sinne des Briand-Kellogg-Paktes auf jede Art von Gewaltanwendung, und die Staaten der Kleinen Entente anerkannten Ungarns Gleichberechtigung im Bereich der Rüstung. In der

¹¹⁹ DBFP, Bd. II, S. 556.

¹²⁰ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 236; HOENSCH: Revisionismus, S. 74; DIMK, Bd. II, Nr. 272, S. 517.

¹²¹ Ebenda.

¹²² ADAP, Bd. V, S. 216; MACARTNEY: October Bd. I, S. 236; HOENSCH: Revisionismus, S. 74.

Minderheitenfrage einigte sich Ungarn nur mit Jugoslawien und Rumänien in Form eines Gentleman's Agreement. Mit der Tschechoslowakei kam keine Vereinbarung zustande, da Ungarn für die dortige Minderheit dieselben Rechte forderte, welche die tschechische Regierung den Sudetendeutschen einzuräumen bereit war. Aus diesen Gründen wurde die Paraphierung der Vereinbarung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.¹²³ Die Entwicklung im Laufe der folgenden Wochen machte dieses Abkommen obsolet.

Die Bekanntgabe der Vereinbarung wirkte zur Zeit seiner Veröffentlichung wie eine Bombe. Die Presse der westlichen Demokratien überschüttete Ungarn wegen seines Behauptungswillens dem Dritten Reich gegenüber mit viel Lob. Dabei kam es zu gewaltigen Übertreibungen. So berichtete z.B. eine englische Tageszeitung über den »Beitritt Ungarns zur Kleinen Entente«.¹²⁴ Die deutschen Gastgeber waren wegen des Abkommens empört. Während einer gemeinsamen Fahrt an Bord des Dampfers »Patria« gab Ribbentrop in einem langen Gespräch mit Kánya seiner Überzeugung Ausdruck, durch die Vereinbarung mit der Kleinen Entente »verbaue sich Ungarn den Weg zum Eingreifen in der Tschechei und mache es den Jugoslawen moralisch schwerer, ihre tschechischen Bundesgenossen im Stich zu lassen«.¹²⁵

Auf die Frage Ribbentrops, was Ungarn zu tun gedenke, wenn der Führer eine »neue tschechische Provokation mit Gewalt beantworten werde«, erwiderte Kánya, ohne eine garantierte Neutralität Jugoslawiens kann Ungarn keinesfalls »nach Norden und eventuell Osten«¹²⁶ marschieren. »Außerdem sei die ungarische Aufrüstung erst eingeleitet und sollte noch 1-2 Jahre Entwicklungsfrist genießen«.¹²⁷ Im Gespräch mit Imrédy betonte Hitler, er verlange von Ungarn zur Zeit nichts, er wisse selber »den Zeitpunkt« (des Angriffes gegen die ČSR) nicht. »Wer mittafeln wolle, müsse allerdings mitkochen« – betonte Hitler.¹²⁸ Obwohl Kánya einige Tage später das mit der Kleinen Entente abgeschlossene Abkommen ziemlich eng interpretierte und auch die ungarische militärische Bereitschaft in günstigerem Lichte schilderte als während seines Gesprächs mit Ribbentrop an Bord der »Patria«, führten die Verhandlungen zu einer merklichen Verstimmung der deutschen Gastgeber. Es kam sogar zwischen Horthy und Hitler zu einem heftigen Wortwechsel, als der ungarische Reichsverweser den deutschen Diktator vor der noch immer beträchtlichen Macht Großbritanniens warnte. Mit dieser Warnung leistete Horthy einer Bitte jener Kreise an der Spitze der Wehrmacht Folge,

¹²³ ÁDÁM: Allianz, S. 34f.; HOENSCH: Revisionismus, S. 75f.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 239f.

¹²⁴ HOENSCH: Revisionsimus, S. 75; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 243, Anmerkung 1.

¹²⁵ Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker an Bord der »Patria« vom 23. August 1938, in: ADAP, Bd. II, Nr. 383, S. 487. Laut ERDMANNSDORFF S. 8, bemerkte Ribbentrop, im Ausland werde die Vereinbarung von Bled »als ein Riß der deutsch-ungarischen Freundschaft und als ein ungarischer Revisionsverzicht bewertet.«

¹²⁶ Vermutlich meinte Kánya einen Waffengang gegen Rumänien, falls dieses der ČSR Hilfe leisten wollte.

¹²⁷ ADAP, Bd. II, Nr. 383, S. 487; ERDMANNSDORFF S. 9.

¹²⁸ Ebenda.

die einen Angriff gegen die Tschechoslowakei und einen Krieg gegen die Westmächte unter allen Umständen verhindern wollten.¹²⁹

Ein Resümee des ungarischen Staatsbesuches ist dem Bericht des deutschen Gesandten in Budapest, Otto von Erdmannsdorff, zu entnehmen, den dieser am 29. August 1938 Staatssekretär von Weizsäcker erstattet hat.¹³⁰ Vor der Abreise nach Karinhall, wo die ungarischen Gäste von Göring feierlich empfangen wurden, gab Horthy seinem Bedauern Ausdruck, »daß er, der seit Jahren nichts Brennender wünsche, als die baldige Verwirklichung der ungarischen Revisionsziele, jetzt aufgrund der weltpolitischen Lage als Warner auftreten müsse«. Außenminister Kánya äußerte sich bei diesem Anlaß wie folgt: »Die Ungarn würden marschieren, wenn auch nur 60-70% Erfolgsaussichten vorhanden wären. Einen Selbstmord könne man aber von ihnen nicht erwarten«.¹³¹

Die Ergebnisse der anläßlich des ungarischen Staatsbesuches geführten Verhandlungen waren für beide Seiten unbefriedigend. Obwohl die Deutschen Ungarn – und dies muß der Obejektivität halber auch erwähnt werden – keinesfalls unter Druck setzten, war es sicher eine Enttäuschung für sie, daß dieser bisher nahezu als extrem revisionistisch geltende kleine Staat sich geweigert hat, eine gemeinsame Front gegen die Tschechoslowakei zu bilden. Zwar lehnten die Ungarn die Teilnahme an einer militärischen Aktion nicht a priori ab, sie gaben jedoch offen ihrer Überzeugung Ausdruck, ein Krieg gegen die Tschechoslowakei und gegen die Westmächte – über deren Eingriff sie scheinbar völlig sicher waren – sei unter allen Umständen, sogar durch einen zeitweiligen Verzicht auf jegliche Revisionsbestrebungen, zu vermeiden. Wahrscheinlich hatte Staatssekretär von Weizsäcker das ungarische Verhalten in seiner Aufzeichnung vom 26. August 1938 mit folgenden Worten richtig ausgelegt: »Der Wille der Ungarn, sich an einem Revisionsfeldzug gegen die Tschechei zu beteiligen, sei unzweifelhaft. Der Moment des Eingreifens sei und bleibe aber abhängig von der Sicherung der jugoslawischen Neutralität. Imrédys Bedenken wegen der europäischen Gesamtkonstellation im jetzigen Augenblick bestünden fort, obgleich der Führer diese ihm gegenüber nicht habe gelten lassen wollen«.¹³² Dies ist allerdings die offizielle Aufzeichnung des Staatssekretärs, dessen Rolle zu jener Zeit zwischen »Anpassung und Widerstand« schwankte, der mit Hilfe der konservativen deutschen Opposition den heranrückenden Krieg zu vermeiden suchte und dem die vorsichtigen Stellungnahmen der ungarischen Staatsmänner sicherlich willkommen waren.¹³³

¹²⁹ Halder, von Brauchitsch und von Weizsäcker ersuchten Horthy, durch diese Warnung Hitler vom Krieg anzuhalten. Vgl. MACARTNEY: October, Bd. I, S. 245; HILL Leonidas: Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950, Frankfurt a.M. 1974, S. 137. Laut ERDMANNSDORFF 5.8 warnte von Brauchitsch Hitler vor einem eventuellen militärischen Eingreifen Frankreichs und Englands in einen deutsch-tschechischen Konflikt mit dem Argument, Horthy teile seine diesbezügliche Ansicht, was Hitler zur Äußerung veranlaßte: »Der Horthy hetzt mir meine Generäle auf«.

¹³⁰ ADAP, Bd. II, Nr. 402, S. 519.

¹³¹ Ebenda; ERDMANNSDORFF S. 9.

¹³² ADAP, Bd. II, Nr. 402, S. 519.

¹³³ Schriftum über Weizsäckers Rolle: BLASIUS Rainer: Für Großdeutschland – gegen den großen

Die Atmosphäre des Staatsbesuches, die Euphorie der liberalen und konservativen Kreise in Budapest nach der Rückkehr der Delegation waren sicherlich geeignet, bei Hitler und Rippentrop Ressentiments gegen die Ungarn zu erwecken, die das deutsch-ungarische Verhältnis im Laufe der folgenden Jahre – bis Kriegsende – stark beeinflussten. Obwohl sich Horthy, Kánya und Imrédy auf die schlechte Rüstung und die dadurch bedingte militärische Schwäche Ungarns sowie auf die von Jugoslawien her drohende Gefahr beriefen, wollten sie den Hauptgrund ihrer Zurückhaltung nicht eingestehen. Sie waren überzeugt – zu jener Zeit wahrscheinlich auch Imrédy –, daß wenn es zum Krieg komme, Deutschland diesen Krieg mit Sicherheit verlieren werde. Sie wollten unter keinen Umständen Ungarn gegen eine Koalition in den Krieg führen, deren führendes Mitglied das zu jener Zeit noch als unbesiegt geltende Großbritannien war.¹³⁴ Der den ungarischen Revisionsbestrebungen gegenüber im allgemeinen nicht sehr freundlich gesinnte Hoensch dürfte mit folgender Bemerkung Recht haben: »So widersinnig es auch klingen mag, so scheint doch die beim Berlinbesuch zutage getretene Einstellung der ungarischen Politiker, sich von Hitler zu keinem kriegerischen Abenteuer verleiten zu lassen, solange eine Beteiligung der Westmächte, ja auch Jugoslawiens, Rumäniens und der UdSSR an dem Konflikt nicht zweifelsfrei auszuschalten war, zur Vermeidung eines Krieges im September und dem Zustandekommen des Münchener Abkommens beigetragen zu haben. Der ‚Führer‘ mußte einsehen, daß selbst die forschenden ungarischen Revisionisten nicht bereit waren, sich kopfüber an seiner Seite in ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang zu stürzen.«¹³⁵

2.6. Ungarn während der Septemberkrise

Im September schien noch nichts darauf zu deuten, daß eine schwere Krise unmittelbar bevorstehe. Die ungarische Presse befaßte sich zwar in erster Linie mit der inneren Krise der Tschechoslowakei, auch mit den Forderungen der ungarischen Minderheit; im Gegensatz zur gleichgeschalteten deutschen Presse gab es aber in den ungarischen Blättern keine »Greuelmärchen« über tatsächliche oder vermutete tschechische Provokationen. Imrédys Rede in Kaposvár über die »wunderbare Revolution«, seine Forderungen nach einer radikalen Agrarreform, nach scharfen Gesetzen gegen die Juden, nach Abschöpfung der höheren Einkommen etc. hatten in der Innenpolitik viel Wirbel ausgelöst.¹³⁶ Der außenpoliti-

Krieg. Ernst von Weizsäcker in der Krise um die Tschechoslowakei und Polen. Köln – Wien 1981; THIELENHAUS Marion: Zwischen Anpassung und Widerstand. Deutsche Diplomaten 1938-1941. Paderborn 1985; HILL.

¹³⁴ Über die Wertung des ungarischen Staatsbesuches im August 1938 vgl. MACARTNEY: October, Bd. I, S. 245ff.

¹³⁵ HOENSCH: Revisionismus, S. 80.

¹³⁶ In seiner Rede von Kaposvár übernahm Imrédy, der sich im Mai 1938 mit einem liberalkonservativen Reformprogramm dem Parlament vorstellte, das Programm der Pfeilkreuzler und löste damit eine schwere innenpolitische Krise aus, die Anfang 1939 zu seinem Sturz führte.

sche Teil seiner Rede war aber auch gegenüber der Tschechoslowakei sehr gemäßigt. Im Einklang mit der polnischen Linie verlangte er soviel Rechte für die ungarische Minderheit, wie die Prager Regierung den Sudetendeutschen zu gewähren bereit war. Am 8. September leistete die ungarische Regierung einer Anregung des polnischen Außenministers Beck Folge und schloß mit Polen ein »Gentleman's Agreement« ab. Im Sinne dieser Vereinbarung, die am 15. September unterzeichnet wurde, verpflichteten sich die zwei Regierungen, vor Entscheidungen, welche beide Seiten betreffen, Konsultationen einzuleiten und eine gemeinsame Politik gegenüber der ČSR zu verfolgen.¹³⁷ Am 8. September erzielten zudem VUP, SdP, SVP und die Partei der polnischen Minderheit eine Übereinkunft, ihre Politik gegenüber der Prager Regierung stärker aufeinander abzustimmen.¹³⁸ Sowohl in Budapest als auch in Warschau neigte man zur Auffassung, die Kriegsgefahr sei gebannt und alle Parteien – einschließlich der deutschen Reichsregierung – würden eine friedliche Lösung anstreben.

In diese frühherbstliche Ruhe platzte am 12. September Hitlers Rede auf dem Nürnberger Parteitag wie eine Bombe. Der deutsche Diktator griff nicht nur den tschechischen Präsidenten Beneš mit ungewöhnlich scharfen Worten an. Auch seine Forderungen waren eindeutig und unmißverständlich. Er forderte die kompromißlose Anwendung des Selbstbestimmungsrechts und die Durchführung einer Volksabstimmung in den von Sudetendeutschen bewohnten Gebieten der ČSR. Im Falle einer Erfüllung seiner Forderungen war die kurz vorher auch von Beneš angenommene Umwandlung der ČSR in einen föderativen Nationalitätenstaat nicht mehr realisierbar. Gleichzeitig brach in einigen Städten des Sudetenlandes eine offene Revolte gegen die Republik aus, Beneš verhängte das Standrecht, die Führer der SdP, Konrad Henlein und Karl Hermann Frank, flohen nach Deutschland. Am 15. September schrieb Mussolini in der »Popolo d'Italia« einen offenen Brief an Lord Runciman, in welchem der italienische Regierungschef das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker der Tschechoslowakei, für Slowaken, Ungarn, Ruthenen und Polen verlangte.¹³⁹ Am selben Tag flog der englische Premier nach Berchtesgaden, um mit Hitler Verhandlungen über die friedliche Lösung des deutsch-tschechischen Konfliktes zu führen.

Die Nachricht über den Flug Chamberlains zu Hitler erfüllte die führenden Kreise Ungarns mit Optimismus. Die seit zwei Jahrzehnten gehegte Hoffnung, mit Hilfe und Vermittlung Englands könne in Mitteleuropa eine neue und gerechtere Ordnung geschaffen werden, schien in Erfüllung zu gehen.¹⁴⁰ Der polnische Außenminister Beck berief sich auf das Gentleman's Agreement vom 8. September und verlangte von Kánya ein koordiniertes Vorgehen. Die polnischen und ungarischen diplomatischen Vertreter wurden in Berlin, London, Paris und Rom vor-

¹³⁷ SZEMBEK Jean Comte: *Journal 1933-1939*. Paris 1952, S. 332; MACARTNEY: *October*, Bd. I, S. 249; HOENSCH: *Revisionismus*, S. 81f.; DIMK, Bd. II, Nr. 320, 342, 343.

¹³⁸ DIMK, Bd. II, Nr. 318, 322.

¹³⁹ ADAP, Bd. II, Anlage zu Nr. 488, S. 637f.

¹⁴⁰ Macartney, der sich zu jener Zeit in Budapest aufhielt, schildert lebhaft die in Ungarn herrschende anglophile Stimmung. Vgl. MACARTNEY: *October*, Bd. I, S. 252.

stellig und verlangten die Gleichbehandlung der polnischen und ungarischen Minderheit, das heißt die Gewährung derselben Rechte, welche den Sudetendeutschen zugestanden werden sollten. Kánya empfing noch am selben Abend den englischen Gesandten in Budapest, Geoffrey Knox, und ersuchte die diplomatische Hilfe der britischen Regierung, um die ungarische Forderung nach Abhaltung von Volksabstimmungen in den von Ungarn bewohnten Gebieten der ČSR zu unterstützen.

Mit Recht weist Macartney auf die Tatsache hin, daß die in maßgeblichen ungarischen Kreisen auf England gesetzten Hoffnungen realitätsfremd und illusionistisch waren. Der englisch-ungarische Notenwechsel in der zweiten Septemberhälfte liefert dafür die besten Beweise. Im Foreign Office gab es zwei Denkschulen: Die »Idealisten«, wie Sir Robert Vansittart, Sir Alexander Cadogan und Sir Orme Sargent (alle Anhänger des im Februar 1938 von Chamberlain ausgebooteten Eden), sahen in der heterogenen tschechoslowakischen Republik den biblischen David, der gegen den deutschen Goliath kämpft. Die Anhänger dieser Schule wären unter dem Einfluß der französischen Diplomatie bereit gewesen, einen weltweiten Krieg in Kauf zu nehmen, um die Integrität der ČSR zu bewahren. Die Anhänger der von Lord Halifax und vom persönlichen Berater Chamberlains, Sir Horace Wilson geprägten »realistischen« Denkschule (zu der auch der Premier gehörte), wollten den Frieden aufrechterhalten, zu diesem Zweck die deutschen Gebiete der ČSR an das Deutsche Reich abtreten, aber den Rest der Tschechoslowakei bewahren und dessen Bestand garantieren. Polnische, ungarische oder slowakische Forderungen kamen auch dieser Denkschule ungelegen. Allein Lord Halifax neigte zur Auffassung, daß die Frage der polnischen und ungarischen Minderheit ebenfalls gelöst werden müsse.¹⁴¹

In dieser historischen Stunde ist der deutsche Diktator als Verteidiger der Rechte der slowakischen, ungarischen, polnischen und ruthenischen Volksgruppen aufgetreten. Was veranlaßte ihn dazu?

Eine der zähesten, nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen historischen Legenden ist – wie bereits in der Einleitung erwähnt wurde – das Märchen vom »naiven« Chamberlain, der von Hitler überrumpelt worden war. Tatsächlich fühlte sich Hitler sowohl nach dem ersten Treffen in Berchtesgaden als auch nach München von Chamberlain überrumpelt.¹⁴² Bei seinem ersten Treffen mit dem engli-

¹⁴¹ MACARTNEY: Oktober, Bd. I, S. 250; DIMK, Bd. II, Nr. 356, 363, 370, 384, 391, 392, 398, 398a. Die Bezeichnung »Idealisten« bzw. »Realisten« ist nicht zufällig in Anführungszeichen gesetzt worden. Viele sogenannte »Idealisten« waren von machtpolitischen Vorstellungen beseelt. Mit ihrem Einsatz für die ČSR wollten sie das Bündnis mit Frankreich aufrechterhalten und einem deutschen Übergewicht auf dem Kontinent die Stirn bieten. Bei den »Realisten« waren oft idealistische Vorstellungen (wie z.B. die Korrektur der Ungerechtigkeiten des Versailler Friedensvertrages) ausschlaggebend. Eine hervorragende Analyse jener Faktoren, welche die englische Außenpolitik im Herbst 1938 bestimmten, ist im Bericht des ungarischen Gesandten in London, Barcza, an Außenminister Kánya vom 4. Oktober 1938 enthalten, in: DIMK, Bd. II, Nr. 460.

¹⁴² Bis zu seinem Lebensende hatte Hitler das Münchener Abkommen als einen großen Fehler seiner Karriere bezeichnet.

schen Premier gab er die feierliche Erklärung ab, er wolle lediglich die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen und den neutralen Status der Tschechoslowakei. Darüber hinaus habe er keine weiteren Forderungen, sicherte er dem englischen Premier zu.¹⁴³ An dieser Erklärung hat ihn aber der Engländer festgenagelt. Dabei wollte Hitler in erster Linie nicht die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen, sondern die Zerschlagung der Tschechoslowakei, sowohl aus strategischen als auch aus irrationalen Gründen.¹⁴⁴ Durch die Zusage einer Volksbestimmung im Sudetenland bei einer gleichzeitigen Garantie der Tschechoslowakei hat Chamberlain seine Pläne durchkreuzt. Wie konnte er sich aus dieser Zwickmühle befreien, ohne sein Gesicht zu verlieren und ohne als Kriegstreiber abgestempelt zu werden?

Der »Führer«, der einstige österreichische Vagabund, kannte Mitteleuropa besser als die Staatsmänner in Paris und London, deren Kenntnisse über diese Region Europas oft dürftig waren.¹⁴⁵ Hitler streckte Fühler zu den polnischen und ungarischen Regierungen sowie zur Slowakischen Volkspartei aus. Er meinte, man könnte Zwischenfälle provozieren oder einen Aufruhr der Volksgruppen entfesseln. Es kam ihm gewissermaßen gelegen, daß die Vereinigte Ungarische Partei auf ihrer am 17. September in Preßburg abgehaltenen Sitzung das erste Mal seit ihrer Gründung die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts für die Ungarn in der ČSR verlangte.¹⁴⁶ Dieser Appell wurde in der Budapester Presse veröffentlicht, und die ungarischen Zeitungen verlangten von nun an die Volksabstimmung sowohl für die Ungarn in der ČSR als auch für die Slowaken und die Ruthenen. Dieselben Forderungen wurden in schärferer Formulierung auch in der polnischen Presse veröffentlicht. Am 18. September erschien der ungarische Gesandte in London, Barcza, im Foreign Office und verlangte im Namen seiner Regierung entweder die Abtretung der ungarischen Gebiete der ČSR oder die Abhaltung von Volksabstimmungen. Der Generalsekretär des Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, hatte zwar anerkannt, daß diese Forderungen berechtigt seien, fügte aber hinzu, er bezweifle deren Zweckmäßigkeit im gegebenen Zeitpunkt. Am folgenden Tag begannen in London die gemeinsamen englisch-französischen Beratungen über die Hitler zu gewährenden Konzessionen. Obwohl im Protokoll nicht festgehalten, kamen auch die polnischen und ungarischen Forderungen zur Sprache.¹⁴⁷ Gleichzeitig hat Präsident Beneš der französischen Regierung angeboten,

¹⁴³ Über die Gespräche Hitler-Chamberlain vgl. ADAP, Bd. II, Nr. 487.

¹⁴⁴ Aus strategischen Gründen: Hitler bezeichnete die ČSR stets als ein sowjetisches »Flugzeugmutter-schiff«. Aus irrationalen Gründen: FEST, TOLAND, BULLOCK und fast alle Biographen Hitlers erwähnen, er habe gegen das tschechische Volk einen unbändigen Haß gehegt.

¹⁴⁵ Anlässlich eines 1932 in Paris abgehaltenen Ministerrates zeigte sich Premier Herriot überrascht, als er erfuhr, daß die Sowjetunion und die ČSR keine gemeinsamen Grenzen haben. Vgl. BENOIST-MÉCHIN S. 81.

¹⁴⁶ MACARTNEY: Oktober, Bd. I, S. 256; HOENSCH: Revisionismus, S. 86; vgl. auch den Bericht des ungarischen Gesandten in Berlin, Sztójay, vom 18. September 1938 an Außenminister Kánya, in: DIMK, Bd. II, Nr. 361.

¹⁴⁷ Mitteilung von Lord Halifax an den ungarischen Gesandten Barcza anlässlich ihrer am 20. und 23.

einen Teil des Sudetenlandes an Deutschland abzutreten. Eine Volksabstimmung lehnte Beneš mit der Begründung ab, daß in diesem Falle auch die übrigen Volksgruppen das Plebiszit verlangen werden und dies zur Auflösung der Tschechoslowakei führen dürfte.¹⁴⁸

Nachdem wiederholte Forderungen Polens, die polnische Minderheit ebenso zu behandeln wie die Sudetendeutschen, von tschechischer und von westlicher Seite ignoriert worden waren, ließ die polnische Regierung am 20. September mobilisieren und Truppen in Richtung tschechische Grenze in Bewegung setzen. Am gleichen Tag rief Beck den französischen Botschafter zu sich, um ihm mitzuteilen, daß Polen – falls seine Forderungen unerfüllt bleiben – sich die volle Handlungsfreiheit vorbehalte.¹⁴⁹ Halifax empfing am selben Tag den ungarischen Gesandten Barcza und teilt ihm mit: Zwar habe die britische Regierung für die Forderungen Ungarns Verständnis, man müsse aber zur Zeit das Schwergewicht auf das Sudetenproblem legen. Ungarn und Polen könnten ihre Ansprüche zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund von Art. 19 der Gründungsurkunde des Völkerbundes geltend machen.¹⁵⁰ Eine ähnliche, um eine Nuance freundlichere Antwort erhielt der ungarische Gesandte in Paris.

Während die westlichen Großmächte zögerten, den polnischen und ungarischen Forderungen entgegenzukommen, handelte Hitler blitzschnell und lud Regierungschef Imrédy und Außenminister Kánya für den 20. September 1938 nach Berchtesgaden ein. Er forderte die ungarischen Staatsmänner offen auf, sich an der »Zerschlagung« der Tschechoslowakei zu beteiligen. Der deutsche Diktator gab seine Bereitschaft bekannt, das Risiko eines Weltkrieges einzugehen, gab aber gleichzeitig seiner Überzeugung Ausdruck, die Westmächte seien zu einem Waffengang nicht bereit. Imrédy und Kánya waren lediglich bereit, die ungarischen Forderungen schriftlich festzulegen, damit Hitler diese zwei Tage später in Godesberg Chamberlain überreichen könne. Zu einer militärischen Aktion gegen die ČSR konnten sich die Ungarn auch diesmal nicht entschließen.¹⁵¹ Nach dieser Verhandlung führte der deutsche Diktator ein ähnlich verlaufendes Gespräch mit dem polnischen Botschafter Lipski, der die Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze verlangte.

Aufgrund der hastig erstellten deutschen Aufzeichnungen scheint Hitler den Ungarn damals nicht nur die ethnische Lösung, d.h. die Rückgliederung der von Ungarn bewohnten Gebiete der ČSR, sondern auch die »integrale Lösung«, d.h. die Eingliederung des gesamten Oberlandes, der Slowakei und Rutheniens angeboten zu haben, falls sich Ungarn an der »Zerschlagung« der Tschechoslowakei

September 1938 geführten Gespräche, in: DIMK, Bd. II, Nr. 370, 391.

¹⁴⁸ JAKSCH S. 316ff.

¹⁴⁹ MACARTNEY: Oktober, Bd. I, S. 259.

¹⁵⁰ Im Sinne von Artikel 19 der Gründungsurkunde des Völkerbundes waren friedliche Grenzkorrekturen theoretisch möglich. Zur Verabschiedung eines derartigen Beschlusses war jedoch die Zustimmung sämtlicher Mitgliedstaaten erforderlich.

¹⁵¹ Über die Verhandlungen Hitlers mit Imrédy und Kánya vgl. RÁNKI S. 297f.

beteiligen würde.¹⁵² Aufgrund der späteren Aufzeichnungen vermuten wir, daß Hitler eine ungarische militärische Aktion gegen die Tschechoslowakei auslösen wollte, um Chamberlain über die Unmöglichkeit der in Berchtesgaden vereinbarten friedlichen Lösung überzeugen zu können.¹⁵³ Die ungarischen Staatsmänner – sich noch immer auf die jugoslawische Gefahr berufend – zögerten, da sie keine Politik verfolgen wollten, die sie mit England und Frankreich in Konflikt hätte bringen können.¹⁵⁴

Ungarn hatte zu jener Zeit die »ethnische Lösung« bereits akzeptiert. Dieser Entschluß war allerdings mit der *Reservatio mentalis* verbunden, Ruthenien zu einem gegebenen Zeitpunkt ins ungarische Hoheitsgebiet einzugliedern und damit die gemeinsame Grenze zu Polen wieder herzustellen. Die ungarische Regierung war – unter dem Einfluß von Kultusminister Graf Teleki – klug genug, keine slowakischen Gebiete zu fordern. Die Slowakische Volkspartei entschied sich – trotz deutscher Anregungen, die Unabhängigkeit zu proklamieren – am 19. September 1938 für das Verbleiben in der Tschechoslowakischen Republik, unter der Voraussetzung, daß die Tschechen die Autonomie gewährleisten. Dahingehende Verhandlungen mit Staatspräsident Beneš wurden eingeleitet.¹⁵⁵

Am 20. September beschloß der Oberste Verteidigungsrat Ungarns, zwei Jahrgänge einzuberufen. Dies veranlaßte England zu heftigem Protest, obwohl die Tschechoslowakei zuvor viel stärkere Einheiten an der ungarischen Grenze konzentriert hatte.¹⁵⁶ Am 22. September wurden folgende Forderungen der ungarischen Regierung dem deutschen Reichskanzler zugestellt: sofortige Rückgliederung sämtlicher mehrheitlich von Ungarn bewohnten Gebiete der Tschechoslowakei; Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts für die slowakische und ruthenische Volksgruppe.¹⁵⁷

Chamberlain war völlig entrüstet, als ihm Hitler in Godesberg darlegte, Deutschland könne die neuen Grenzen der Tschechoslowakei solange nicht garantieren, bis die polnischen und ungarischen Forderungen nicht befriedigt seien. Dies war auch ein Grund des Scheiterns der Godesberger Gespräche und der darauffolgenden Krise, die Europa bis zum Rande des Krieges brachte. Chamberlain stand während dieser Tage völlig unter dem Einfluß der französischen Staatsmänner Daladier und Bonnet und wollte die Grenzen der heterogenen Tschechoslowakei nach Abtretung der Sudetendeutschen Gebiete von allen vier Großmächten

¹⁵² Aufzeichnungen von Legationsrat Hewel über die Gespräche des Führers mit dem ungarischen Außenminister Graf Csáky vom 16. Januar 1939, in: RÁNKI S. 342ff.

¹⁵³ Ebenda. Während seiner Gespräche mit Graf Csáky sagte Hitler wortwörtlich: »Hätten die Ungarn im September mitgemacht, da hätte ich dem Herrn Chamberlain ins Gesicht lachen können«.

¹⁵⁴ Imrédy neigte zu jener Zeit schon zur Verfolgung einer auf Deutschland ausgerichteten Politik, der anglophile Kánya konnte sich jedoch – unterstützt von Kultusminister Teleki – noch durchsetzen. Ende November 1938 mußte Kánya allerdings unter deutschem Druck zurücktreten.

¹⁵⁵ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 263f.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 267, Anm. 4, Brief des ehemaligen tschechischen Generals Prchala an Macartney.

¹⁵⁷ Laut MACARTNEY: October, Bd. I, S. 267, ist der Brief der ungarischen Regierung in Godesberg verspätet eingetroffen. Hitler verhandelte mit Chamberlain ohne entsprechende Unterlagen.

(England, Frankreich, Italien, Deutschland) garantieren lassen. Vor seiner Abreise nach Godesberg am 21. September 1938 berichtete der US-Botschafter in London, Kennedy, nach Washington: »Chamberlain is not inclined to meet them either [d.h. die polnischen und ungarischen Forderungen]. If Hitler insists on talking of these issues, Chamberlain will adjourn the meeting and return home.«¹⁵⁸

Die völlige, fast feindselige Gleichgültigkeit, die den ungarischen Forderungen von britischer Seite entgegengebracht worden war, trug wesentlich dazu bei, daß breite Schichten der ungarischen Öffentlichkeit, die bis dahin probritisch gesinnt waren, sich von England abwandten. In einem Gespräch mit dem englischen Gesandten Knox hatte sich der anglophile Kánya wegen der Diskriminierung der ungarischen Frage bitter beklagt. Die englische Regierung sei bereit, sich der Gewalt zu beugen und die sudetendeutschen Gebiete, die seit Jahrhunderten einen Teil des Königreiches Böhmen und Mähren bildeten, an Deutschland abtreten zu lassen. Sie sei hingegen nicht bereit zur Abtretung von Gebieten mit ungarischer Bevölkerung, die tausend Jahre hindurch Teile des ungarischen Königreiches bildeten und erst seit 20 Jahren unter tschechischer Besetzung stehen.¹⁵⁹ Am 24. September schien eine gewisse Änderung im englischen Verhalten einzutreten. In einer an Ungarn und Polen gerichteten gleichlautenden Note ließ Lord Halifax in Aussicht stellen, daß nach der Regelung der Sudetenfrage auch die Frage der polnischen und ungarischen Minderheit durch Verhandlungen gelöst werden könne. Zunächst warnte er jedoch die zwei Regierungen vor jeder direkten Aktion.¹⁶⁰

In den letzten Tagen vor München versuchte Beneš, in die bis dahin gut funktionierende polnisch-ungarische Zusammenarbeit einen Keil zu schlagen, indem er den Polen die Gleichberechtigung mit den Sudetendeutschen zusagte. Da seine Angebote zu vage formuliert waren und aus unerklärlichen Gründen in Warschau mit vier Tagen Verspätung eintrafen, wurden sie von Beck abgelehnt.¹⁶¹ Während Beneš in letzter Minute bereit war, den Polen Zugeständnisse zu machen, versteifte sich die tschechische Haltung den Ungarn gegenüber. Eine am 22. September vom ungarischen Gesandten in Prag, János Wettstein, überreichte Note wurde von Außenminister Krofta erst zwei Tage später in ablehnender Form beantwortet. Die Tschechen waren weder zur Abtretung der ungarischen Gebiete noch zu einer Volksabstimmung bereit. Sie wollten lediglich eine Autonomie im Rahmen des tschechoslowakischen Staates gewähren, d.h. eine Forderung erfüllen, die sie zwanzig Jahre hindurch abgelehnt hatten.¹⁶² Am 28. September überreichte Wettstein eine neue ungarische Note, in welcher die Gleichberechtigung einschließlich

¹⁵⁸ FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES (FRUS), Diplomatic Papers. Bd. I (1938-1939). Ed. by Department of State. Washington D.C. 1955-1956, Nr. 631.

¹⁵⁹ DBFP, Bd. III, S. 25f. In seinem Bericht fügte Geoffrey Knox folgende Bemerkung zu Kányas Erläuterungen: »Now, he continued, if I would allow him to speak with all frankness, it was sadly evident that it was not the moral wish to see justice done that lay behind the concessions he had wrung from Prague to the Sudeten Germans but the threat of overwhelming force«.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 41, 44.

¹⁶¹ BECK S. 163.

¹⁶² ADAP, Bd. II, Nr. 630, S. 766.

der Gebietsabtretung gefordert wurde.¹⁶³ Gleichzeitig ersuchte Ministerpräsident Imrédy in einem Brief Mussolini, auf Jugoslawien und Rumänien Druck auszuüben. Von der italienischen Intervention erhoffte Imrédy, die zwei Staaten würden einen ungarischen Einmarsch in die mehrheitlich von magyarischer Bevölkerung bewohnten Gebiete der ČSR nicht als einen aus dem Pakt der Kleinen Entente herrührenden Casus foederis betrachten. Jugoslawien und Rumänien gaben die Zusicherung, sie hätten gegen die Eingliederung der von Ungarn bewohnten Gebiete keine Einwände.¹⁶⁴ Zu jener Zeit gaben die Nachrichtenagenturen der Welt bereits bekannt, daß sich die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens am folgenden Tag in München treffen werden, um den deutsch-tschechoslowakischen Konflikt auf friedliche Weise zu regeln.

3. Vom Münchener Abkommen bis zum Wiener Schiedsspruch

3.1. Das Münchener Abkommen und das Zusatzprotokoll

Das Abkommen selbst und die Umstände, die zu seinem Abschluß führten, werden hier nur kurz behandelt, und es soll auch die europäische Atmosphäre in Erinnerung gerufen werden, in welcher die Verantwortlichen der ungarischen Außenpolitik handeln mußten.

Das Viermächteabkommen setzte sich aus dem Hauptteil, einem Zusatz und drei zusätzlichen Erklärungen zusammen. Im Hauptteil wurde festgestellt, daß »Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien unter Berücksichtigung des Abkommens,¹⁶⁵ das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebietes bereits grundsätzlich erzielt wurde«, über die Bedingungen und Formalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen sind. Es wurde vereinbart, die Räumung durch die tschechischen und die Besetzung durch die deutschen Truppen in der Zeitspanne vom 1. bis 10. Oktober 1938 in mehreren Etappen durchzuführen. Für die Modalitäten der Räumung, für die Bestimmung der Gebiete mit gemischter Bevölkerung, deren Zugehörigkeit durch Volksabstimmungen zu entscheiden war, sowie für die endgültige Festlegung der Grenzen wurde ein internationaler Ausschuß aus diplomatischen Vertretern der vier unterzeichnenden Großmächte gebildet. Für die Regelung des Optionsrechts, für den Übertritt in die abgetretenen Gebiete, für den

¹⁶³ Ebenda, Nr. 658, S. 762f.

¹⁶⁴ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 270f.; CHASZAR S. 27.

¹⁶⁵ Das Abkommen entsprach mit einigen Abweichungen jenem sogenannten »Godesberger Programm«, das während des zweiten Treffens Hitler-Chamberlain in Godesberg dem britischen Premier überreicht wurde. Die den Tschechen gegenüber allzu harten Bestimmungen wurden am Tag vor München durch Weizsäcker und den italienischen Botschafter in Berlin, Attolico, abgeschwächt.

Austritt aus ihnen und für die Abwicklung des Bevölkerungsaustausches wurde ein deutsch-tschechoslowakischer Ausschuß gebildet.¹⁶⁶

Im Gegensatz zu seinen lebhaften Bemühungen während der Woche zwischen seinem ersten und zweiten Treffen mit Chamberlain und insbesondere während der spannungsgeladenen Verhandlungen in Godesberg, wo er sich zum Vorkämpfer des polnischen und ungarischen Selbstbestimmungsrechts aufgeschwungen hatte, beschränkte sich der »Führer« in München auf das Verlangen des Selbstbestimmungsrechts nur für die Sudetendeutschen. In der offiziellen Aufzeichnung über die erste Viermächtebesprechung wurde über die Einleitungsansprache Hitlers folgendes festgehalten: »Die deutschen, ungarischen, slowakischen, polnischen und karpatorussischen Minderheiten, die gegen ihren Willen in diesen Staat hineingepreßt worden seien, revoltierten gegen das Fortbestehen dieses Staates. Er, der Führer, könne nur als Sprecher für die deutschen Minderheiten auftreten.«¹⁶⁷ Diese Worte des deutschen Diktators erlauben uns die Schlußfolgerung, daß die vorherige Vorantreibung des Problems der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei lediglich ein Mittel für seine eigenen Zwecke war und ihm dazu diente, Chamberlain unter starken Druck zu setzen. Als Lord Halifax am Abend des 29. September an die britische Delegation in München depeschieren ließ, es sei der tschechoslowakischen Regierung nahezu legen, der Abtretung des mehrheitlich ungarischen Gebietes nicht auszuweichen und ihre Bereitschaft in Budapest unverzüglich bekanntzugeben,¹⁶⁸ zogen es sowohl Hitler als auch Chamberlain und Daladier vor, diese Frage nicht mehr aufzuwerfen.¹⁶⁹ Es ist letzten Endes Mussolini zu verdanken, daß die Frage der ungarischen und polnischen Minderheit in eine »zusätzliche Erklärung« aufgenommen wurde.

Als die Zusammenkunft der Regierungschefs der vier Großmächte in Budapest bekanntgeworden war, entsandte die Regierung den Kabinettschef des ungarischen Außenministeriums, István Graf Csáky, nach München mit persönlichen Briefen von Reichsverweser Horthy und Ministerpräsident Imrédy an Mussolini. Diese enthielten die Bitte, das Problem der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen.¹⁷⁰ Dem Duce ist es gelungen, die Beifügung einer zusätzlichen Erklärung zum Abkommen mit folgendem Wortlaut durchzusetzen: »Die Regierungschefs der vier Mächte erklären, daß das Problem der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei, sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen geregelt wird, den Gegenstand einer weiteren Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte

¹⁶⁶ Vgl. den Wortlaut in: ADAP, Bd. II, Nr. 675, S. 812f.

¹⁶⁷ Ebenda, Nr. 670, S. 804.

¹⁶⁸ DBFP, Bd. III, Nr. 69.

¹⁶⁹ HOENSCH: Revisionismus, S. 104; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 272f. CHASZAR S. 27, kommentiert die Wirkung des Telegramms von Halifax folgenderweise: »Nevertheless, this change in the attitude of Halifax came too late to have any effect at the Conference.«

¹⁷⁰ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 273f.; HOENSCH: Revisionismus, S. 105; CHASZAR S. 31f.

bilden wird.«¹⁷¹ Darüber hinaus wurde dem Abkommen noch ein »Zusatz« beigelegt, in welchem sich die englischen und französischen Regierungen bereit erklärten, die neuen Grenzen der Tschechoslowakei zu garantieren. Absatz 2 dieses Zusatzes lautet wie folgt: »Sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschechoslowakei geregelt ist, werden Deutschland und Italien ihrerseits der Tschechoslowakei eine Garantie geben.«¹⁷²

Wie aus dem nächsten Kapitel ersichtlich wird, versuchte die ungarische Regierung, ihre Revisionsansprüche in den folgenden Wochen aufgrund dieser »Zusatzerklärung« geltend zu machen.

Das Münchener Abkommen wird seit dem Zweiten Weltkrieg nicht nur in der Publizistik, sondern auch in der Geschichtsschreibung mehrheitlich einseitig dargestellt. Wie bereits erwähnt, wurde die Legende vom »naiven« Chamberlain, der Hitlers »Friedenswillen« Glauben geschenkt hatte, zu solch einem Gemeinplatz, daß es beinahe vergebens ist, diese Theorie zu bestreiten. Aufgrund der uns bekannten Fakten scheint dies eine einseitige und simplifizierende Auffassung zu sein. Völlig unhaltbar ist die von der sowjetischen und teilweise von der »volksdemokratischen« Geschichtsschreibung verbreitete These, wonach Chamberlain und die führenden Kreise Englands die Richtung der deutschen Expansion gegen die Sowjetunion lenken wollten.

Auf die Wurzeln und Ursprünge der englischen »Appeasement-Politik« kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Es ist aber unbedingt erforderlich, einige Tatsachen in Erinnerung zu rufen. Zwischen England und der Tschechoslowakei bestand kein Bündnis. Die Tschechoslowakei hat noch im Laufe der zwanziger Jahre einen militärischen Beistandspakt mit Frankreich und im Mai 1935 einen mit der Sowjetunion abgeschlossen. Das tschechoslowakisch-sowjetische Bündnis war von vornherein realitätsfremd und wirkte kontraproduktiv. Der *Casus foederis* war so formuliert, daß die Sowjetunion nur dann zur Hilfeleistung verpflichtet war, wenn Frankreich der ČSR militärische Hilfe leistete. England betrachtete diesen Vertrag, der auch innerhalb der tschechischen Öffentlichkeit umstritten war, mit Mißtrauen. Zudem wäre die sowjetische Hilfeleistung nur möglich gewesen, wenn Polen und Rumänien bereit gewesen wären, den Durchmarsch von Sowjettruppen zu gestatten. Keines dieser beiden Länder war dazu bereit. Polen war sogar entschlossen, einem sowjetischen Versuch zum Durchmarsch bewaffneten Widerstand zu leisten.

Bereits während der sogenannten Wochenendkrise im Mai 1938 wurde in eingeweihten Kreisen offenbar, seitens der UdSSR bestehe weder die Möglichkeit noch die Bereitschaft, der ČSR im Konfliktfall Hilfe zu gewähren. Als der französische Außenminister, Georges Bonnet, im Mai 1938 mit dem sowjetischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, anlässlich der Völkerbundssitzung in Genf zusammentraf, erklärte der Leiter der sowjetischen Außen-

¹⁷¹ ADAP, Bd. II, nr. 670, S. 806. Mussolini wollte ursprünglich einen Wortlaut zwingenderen Charakters und einen Termin von einem Monat durchsetzen. Als Folge eines Einwandes der britischen Delegation kam der zitierte Wortlaut zustande.

¹⁷² ADAP, Bd. II, Nr. 670, S. 805.

politik, die UdSSR wäre bereit, ihren Beistandsverpflichtungen gegenüber der ČSR nachzukommen, sobald Frankreich seine Verpflichtungen eingelöst hatte. Die Voraussetzung dafür sei aber, daß Polen und Rumänien zuerst den Durchmarsch sowjetischer Truppen bewilligen würden.¹⁷³ Einige Wochen später stellte Litwinow dem französischen Botschafter, Coulondre, die Frage, ob im Falle gemeinsamer militärischer Maßnahmen bei einem deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei Frankreich bereit wäre, den französisch-polnischen Bündnisvertrag zu kündigen.¹⁷⁴ Scheinbar wollte sich die Sowjetunion für den Fall eines allgemeinen Krieges die volle Handlungsfreiheit Polen gegenüber sichern.

Da die sowjetische Hilfe für den Fall eines deutschen Angriffs auf die ČSR – gelinde gesagt – unsicher war, hing die Hilfeleistung Frankreichs an die Tschechoslowakei vom Verhalten Großbritanniens ab, d.h. von einem Land, welches mit der ČSR nicht verbündet war. Die englische Regierung hat aber – im engsten Einvernehmen mit Kanada, Australien und den übrigen Dominien – bereits im April 1938 ihren Standpunkt für den Fall der Ausweitung der Tschechischen Krise festgelegt. Sie war nicht bereit, für die Verteidigung eines Staates in den Krieg zu ziehen, der nach dem Ende des Ersten Weltkrieges durch krasse Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker entstanden war und dessen Wiederherstellung auch nach einem siegreichen Ende des Krieges nicht zu gewährleisten wäre.¹⁷⁵

Darüber hinaus darf nie außer acht gelassen werden: die Politik der Staaten wird nicht nur von rationalen Faktoren beeinflusst. Irrationale, emotionelle Gründe spielen ebenfalls eine große Rolle. 1938 waren die Völker Europas – im Gegensatz zu 1914 – von so starkem Friedenswillen beseelt, daß es für eine demokratische Regierung schwierig gewesen wäre, einen Krieg zu erklären, ohne vor diesem letzten Akt der Verzweiflung alles unternommen zu haben, den Frieden zu retten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Handlungen der führenden Staatsmänner der dreißiger Jahre unter dem Einfluß der nationalsozialistischen Greuelthaten beurteilt wurden, betrachtete man auch das Münchener Abkommen als die »Vergewaltigung einer kleinen Nation« durch die vier Großmächte. Letzten Endes gibt es aber keinen formell-juristischen Unterschied zwischen dem Versailler Friedensvertrag und dem Münchener Abkommen. Sowohl 1919 als auch 1938 handelte es sich um eine kollektive Gebietsabtretung, um die Festlegung der Zugehörigkeit umstrittener Gebiete durch die Entscheidung der Großmächte, auf welche die unmittelbar Betroffenen keinen Einfluß hatten. Es gab lediglich einen großen Unterschied: die Entscheidung der vier Großmächte in München stand in Einklang mit dem ethnischen Prinzip und mit dem nationalen Selbstbestimmungs-

¹⁷³ BONNET Georges: *Défense de la paix. De Washington à Quai d'Orsay*. Genève 1946, S. 125; ALLARD Sven: *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930 bis 1941*. Bern 1974, S. 80ff.

¹⁷⁴ ALLARD S. 82; COULONDRE Robert: *De Staline à Hitler*. Paris 1950, S. 153.

¹⁷⁵ BENOIST-MÉCHIN S. 179ff. Vgl. auch FEILING Keith: *The life of Neville Chamberlain*. London 21947, S. 353ff; HENDERSON Nevile: *Fehlschlag einer Mission: Berlin 1937-1939*. Zürich 1944, S. 147ff.

recht und – wie Rönnefarth mit Recht feststellt – mit der tschechoslowakischen Unabhängigkeitserklärung: »Kein Volk sollte gezwungen werden, unter einer Herrschaft zu leben, die es nicht anerkennt«. ¹⁷⁶ Die Eroberung der sudetendeutschen Gebiete erfolgte 1919 mit brutaler Gewaltanwendung, bei welcher die tschechische Legion des öfteren auch vor dem Gebrauch der Schußwaffe nicht zurückschreckte. ¹⁷⁷ Bei der Beurteilung des Münchener Abkommens sollen auch die diktatorischen Entscheidungen der Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg gegen Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei nicht unberücksichtigt bleiben.

Auch die Rolle Chamberlains wird seit Ende des Zweiten Weltkrieges von der Mehrheit der Historiker eher negativ beurteilt. Der Prime Minister – für einige Wochen von der ganzen Welt als Friedensapostel umjubelt – wurde nachträglich zum abschreckenden Beispiel des »Appeasements«. In Kenntnis der Dokumente scheint diese Beurteilung nicht gerecht zu sein. Man vergißt oft, daß es gerade Chamberlain war, der ein Jahr später England in den Krieg führte. Seine moralisch bedingte Unnachgiebigkeit schloß bei der Polenkrise jedes Nachgeben gegenüber Hitler aus. Was veranlaßte ihn, im Jahre 1938 einen Kompromiß einzugehen, um den Krieg zu vermeiden?

Chamberlain war überzeugt, daß die nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte unterzeichneten Friedensverträge für den mitteleuropäischen Raum keine gerechten und stabilen Lösungen bringen konnten. Obwohl er als konservativer Engländer das NS-Regime verabscheute, war er der Auffassung, daß das von Hitler angestrebte ethnische Prinzip eine gerechte Lösung darstelle, und die Tschechoslowakei auch im Falle eines Sieges über Deutschland in ihrer ursprünglichen Form nicht wiederherstellbar sei. Diese Überzeugung wurde von der Mehrheit der englischen Öffentlichkeit und der Parlamentarier geteilt. Zudem war nach Meinung maßgebender Kreise England 1938 noch ungenügend gerüstet, und man hatte Angst vor eventuellen deutschen Luftangriffen. Dies war aber nicht der ausschlaggebende Grund der englischen »Appeasement-Politik« von 1938. Am 11. Oktober 1938 unterstrich der Pressechef und Berater des Premierministers, Steward, in einer Unterhaltung mit dem Vertreter des deutschen Nachrichten-Büros, Dr. Fritz Hesse: »Die englische Entscheidung im tschechischen Konflikt und insbesondere die Haltung Chamberlains sei niemals von dem Bewußtsein militärischer Schwäche diktiert gewesen, sondern ausschließlich von der religiösen Vorstellung, daß man Deutschland Gerechtigkeit wiederfahren lassen müsse und das Unrecht von Versailles gut machen müsse.« ¹⁷⁸ In einem Aufsatz über das Verhältnis der englischen Öffentlichkeit und der Führungsschicht zu Hitler beruft sich Oswald Hauser auf Martin Gilberts Abhandlung »The Roots of Appeasement«, und kommt zu folgender Schlußfolgerung: »So war ‚Appeasement‘, sowohl als Geisteshaltung wie als Politik nicht eine törichte oder verräterische Idee in den

¹⁷⁶ RÖNNEFARTH Bd. I, S. 668ff.

¹⁷⁷ JAKSCH S. 207ff.

¹⁷⁸ ADAP, Bd. IV, Nr. 251, Anlage 2, S. 266. Vgl. darüber hinaus RÖNNEFARTH Bd. I, S. 671; FEILING, S. 359ff.

Köpfen von eigensinnigen, leichtgläubigen Menschen, sondern eine edle Idee, wurzelnd im Christentum, in Mut und Vernunft [...] eine Politik des Optimismus und der Hoffnung.«¹⁷⁹

Wie beurteilte Chamberlain selber seine Rolle? Aufschlußreich ist seine am 17. März 1939 – nach dem Einmarsch Hitlers in Prag – gehaltene, eine Wende der englischen Außenpolitik einleitende und das Ende der »Appeasement-Periode« markierende Rede in Birmingham. Die Vorwürfe Duff-Coopers, Churchills, Edens und seiner übrigen Gegner, die beweisen wollten, Hitlers Vertragsbruch sei eine unmittelbare Folge seiner Politik im Herbst 1938, wies der Premier mit folgenden Worten zurück: »Die Tatsachen von heute können nicht die Tatsachen vom vergangenen September ändern [...]. Ich habe nie in Abrede gestellt, daß die Bedingungen, die ich in München sichern konnte, nicht diejenigen waren, die ich selbst gewünscht hätte. Aber wie ich damals erklärte, hatte ich mit keinem neuen Problem zu tun. Es war etwas, was seit dem Versailler Vertrag immer existiert hatte, ein Problem, das schon längst hätte gelöst werden sollen, wenn bloß die Staatsmänner der letzten zwanzig Jahre eine großzügigere, umfassendere und aufgeklärtere Auffassung ihrer Pflicht gehabt hätten. Es war wie ein lang vernachlässigtes Übel geworden, und ein chirurgischer Eingriff wurde notwendig, um das Leben des Patienten zu retten.«¹⁸⁰

Ungeachtet dieser Wertung teilt der Verfasser der vorliegenden Abhandlung die Meinung von Macartney, der Chamberlain nicht wegen seiner »Appeasement-Politik« kritisiert, sondern weil er vom ganzen tschechoslowakischen und damit den gesamten mitteleuropäischen Raum betreffenden Problem lediglich einen Bruchteil, den deutsch-tschechischen Gegensatz berücksichtigt hat.¹⁸¹ Anstatt die Gelegenheit zu benützen, mit mutigen Initiativen die Gesamtheit der in Versailles geschaffenen spannungsgeladenen Ordnung neu zu regeln, wollten sich die englischen und französischen Staatsmänner lediglich auf das Sudetenproblem beschränken und erweckten mit ihren Argumenten den Eindruck, sie hätten sich nur der Gewalt gefügt. Es war Mussolinis Initiative und Becks unerschrockener Haltung zu verdanken, daß ein Teil der bestehenden Probleme nach der Münchener Konferenz überhaupt gelöst werden konnte. Das scheinbare Desinteresse der zwei westlichen Großmächte hat wesentlich dazu beigetragen, daß Hitler sich mit dem in München erzielten Ergebnis nicht zufriedengab und im folgenden Frühling zu seinem verhängnisvollen Schlag gegen Prag ausholte und damit einen Weg beschritt, der in den Abgrund des Zweiten Weltkrieges führte.

¹⁷⁹ HAUSER Oswald: England und Hitler. In: FRANZ Otmar (Hg.): Was weiter wirkt. Stuttgart 1971, S. 189.

¹⁸⁰ Zitiert in RÖNNEFARTH Bd. I, S. 670; FEILING S. 400.

¹⁸¹ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 258. Vgl. auch HENDERSON: Fehlschlag, S. 176ff. (Zusammenfassung von Chamberlains Verhandlungen mit Hitler am 22. September 1938 in Godesberg.)

3.2. Die ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen nach dem Münchener Abkommen

Nachdem das Problem der sudetendeutschen Minderheit in der Tschechoslowakei durch das in München abgeschlossene Viermächteabkommen und der polnisch-tschechische Konflikt durch den Einmarsch polnischer Truppen geregelt worden war,¹⁸² trat auch die ungarische Regierung mit dem tschechoslowakischen Außenministerium in Kontakt und schlug im Sinne der in München von den Regierungschefs der vier Großmächte unterzeichneten »zusätzlichen Erklärung« direkte Verhandlungen vor, um die Frage der ungarischen Minderheit durch eine Vereinbarung der zwei Staaten zu regeln. Am 2. Oktober überreichte der ungarische Gesandte, János Wettstein, dem tschechischen Außenminister Krofta eine Note, in welcher dem Wunsch nach einem unverzüglichen Beginn der Verhandlungen Ausdruck gegeben wurde. Nach einem mehrfachen Notenwechsel gab die ungarische Regierung dem Gesuch des Prager Außenministeriums nach und stimmte zu, die Verhandlungen erst am 9. Oktober 1938 in Komorn (Komárno, Komárom) zu beginnen. Die Tschechen begründeten ihren Wunsch nach dem Aufschub mit den großen Änderungen, die nach München innerhalb der tschechoslowakischen Führungsspitze vollzogen wurden.¹⁸³ Am 5. Oktober demissionierte Staatspräsident Beneš, sein Nachfolger wurde am 30. November der bisherige Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtes, Dr. Emil Hácha. Außenminister Krofta wurde durch den Botschafter in Rom, den achsenfreundlichen Chvalkovský abgelöst. Darüber hinaus mußte in der neuen Republik auch das Verhältnis der Tschechen zu den Slowaken und Ruthenen geregelt werden. Der Parteiausschuß der SVP wurde auf den 6. Oktober nach Sillein (Žilina, Zsolna) einberufen. Hegten bis dahin führende ungarische Kreise noch gewisse Hoffnungen, daß die Slowakei eventuell sich für eine Realunion mit Ungarn aussprechen würde, so erwiesen sich diese Hoffnungen als völlig illusionistisch. Auf ihrer am 6. Oktober 1938 in Sillein abgehaltenen Tagung erhielt der vom katholischen Priester, Dr. Jozef Tiso, geführte Flügel die absolute Mehrheit. Die Slowakische Volkspartei entschied sich für ein Verbleiben in der tschechoslowakischen Republik. Sowohl der von Ďurčanský geführte Flügel, der die völlige Unabhängigkeit anstrebte, als auch die Gruppe um Karol Sidor, die eine Union mit Polen befürwortete, unterlag während der Abstimmung. Die Slowakei erhielt im Rahmen des neuen Staatsverbandes eine weitgehende Autonomie, der Name der Tschechoslowakei wurde – mit einem Bindestrich versehen – in Tschecho-Slowakei umgeändert.

Komplizierter war die Lage in Ruthenien, wo sich zwei Gruppen bekämpften: Anhänger der sogenannten ukrainischen Linie wollten vorläufig im Rahmen der Tschechoslowakei verbleiben, um später mit deutscher Unterstützung zu ei-

¹⁸² Die Polen mißachteten – im Gegensatz zu den Ungarn – die Viermächtevereinbarung von München. Am 30. September stellte Beck den Tschechen ein zwölfstündiges Ultimatum, das von der Regierung in Prag angenommen wurde. Am 1. und 2. Oktober besetzten polnische Truppen Teschen (Cieszyn) und das Olsagebiet.

¹⁸³ CHASZAR S. 32ff.; HOENSCH: Revisionismus, S. 110ff.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 277ff.

nem geeigneten Zeitpunkt als ein ukrainisches Piemont den Kampf um die Gründung einer Großukraine einzuleiten. Die andere – Anfang Oktober 1938 stärkere – Gruppe unter der Führung von Andrej Bródy und Stepan Fencik strebte die Wiedervereinigung mit Ungarn an.¹⁸⁴ Der erste Regierungschef der autonomen ruthenischen Regierung wurde der magyrophile Bródy.

Unmittelbar nach dem Münchener Abkommen war auch die ungarische Regierung in einer schwierigen Lage. Die Rechtsradikalen, die Pfeilkreuzler, aber auch ein bedeutender Teil des Offizierkorps kritisierten Imrédy, Kánya und sogar den Reichsverweser wegen ihrer »Schwäche«, wegen ihrer Weigerung, Hitlers Angebot zum Angriff gegen die Tschechoslowakei, anzunehmen.¹⁸⁵ Ungeachtet der brodelnden Volksmeinung setzte sich in der Regierung die hauptsächlich von Kánya und Teleki befürwortete gemäßigte Linie durch. Am Tag nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens billigte der Ministerrat folgende Richtlinien für die von Ungarn zu verfolgende Politik: Vermeidung gewaltsamer Mittel, solange die Möglichkeit auf friedliche Revision besteht; Festsetzung der neuen Grenze nach den gleichen Grundsätzen, die für die deutsche und polnische Regierung maßgebend gewesen waren; Beschleunigung der Beilegung des Konfliktes; Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle in der ČSR lebenden Völkernschaften zur Erzielung eines dauernden Friedens in diesem Teil Europas.¹⁸⁶

Um für die bevorstehenden tschechisch-ungarischen Verhandlungen eine freundliche Atmosphäre zu schaffen, verlangte die ungarische Note vom 3. Oktober von der tschechischen Regierung, folgende Schritte unverzüglich einzuleiten: Freilassung sämtlicher politischer Gefangener ungarischer Nationalität; Entlassung sämtlicher Ungarn aus dem Militärdienst; Bildung von Ordnungskräften zum Schutz von Leben und Gütern unter gemeinsamem Kommando; als symbolische Geste des guten Willens sofortige Rückgabe einiger Grenzortschaften an Ungarn.¹⁸⁷

Die erste Bedingung wurde von der tschechoslowakischen Seite völlig, die zweite teilweise erfüllt.

Während dieser Periode des tschechisch-ungarischen Notenwechsels versuchte Polens Außenminister, Józef Beck, auf Ungarn Druck auszuüben, um die ungarische Regierung zur Verfolgung einer aktiven Außenpolitik zu veranlassen und die ungarisch-polnische Grenze – falls nötig mittels Gewaltanwendung – wiederherzustellen.¹⁸⁸

Nachdem Kánya seinem polnischen Kollegen fehlende außenpolitische Koordination beim Einmarsch in Teschen vorgeworfen hatte, fuhr am 5. Oktober 1938 der Kabinettschef des ungarischen Außenministeriums, Graf Csáky, nach Warschau. Im Laufe seiner mit Beck und dessen Kabinettsdirektor, Graf Łu-

¹⁸⁴ Ebenda.

¹⁸⁵ FRUS, Bd. I, S. 719; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 276; CHASZAR S. 32.

¹⁸⁶ Zitiert nach dem »Pester Lloyd« vom 13. Oktober 1938 von HOENSCH: Revisionismus, S. 109. Vgl. auch CHASZAR S. 33; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 276f.

¹⁸⁷ CHASZAR S. 33; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 278.

¹⁸⁸ CHASZAR S. 34; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 276.

biński, geführten Gespräche wurde von polnischer Seite eine völlige Unterstützung der ungarischen außenpolitischen Ziele zugesichert, falls Ungarn sich bereit erkläre, alles zu unternehmen, um die gemeinsame Grenze mit Polen wiederherzustellen. Obwohl diese Aussprache einen Tag vor dem oben geschilderten Beschluß der Slowakischen Volkspartei stattfand, waren sich die polnischen und ungarischen Verhandlungspartner einig, daß eine solche Politik durch die Eingliederung nur Rutheniens – aber nicht der Slowakei – ins ungarische Königreich durchführbar sei. Die auf die Slowaken gesetzten Hoffnungen waren nach den Beschlüssen der SVP von Sillein nicht mehr realisierbar.¹⁸⁹

Wie standen aber die verschiedenen Mächte zur Frage der gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze? Italiens Außenminister, Ciano – teilweise auch Mussolini –, befürwortete sie, mit dem Vorbehalt, daß Ungarn höchstens Ruthenien annektieren dürfe, aber keinesfalls die Slowakei, weil Rumänien, Jugoslawien, aber auch das Deutsche Reich sich der Annexion der Slowakei durch Ungarn widersetzen würden.¹⁹⁰ Zu jener Zeit sympathisierten auch die zwei westlichen Demokratien mit der Idee einer polnisch-ungarischen Grenze, insbesondere Frankreichs Regierungskreise. In England war die Auffassung vorherrschend, das Münchener Abkommen habe eine auf dem ethnischen Prinzip basierende Neuregelung in Mitteleuropa eingeleitet. Eine Abweichung von diesem Grundsatz wäre nach Meinung maßgeblicher Kreise in London gefährlich gewesen.¹⁹¹

Jugoslawien hatte nach italienischen Angaben gegen die Eingliederung Rutheniens durch Ungarn keine grundsätzlichen Einwände. Einspruch hätte die jugoslawische Regierung nur gegen die Annexion der Slowakei erhoben.¹⁹² Rumä-

¹⁸⁹ Mit seinem Engagement für die polnisch-ungarische Grenze verfolgte Beck weitgehende geopolitische Ziele. Polens östlicher Nachbar war die Sowjetunion, deren langfristige Absichten für die Zukunft ganz Mittel- und Osteuropas und insbesondere Polens gefährlich waren. Die unmittelbare Gefahr drohte jedoch seitens des sich immer aggressiver gebärdenden Dritten Reiches. Obwohl der 1934 abgeschlossene deutsch-polnische Freundschaftsvertrag noch in Kraft und ein deutsch-polnischer Krieg im Herbst 1938 noch unvorstellbar war, zeigten sich bereits die ersten Spannungen zwischen dem Reich und Polen. Beck wollte unter der Führung Polens und in enger Freundschaft mit dem faschistischen Italien einen Block der mitteleuropäischen Staaten – bestehend aus Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und der früher oder später sich von der ČSR loslösenden Slowakei – ins Leben rufen. Dieser Block wäre nach Becks Vorstellungen ein Bollwerk gegen das bolschewistische Rußland gewesen, aber auch stark genug, um einem allfälligen Eindringen des Dritten Reiches Riegel vorzuschieben. Vor München konnte dieser Block wegen der Opposition von Beneš nicht realisiert werden. Nach München war das Deutsche Reich schon zu stark, und die Wende vom März 1939 machte die Verwirklichung dieser Pläne unmöglich. Vgl. ROOS S. 273ff.

¹⁹⁰ ADAP, Bd. IV, S. 30; CHASZAR S. 34; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 280f; CIANO, 5. Oktober 1938.

¹⁹¹ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 282, Anmerkung 3. Der englische Historiker ruft eine nach seinem Referat in Chatham House geführte Diskussion in Erinnerung. Die Mehrzahl der Teilnehmer wollte dem mit den ungarischen Verhältnissen eng vertrauten Macartney nicht glauben, daß ein großer Teil der Ruthenen eine Union mit Ungarn anstrebe.

¹⁹² Vgl. Literaturhinweise unter Anmerkung 190.

nien widersetzte sich hartnäckig der Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze. Wie später noch behandelt wird, waren Becks Bemühungen, den Standpunkt des rumänischen Außenministers, Comnène, in dieser Hinsicht zu ändern, erfolglos.

Der größte Gegner der Errichtung einer polnisch-ungarischen Grenze war im Oktober 1938 das Deutsche Reich. Hitler und Ribbentrop konnten das Zögern der ungarischen Staatsmänner im August und September 1938, sich an einem Feldzug gegen die Tschechoslowakei zu beteiligen bzw. durch gezielte Provokationen einen Zusammenbruch der ČSR herbeizuführen, nie verzeihen. »Die schlappe Haltung« hat Hitler den Ungarn noch oft vorgeworfen. Entscheidend war aber bei der deutschen Lagebeurteilung die strategische Bedeutung des mitteleuropäischen Raumes. In einer Aufzeichnung vom 6. Oktober 1938 für das Auswärtige Amt vertrat das Oberkommando der Wehrmacht die Auffassung, der Rest der Tschechoslowakei sei als deutsches Interessengebiet zu behandeln und sowohl gegen Einflüsse von außen als auch gegen die Forderungen anderer Mächte zu schützen: »Da es nicht im deutschen Interesse liegen könne, daß an Deutschlands Ostgrenze ein geschlossener Block der Nachfolgestaaten mit Verbindung nach Südosteuropa entsteht, sei aus militärischen Gründen eine gemeinsame Grenze Ungarn-Polen unerwünscht.« Das OKW vertrat des weiteren die Auffassung, daß »der tschechische und slowakische Reststaat sich in Zukunft erheblich an Deutschland anlehnen muß und wird«. Es bestehe daher ein militärisches Interesse – so das OKW –, die Slowakei mit der Tschechei vereint und unter starkem deutschen Einfluß zu lassen.¹⁹³

Die ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen in Komorn begannen unter den eben geschilderten außenpolitischen Rahmenbedingungen. Sie hielten vom 9. bis 13. Oktober 1938 an. Die ungarische Delegation wurde von Außenminister Kálmán Kánya und Kultusminister Pál Graf Teleki,¹⁹⁴ die tschechoslowakische Delegation von Dr. Jozef Tiso, dem späteren slowakischen Staatschef, geleitet.¹⁹⁵ Das Prager Außenministerium war durch Dr. Ivan Krno, Leiter der politischen Abteilung, vertreten. Zu Beginn der Verhandlungen wurden als Zeichen des Guten Willens die ungarische Stadt Ipolyság (Šahy) und die Bahnhofstation von Sátorajjáújhely (Nové Mešto) den Ungarn zurückgegeben. Trotzdem waren die Gespräche wegen des scheinbar unnachgiebigen Verhaltens der Slowaken durch eine spannungsgeladene Atmosphäre gekennzeichnet. Nach zähem Ringen gelang es jedoch der ungarischen Delegation, der tschechoslowakischen Seite immer mehr Zugeständnisse abzurufen. Am 13. Oktober waren aber die Slowaken – wahrscheinlich aus taktischen Gründen – nicht bereit, neue Konzessionen anzubieten.¹⁹⁶ Kánya rief in Budapest an und erhielt von Ministerpräsident Imrédy, der

¹⁹³ ADAP, Bd. IV, S. 39; HOENSCH: Revisionismus, S. 117.

¹⁹⁴ Teleki war Professor für Wirtschaftsgeographie an der volkswirtschaftlichen Fakultät und einer der besten Kenner der komplizierten Nationalitätenprobleme Mitteleuropas.

¹⁹⁵ Die Regierung in Prag entschied sich bewußt dafür, daß die Verhandlungen von den unmittelbar betroffenen Slowaken geführt werden.

¹⁹⁶ Die Verhandlungen in Komorn wurden in der Literatur so häufig besprochen, daß es sich erübrigt,

die Geduld verloren hatte, die Anweisung, die Verhandlungen abzubrechen. Nach den uns zur Verfügung stehenden Dokumenten beging damit Imrédy einen schwerwiegenden historischen Fehler. Der Regierungschef der autonomen Karpato-Ukraine (Ruthenien), Andrej Bródy, war unterwegs nach Komorn und wollte den Anschluß Rutheniens an Ungarn bekanntgeben. Dadurch wäre die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze bereits im Herbst 1938 ohne Gewaltanwendung wiederhergestellt worden. Ungarn hätte ohne jegliche deutsche Mitwirkung einen großen politisch-strategischen Sieg errungen. Durch die Ungeduld Imrédys wurde eine günstige historische Gelegenheit verspielt.¹⁹⁷

3.3. *Deutsch-italienische Vermittlungsversuche und der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938*

Nach Abbruch der Verhandlungen in Komorn wandte sich die ungarische Regierung an die vier Signatarstaaten des Münchener Abkommens: Deutschland, Italien, England und Frankreich. Eine Note mit gleichem Wortlaut wurde an die vier Regierungen sowie an die polnische Regierung gerichtet. In dieser Note begründete die ungarische Regierung ihre Entscheidung über den Abbruch der Verhandlungen. Nach der Auffassung der ungarischen Regierung war bei der tschechoslowakischen Seite kein ernsthafter Wille vorhanden, aufgrund des Münchener Abkommens eine Vereinbarung zu erzielen. Die tschechisch-slowakische Seite war – laut ungarischer Note – lediglich zu Grenzkorrekturen, aber nicht zu Gebietsabtretungen nach dem ethnischen Prinzip, wie dies im Falle der Sudetendeutschen und der Polen erfolgt war, bereit. Darüber hinaus wurde die tschechoslowakische Armee nach dem Münchener Abkommen nicht demobilisiert. Im Gegenteil: während der Verhandlungen wurden tschechische Truppenkonzentrationen verzeichnet. Aus diesen Gründen sah sich die ungarische Regierung veranlaßt, die Verhandlungen abzubrechen und fünf Jahrgänge einzuberufen.¹⁹⁸

Die Note wurde in Paris durch den ungarischen Gesandten, Khuen Belasi-Héderváry, an Außenminister Bonnet überreicht.¹⁹⁹ Nach Rom wurde Graf Csáky mit dem Auftrag entsandt, Ciano und den Duce um die Einberufung der Viermächtekonferenz zu ersuchen. Ciano traf bereits die ersten Maßnahmen, um die Konferenz in eine norditalienische Stadt einzuberufen und informierte die englische, deutsche und französische Regierung, als der Reichsaußenminister von Rib-

auf sie ausführlicher einzugehen.

¹⁹⁷ CHASZAR S. 40f.; HOENSCH: Revisionismus, S. 142; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 287.

¹⁹⁸ CHASZAR S. 139ff.; DIMK, Bd. II, S. 792ff. In ihrer Gegennote versuchte die tschechische Regierung die Beweisführung der ungarischen Regierung zu widerlegen. Nach der tschechischen Note war die ČSR bereit, ein Gebiet mit 400.000 Bewohnern (darunter 300.000 Ungarn) abzutreten. Dies sei aber – so die tschechische Regierung – nicht ihr letztes Angebot gewesen.

¹⁹⁹ Es ist bis heute nicht geklärt worden, wann und auf welche Weise Barcza die ungarische Note in London überreicht hatte. Vgl. MACARTNEY: Oktober, Bd. I, S. 287, Anm. 6.

bentrop gegen die Einberufung der Konferenz Protest erhob. Gleichzeitig leistete die ungarische Regierung dem Druck der deutschen Reichsregierung Folge und nahm ihr Gesuch nach Einberufung der Viermächtekonferenz zurück.²⁰⁰ Als Graf Csáky diese Kursänderung der ungarischen Regierung dem italienischen Außenminister, Graf Ciano, bekanntgab, nahm Letzterer diese Mitteilung mit Befremden zur Kenntnis. Ciano gab seiner Befürchtung Ausdruck, die Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze und die Eingliederung Rutheniens ins ungarische Hoheitsgebiet dürfte durch diese Wende kaum realisiert werden, da Deutschland – analog zur Lösung des Sudetenproblems – wahrscheinlich nur eine ethnische Lösung unterstützen werde. Nach einer Rücksprache mit Mussolini gab Ciano für den Fall, daß die tschechisch-ungarischen Verhandlungen erneut scheitern würden, den Ratschlag, vor Einberufung der Viermächtekonferenz vorerst eine deutsch-italienische Arbitrage zu versuchen.²⁰¹

Was veranlaßte die ungarische Regierung von der ursprünglich von ihr vorgeschlagenen und dem Sinne der »zusätzlichen Erklärung« der vier Signatarmächte des Münchener Abkommens entsprechenden neuen Viermächtekonferenz Abstand zu nehmen? Die Ursachen dieser Wende sind auf die seit dem Staatsbesuch Horthys im August 1938 herrschende Spannung zurückzuführen. Die deutsch-ungarische Spannung nahm nach der Unterzeichnung des Münchener Viermächteabkommens sichtbar zu. Nach der Einverleibung des Sudetenlandes und nach der Umwandlung der Tschechoslowakei in einen föderativen Staat wetteiferten die Zentralregierung in Prag und die nach den Beschlüssen der slowakischen Volkspartei vom 6. Oktober in Sillein gebildete slowakische autonome Landesregierung um die Gunst des Dritten Reiches. Das Dritte Reich hatte deshalb kein Interesse mehr, bei der Erfüllung der ungarischen Revisionsansprüche behilflich zu sein. Nach der Demission von Beneš und Krofta verfolgte Außenminister Chvalkovský eine betont deutschfreundliche Politik.²⁰²

Mitte Oktober 1938 lief Ungarn Gefahr, in eine außenpolitische Isolation zu geraten. Seine Bestrebungen zur Wiedereingliederung Rutheniens wurden nur von Polen und teilweise von Italien²⁰³ unterstützt. Das Deutsche Reich beharrte auf dem ethnischen Prinzip, das die Grundlage der Regelung des Sudetenkonfliktes bildete; Rumänien und Jugoslawien waren ebenfalls nicht bereit, einer Erweite-

²⁰⁰ CHASZAR S. 47f.; HOENSCH: Revisionismus, S. 143f.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 288f.

²⁰¹ DIMK, Bd. II, S. 800f. Wahrscheinlich ist die Idee, den tschechisch-ungarischen Konflikt durch einen Schiedsspruch der zwei Achsenmächte zu lösen, während des Aufenthaltes von Graf Csáky in Italien entstanden. Als Schöpfer der Idee können wir Mussolini, vielleicht auch Graf Ciano betrachten. Ciano wollte zu jener Zeit die nach Südosteuropa gerichtete deutsche Expansion eindämmen und glaubte vermutlich, die Teilnahme Italiens an der Lösung bei gleichzeitiger Ausschaltung der zwei Westmächte könnte von der deutschen Seite, die am Aufrechterhalten der Freundschaft mit Italien Interesse hatte, kaum abgelehnt werden. Wie später noch gezeigt wird, hatte Ribbentrop anfangs überhaupt kein Interesse an einem Schiedsspruch. Er und Hitler wollten die undankbare Rolle des Schiedsrichters nicht übernehmen.

²⁰² CHASZAR S. 47.

²⁰³ DIMK, Bd. II, Nr. 519, S. 788.

zung des ungarischen Staatsgebietes über die ethnische Grenze hinaus zuzustimmen.²⁰⁴ Ein starkes Ungarn, das auf lange Sicht auch gegenüber den zwei letztgenannten Staaten Revisionsansprüche erheben dürfte, stand keinesfalls in jugoslawischem oder rumänischem Interesse. Die englischen und französischen Regierungen schienen zu jener Zeit in mitteleuropäischen Belangen nicht unmittelbar interessiert zu sein.

Angesichts der Verhältnisse nach dem Münchener Abkommen gelangten die regierenden Kreise in Budapest zur Auffassung, die Erfüllung der Revisionsansprüche gegenüber der Tschechoslowakei sei nicht möglich, wenn Deutschland sich diesen Revisionsbestrebungen widersetzen würde. Um die mit dem Reich seit Monaten bestehenden Spannungen abzubauen, beschloß die Regierung Imrédy – im Einvernehmen mit Reichsverweser Horthy –, den ehemaligen Ministerpräsidenten, Kálmán Darányi, nach Deutschland zu entsenden. Er wurde beauftragt, den Versuch zu unternehmen, durch Verhandlungen mit Hitler und Ribbentrop die Meinungsunterschiede zwischen den zwei Staaten zu überwinden.²⁰⁵

Kálmán Darányi war seit dem Anschluß Österreichs überzeugt, Deutschland werde in Mitteleuropa lange Zeit hindurch eine führende Rolle spielen. Er war aus diesen Gründen zu einem Befürworter der Intensivierung der deutsch-ungarischen Beziehungen geworden. Er wollte die »Sympathie« Hitlers, die er seiner Meinung nach den Ungarn gegenüber gehegt haben sollte, zurückgewinnen. Zu seiner großen Überraschung begannen seine Verhandlungen mit dem Führer und Reichskanzler in einer äußerst gespannten Atmosphäre. Hitler überschüttete ihn mit Vorwürfen wegen der ungarischen Haltung während der Septemberkrise, riet von einer ungarischen militärischen Aktion gegen die Tschechoslowakei, aber auch von der Einberufung einer neuen Viermächtekonferenz ab und gab seiner Überzeugung Ausdruck, Ungarn müsse sich mit auf dem ethnischen Prinzip beruhenden, sehr bescheidenen Gebietserweiterungen zufriedengeben.²⁰⁶ Um Hitler den ungarischen Bestrebungen gegenüber zu einer wohlwollenden Haltung umzustimmen, legte Darányi – im Einvernehmen mit Regierungschef Imrédy – weitgehende Nachgiebigkeit an den Tag. Er stellte in Aussicht, Ungarn werde in Zukunft eine achsenfreundliche Außenpolitik verfolgen und dem Antikominternpakt beitreten. Als Gegenleistung für diese Zugeständnisse sicherten Hitler und Ribbentrop eine gewisse deutsche Unterstützung während der mit der tschechoslowakischen Seite zu führenden zweiseitigen Verhandlungen zu. Als Bedingung ihrer allfälligen Unterstützung verlangten die deutschen Staatsmänner den Widerruf des ungarischen Gesuches zur Einberufung der Viermächtekonferenz und die Fortsetzung der in Komorn abgebrochenen Verhandlungen mit der tschechoslowakischen

²⁰⁴ Jugoslawien war bereit, die Einverleibung Rutheniens zwecks Wiederherstellung der polnisch-ungarischen Grenze zu akzeptieren, widerstrebte jedoch den Bestrebungen, eine ungarisch-slowakische Union zu errichten.

²⁰⁵ CHASZAR S. 47f.; HOENSCH: Revisionismus, S. 143f.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 288ff.

²⁰⁶ ADAP, Bd. IV, Nr. 62, sowie die Aufzeichnung des Gesandten Hewel über die Unterredungen Darányis mit dem Führer und Reichskanzler in: RÁNKI S. 303ff.

Seite.²⁰⁷ Gleichzeitig stellte Hitler für die weitere Zukunft die Bildung eines »großen Blocks« zwischen Deutschland, Polen und Ungarn in Aussicht, zwecks völliger Neuordnung des mittel- und osteuropäischen Raumes.

Die zwiespältige Haltung des deutschen Diktators war zu jener Zeit für die interessierten Parteien schwerlich zu verstehen. Eine nachträgliche Analyse führt uns zur Schlußfolgerung, der »Führer« wollte einerseits den Ungarn zu verstehen geben, daß in Mittel- und Osteuropa ohne seine Zustimmung in Zukunft keine territorialen Änderungen mehr möglich seien. Andererseits wollte er den Ungarn kundgeben (und wie wir aus den eine Woche später mit dem polnischen Botschafter Lipski geführten Gesprächen wissen, auch den Polen), daß eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland in einer späteren Phase sogar eine weitgehende Erfüllung der Revisionsansprüche ermöglichen könnte.²⁰⁸

Da die unmittelbaren tschechoslowakisch-ungarischen Verhandlungen auch diesmal ergebnislos verliefen, richtete die ungarische Regierung am 24. Oktober 1938 eine Note an die tschechoslowakische Regierung. In dieser Note verlangte sie die sofortige Rückgabe jener Gebiete, die mehrheitlich von Ungarn bewohnt waren und deren Zugehörigkeit unumstritten war sowie die Abhaltung von Volksabstimmungen in den umstrittenen Gebieten mit gemischter Bevölkerung. Nach dem ungarischen Vorschlag hätte man zwecks Entscheidung der völkerrechtlichen Zugehörigkeit bzw. zwecks Überwachung der vorgesehenen Volksabstimmung in der Westslowakei ein deutsch-italienisches, in der östlichen Hälfte der Slowakei sowie in Ruthenien ein deutsch-italienisch-polnisches Schiedsgericht einberufen sollen.²⁰⁹ In ihrer vom 26. Oktober 1938 datierten Antwortnote erklärte sich die tschechoslowakische Regierung bereit, den Grundsatz der ungarischen Note, d.h. die deutsche und italienische Arbitrage anzunehmen. Für den Fall der Ausdehnung des Kreises der im Schiedsgerichtsverfahren teilnehmenden Mächte auf Polen, verlangte aber die tschechoslowakische Regierung die Teilnahme Rumäniens.²¹⁰ Dies war selbstverständlich eine für die ungarische Regierung zur gebebe-

²⁰⁷ CHASZAR S. 47f.; HOENSCH: Revisionismus, S. 144ff.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 289ff.; RÁNKI S. 300ff.; TILKOVSKY: Revízió, S. 32.

Anläßlich der Verhandlungen zwischen Darányi und Ribbentrop entstand ein neues Mißverständnis den Verlauf der zukünftigen Grenze betreffend. Während nach Darányis Auffassung Kaschau (Košice, Kassa), Munkatsch (Mukačevo, Munkács) und Ungvar (Užhorod, Ungvár) zu Ungarn hätten zurückkehren sollen, vermittelte Ribbentrop der tschechoslowakischen Seite eine Linie, nach welcher die erwähnten drei Städte im tschechoslowakischen Staatsverband hätten verbleiben sollen. Dieses Mißverständnis, das wahrscheinlich auf die Oberflächlichkeit des deutschen Außenministers zurückzuführen war, verursachte ernste Schwierigkeiten vor und während der Verhandlungen in Wien. Diese Schwierigkeiten konnten nur durch das energische Auftreten Cianos beseitigt werden.

²⁰⁸ Zur gleichen Meinung kommt auch BROZAT Martin: Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Außenpolitik, 1938-1941. In: FUNKE Manfred (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Düsseldorf 1976, S. 538f.

²⁰⁹ DIMK, Bd. II, Nr. 580, S. 847ff.; CHASZAR S. 142ff.

²¹⁰ DIMK, Bd. II, Nr. 585, S. 853ff.; CHASZAR S. 142f.

nen Zeit nicht annehmbare Forderung. Während des darauffolgenden Notenwechsels sind sich die tschechoslowakische und die ungarische Regierung einig geworden, als Schiedsrichter einzig und allein die zwei Achsenmächte, Deutschland und Italien, anzurufen.²¹¹ Nach einem erneuten tschechoslowakisch-ungarischen Notenwechsel kam es am 29. Oktober 1938 zu einer Vereinbarung der zwei Parteien. Im Sinne dieser Vereinbarung ersuchten Ungarn und die Tschechoslowakei offiziell die deutschen und italienischen Regierungen, den zwischen den zwei Staaten bestehenden Grenzkonflikt durch einen Schiedsspruch beizulegen.²¹²

Unmittelbar vor dem Wiener Schiedsspruch verschlechterte sich die diplomatische Lage Ungarns. Im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung entzog Mussolini seine den Ungarn bezüglich der Wiedererrichtung der polnisch-ungarischen Grenze gewährte Unterstützung. Französische und polnische Pressestimmen, wonach die polnisch-ungarische Grenze in erster Linie der Eindämmung des deutschen Expansionismus dienen sollte, haben den Duce verärgert, da er trotz gegenteiliger Äußerungen nicht bereit war, von der »Achsenpolitik« eindeutig abzuweichen.²¹³ Gleichzeitig war auch die unmittelbar interessierte polnische Regierung, deren diplomatische Unterstützung für Ungarn von größter Bedeutung gewesen wäre, in eine zunehmende Isolation geraten. An seiner mit dem polnischen Botschafter, Józef Lipski, am 24. Oktober 1938 geführten Besprechung erweckte Reichsaußenminister Ribbentrop den Anschein, als ob die Wiedererrichtung der polnisch-ungarischen Grenze im deutschen Interesse stünde, und stellte seine Unterstützung in Aussicht. Zum selben Zeitpunkt warf er ein Problem auf, das seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Freundschaftsvertrages im Januar 1934 als Tabu gegolten hatte. Er verlangte die Rückgliederung Danzigs ins deutsche Reichsgebiet und den Bau einer extraterritorialen Autostrada durch den sogenannten »Korridor«. Dadurch wäre die Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reichsgebiet wiederhergestellt worden. Sein Vorstoß wurde aber von der polnischen Seite rundweg abgelehnt. Die schroffe Ablehnung war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die deutsche Reichsregierung von Polen den Beitritt zum Antikominternpakt verlangte und ein Bündnis gegen die Sowjetunion vorschlug. Nach einer Rücksprache mit Außenminister Beck, der die Unabhängigkeit der polnischen Außenpolitik nicht aufgeben wollte, schlug Lipski das deutsche Angebot aus. Beck, der die Intensivierung der außenpolitischen Aktivität der deutschen Reichsregierung immer mehr als Gefahr betrachtete, versuchte erneut, Druck auf die ungarische Regierung auszuüben, um eine handstreichartige Eingliederung Rutheniens durch Ungarn zu beschleunigen.²¹⁴

Die Schaffung eines *fait accompli* in Ruthenien war jedoch zu jener Zeit

²¹¹ Bezüglich des Wortlautes des zwischen der königlichen ungarischen Regierung und der tschechoslowakischen Regierung stattgefundenen Notenwechsels vgl. CHASZAR S. 142ff.; HOENSCH: Revisionismus, S. 172ff.

²¹² Ebenda; DIMK, Bd. II, Nr. 604, 612, 619, 620.

²¹³ CHASZAR S. 50; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 292.

²¹⁴ BECK S. 169ff.; BURCKHARDT Carl J.: *Meine Danziger Mission 1937-1939*. München 1960, S. 241ff.; LUKACS S. 30ff.; ROOS S. 382ff.

nicht mehr möglich. Die unter dem Vorsitz des magyrophilen Andrej Bródy gebildete autonome ruthenische Regierung wurde von der tschechischen Regierung am 25. Oktober abgelöst, Bródy selber verhaftet. Mit Brachialgewalt wurde eine dem großukrainischen Nationalismus zuneigende Regierung unter dem Vorsitz des griechisch-katholischen Geistlichen, Monsignore Vološyn, eingesetzt. Vološyn stand in enger Verbindung mit nationalsozialistischen deutschen Agenten und strebte mit deren Hilfe den Ausbau Rutheniens zum Piemont eines mit deutscher Hilfe zu gründenden großukrainischen Staates an. Hitler wollte mit Hilfe Vološyns und der ihn unterstützenden rechtsextremen Sič-Garde Ruthenien als Pfand sowohl gegen Ungarn als auch gegen Polen und die Sowjetunion ausspielen.²¹⁵

Becks Politik zur Lösung der ruthenischen Frage im Interesse Polens und Ungarns ist im Oktober 1938 wegen des Verhaltens der rumänischen Regierung gescheitert. Am 19. Oktober – also noch vor dem tschechischen Handstreich gegen die Regierung Bródy – fuhr er nach Rumänien, nach Galați, wo er mit König Carol und mit seinem rumänischen Amtskollegen, Comnène, Verhandlungen führte. Comnène widersetzte sich den polnischen Bestrebungen, das rumänisch-ungarische Verhältnis zu verbessern und lehnte die Unterstützung zur Errichtung einer polnisch-ungarischen Grenze ab. Er berief sich auf den – zu jener Zeit de facto nicht mehr existierenden – Beistandspakt der Kleinen Entente und verlangte die Beibehaltung der gemeinsamen Grenze zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei. Er schien die Tatsache, daß die Tschechoslowakei nach München zu einem deutschen Satellitenstaat herabgesunken war, zu mißachten.²¹⁶ Die Konturen der sich abzeichnenden deutschen Hegemonie wurden von Tag zu Tag schärfer. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, daß Hitler und die deutsche Reichsregierung gerade zu jener Zeit die Idee eines zur Regelung des tschechisch-ungarischen Konfliktes einzuberufenden deutsch-italienischen Schiedsgerichts ablehnten und die ihrerseits bereits verworfene Viermächtekonferenz einberufen wollten. Es bedurfte der Überredungskunst des italienischen Außenministers, Graf Ciano, der seinem zögernden deutschen Amtskollegen, Ribbentrop, zu verstehen geben konnte, ein deutsch-italienischer Schiedsspruch wäre in Mittel- und Osteuropa ein Prestige-Gewinn für die »Achse«.²¹⁷

Um die im Zusammenhang mit dem tschechisch-ungarischen Konflikt entstandenen deutsch-italienischen Gegensätze zu beseitigen, fuhr Ribbentrop am 27. Oktober 1938 nach Rom, wo er sich mit Ciano und Mussolini beriet. Während dieser Gespräche gelang es den italienischen Staatsmännern, Ribbentrop zur Aufgabe seiner den Ungarn gegenüber feindlichen Haltung zu bewegen. In der Hoffnung, daß er mit Italien in der nächsten Zeit eine »Grande Alliance« abschließen könne, stimmte er dem italienischen Vorschlag zu und erklärte sich damit einverstanden, daß auch die Städte Kaschau, Munkatsch und Ungvar zu Ungarn zurück-

²¹⁵ ÁDÁM: Kisantant, S. 323ff.; BECK S. 162ff.; HOENSCH: Revisionismus, S. 216ff.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 305ff.; ROOS S. 358ff.

²¹⁶ BECK S. 174f.; HOENSCH, Revisionismus, S. 158f.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 295f.

²¹⁷ CHASZAR S. 52f; ADAP, Bd. IV, Nr. 62; CIANO 22. Oktober 1938; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 298f.

kehren sollen.²¹⁸ Nach dieser Vereinbarung lud er die italienischen, tschechoslowakischen und ungarischen Diplomaten für den 2. November 1938 nach Wien ein.

Nach diesen komplizierten Vorgängen kam es am 2. November 1938 zum Schiedsspruch im Schloß Belvedere in Wien. Im Sinne dieses Schiedsspruches erhielt Ungarn ein Gebiet von 12.103 km² mit einer Bevölkerung von rund 1.030.000 Bewohnern. Die Städte Neuhäusel (Nové Zámky, Érsekújvár), Lewenz (Levice, Léva), Losontz (Lučenec, Losonc), Großsteffelsdorf (Rimavská Sobota, Rimaszombat), Kaschau, Munkatsch und Ungvar kehrten zu Ungarn zurück. Die Bevölkerung, die unter ungarische Hoheit gelangte, setzte sich wie folgt zusammen:

| | |
|-------------------------------------|---------------|
| Ungarn | 830.000 |
| Slowaken | 140.000 |
| Deutsche | 20.000 |
| <u>Ruthenen, Polen und sonstige</u> | <u>40.000</u> |
| Insgesamt | 1.030.000 |

In der Tschechoslowakei verblieben 66.000 Ungarn. Die Rückgabe des umstrittenen Gebietes erfolgte – ähnlich wie im Falle des Sudetengebietes – etappenweise vom 5. bis 10. November 1938. Am 12. November 1938 verabschiedete das ungarische Parlament das »Gesetz über die Rückgliederung des Oberlandes«.²¹⁹

Trotz der Tatsache, daß die Regierung Imrédy wegen der ungünstigen außenpolitischen Lage dem deutschen Druck nachgebend auf die Anwendung des Grundsatzes der historisch begründeten, »integralen« Revision verzichtete und sich mit dem ethnischen Prinzip begnügte, ist der Wiener Schiedsspruch als ein großer Erfolg der ungarischen Diplomatie zu werten. Ohne Gewaltanwendung ist es der ungarischen Regierung gelungen, die im Verlaufe der Verhandlungen von Komorn unterbreiteten ungarischen Forderungen durchzusetzen. Wenn in der Nachkriegsliteratur der Regierung Imrédy vorgeworfen wird, daß sie auf die im Sinne der in München angenommenen »Zusatzklärung« einzuberufende Viermächtekonferenz verzichtete und sich mit einem deutsch-italienischen Schiedsspruch begnügte, so kann diesem Vorwurf formell-juristisch kein Argument entgegengesetzt werden. Ungarn gab dem Druck Hitlers ohne Zweifel nach. Es darf aber andererseits nicht außer acht gelassen werden: England und Frankreich verhielten sich im Herbst 1938 in mitteleuropäischen Belangen äußerst passiv. Dem Schiedsspruch der Achsenmächte stimmten sie im wesentlichen zu. Auf eine Anfrage der tschechischen Regierung, ob England gegen einen rein deutsch-italienischen Schiedsspruch Einwände erheben würde, erteilte das Foreign Office folgende Antwort: »His Majesty's Government sees no objection to the settlement of the Czech-Hungarian Question by means of arbitration by Germany and Italy, if

²¹⁸ Ebenda.

²¹⁹ CHASZAR S. 55; HOENSCH: Revisionismus, S. 188ff.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 303f. Der Wortlaut des Wiener Schiedsspruches und des Begleitprotokolls befindet sich in DIMK, Bd. II, Nr. 621, 622. Das Protokoll der Verhandlungen (Aufzeichnungen des Botschaftsrates Kordt) in: RÁNKI S. 312ff.

the Czechoslovak and Hungarian Governments agreed to settle their differences this way.«²²⁰

4. Wertung des ersten Wiener Schiedsspruches und der ungarischen Außenpolitik 1938

Im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges wurde seitens der Alliierten – zuerst in ihrer durch die Radiosender BBC und Voice of America verbreiteten Kriegspropaganda – der völkerrechtskonforme Charakter des Wiener Schiedsspruches vom 2. November 1938 immer mehr in Frage gestellt. Obwohl in London der Einfluß der Beneš-Emigration während der Kriegszeit außerordentlich groß war, gelang es dem von Eden geführten Foreign Office, bis Kriegsende einer Entscheidung in dieser Frage auszuweichen.²²¹ Es war das von General de Gaulle geführte französische Nationalkomitee in London, welches das Münchener Abkommen und sämtliche im Zusammenhang mit demselben stehenden internationalen Vereinbarungen in einer am 29. September 1942 an die ebenfalls in London amtierende tschechoslowakische Exilregierung gerichteten Note als »nuls et nonavenues« bezeichnete.²²² Offiziell verpflichtete sich Ungarn im Waffenstillstandsvertrag vom 20. Januar 1945, der in Moskau unterzeichnet worden war, seine Truppen und seine Administration hinter die vor 1938 existierenden Grenzen zurückzuziehen.²²³ Im Pariser Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 wurden sowohl der erste als auch der zweite Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940²²⁴ für »null und nichtig« erklärt. Uns interessiert der erste Wiener Schiedsspruch als historisches Ereignis, und auch die hier folgende völkerrechtliche Wertung hat lediglich historischen Charakter.

4.1. Völkerrechtliche Beurteilung des ersten Wiener Schiedsspruches

In der Nachkriegsliteratur wird der völkerrechtliche Charakter des ersten Wiener Schiedsspruches hauptsächlich mit folgenden Argumenten in Frage gestellt: – er kam durch Ausschluß des Völkerbundes zustande, obwohl Ungarn und die Tschechoslowakei Mitglieder dieser Organisation waren;

²²⁰ DBFP, Bd. III, S. 202; CHASZAR S. 51.

²²¹ Am 30. Januar 1941 erklärte die britische Regierung in einer dem ungarischen Gesandten überreichten Verbalnote, England betrachte den Wiener Schiedsspruch – da es nicht daran teilnahm – für sich als unverbindlich.

²²² CHASZAR S. 67.

²²³ Auch im sogenannten »Präliminarvertrag« vom 11. Oktober 1944, der noch von der von Horthy entsandten Waffenstillstandsdelegation unterzeichnet worden war, mußte sich Ungarn verpflichten, seine Truppen hinter die vor 1938 bestehende Grenzlinie zurückzuziehen.

²²⁴ Durch den zweiten Wiener Schiedsspruch, der ebenfalls von den zwei Achsenmächten gefällt worden war, erhielt Ungarn den größeren Teil Nordsiebenbürgens von Rumänien zurück.

- die zwei Westmächte wurden aus dem Entscheidungsprozeß ausgeschlossen, und der Schiedsspruch wurde nur durch die zwei Achsenmächte gefällt;
- er ist als Folge eines auf die Regierung in Prag ausgeübten politischen Druckes zustande gekommen;
- er war eine Folge des Münchener Abkommens, das durch Hitlers Einmarsch in Prag und durch die Besetzung Rutheniens durch ungarische Truppen im März 1939 seine Rechtskraft einbüßte.

Im folgenden sollen diese Argumente einer Analyse unterzogen und auf ihre Haltbarkeit hin geprüft werden.

4.1.1. Ausschluß des Völkerbundes

Ungarn und die Tschechoslowakei waren Mitglieder des Völkerbundes und Signatarstaaten des 1928 unterzeichneten und als Ergänzung der Gründungsurkunde des Völkerbundes betrachteten Kellogg-Briand-Paktes. Durch diesen Pakt verpflichteten sich die Signatarstaaten, in Zukunft zwischenstaatliche Konflikte nur mit friedlichen Mitteln zu lösen.²²⁵ Der Wiener Schiedsspruch – wie jeder Schiedsspruch – ist ein klassisches Beispiel für die Beilegung internationaler Streitigkeiten. Sein friedlicher Charakter kann deshalb mit formell-juristischen Argumenten nicht bezweifelt werden.

Da beide miteinander im diplomatischen Konflikt stehenden Staaten Mitglieder des Völkerbundes waren, wäre es sowohl für Ungarn als auch für die Tschechoslowakei möglich gewesen, Artikel 19 der Gründungsurkunde anzurufen. Nach diesem Artikel lag es in der Kompetenz der Generalversammlung des Völkerbundes, unhaltbar gewordene Verträge, deren Fortbestehen geeignet war, den Weltfrieden zu gefährden, von Zeit zu Zeit zu überprüfen und – falls nötig – zu korrigieren.²²⁶ Im konkreten Fall wandten sich weder Ungarn noch die Tschechoslowakei an den Völkerbund. Dies heißt aber nicht, daß die zwei Parteien völkerrechtswidrig gehandelt hätten. Das Grunddokument der Weltorganisation hat es für die Mitgliedstaaten nicht verboten, sich zwecks Schlichtung von Konflikten, welche den Frieden gefährden, diplomatische Wege außerhalb des Völkerbundes zu gehen. Der als Folge von Mussolinis Abessinienkrieg entstandene englisch-italienische Gegensatz wurde durch ein zweiseitiges Gentleman's Agreement beigelegt,²²⁷ und auch das Washingtoner Flottenabkommen von 1921

²²⁵ Der Kellogg-Briand-Pakt wurde als ein ergänzendes Dokument der Gründungsurkunde des Völkerbundes betrachtet, obwohl die Vereinigten Staaten – nebst Frankreich ein Initiant des Paktes – dem Völkerbund nie beigetreten sind.

²²⁶ Die ungarische Revisionspolitik bestand bis 1938 im wesentlichen darin, daß die Mächte auf Artikel 19 der Gründungsurkunde des Völkerbundes aufmerksam gemacht wurden. Ungarns diesbezügliche Bestrebungen waren völlig erfolglos.

²²⁷ Das am 16. April 1938 in Rom unterzeichnete »Osterabkommen« bedeutete eine de facto-Anerkennung der italienischen Annexion von Äthiopien. Mit diesem diplomatischen Schritt versuchte Chamberlain, Italien aus dem Achsenbündnis herauszulösen.

wurde von den Signatarstaaten ohne Befragung des Völkerbundes unterzeichnet. Direkte diplomatische Verhandlungen, wie jene in Komorn vom 9. bis 13. Oktober 1938 sowie die Anrufung eines Schiedsgerichtes waren klassische Mittel des Völkerrechtes, die durch die Gründung des Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg keineswegs abgeschafft worden waren.

4.1.2. Ausschluß der zwei Westmächte

Dieses Problem wurde im vorangehenden Kapitel ziemlich ausführlich behandelt. Hier soll lediglich auf einige wesentliche Momente hingewiesen werden. Es war zuerst der tschechoslowakische Außenminister, Chvalkovský, der sich – ohne Zweifel unter dem Einfluß der slowakischen autonomen Regierung von Dr. Tiso – zuerst an die deutsche Reichsregierung wandte und eine Arbitrage der zwei Achsenmächte suggerierte.²²⁸ Der nachher mit Hitler und Ribbentrop verhandelnde Vertreter der ungarischen Regierung, Kálmán Darányi, gab allerdings zu dieser Alternative seine Zustimmung, und die ungarische Regierung rief ihr Gesuch zur Einberufung einer neuen Viermächtekonferenz zurück. Wie bereits erwähnt worden war, wären die zwei Westmächte zwar bereit gewesen, sich am Schiedsspruch zu beteiligen, nahmen aber wohlwollend zur Kenntnis, daß sich die zwei im Streit stehenden Parteien an die zwei Achsenmächte gewandt hatten.²²⁹ Als der ungarische Gesandte, György Barcza, im Foreign Office vorstellig wurde, beurteilten während des mit ihm geführten Gespräches sowohl Außenminister Lord Halifax als auch Staatssekretär Sir Alexander Cadogan den Wiener Schiedsspruch als einen den Anforderungen des Völkerrechtes völlig entsprechenden Akt. Die neue Grenze wurde von England und Frankreich de facto anerkannt, indem die Zuständigkeit der Konsulate der zwei Westmächte auf die von Ungarn eingegliederten Gebiete des Oberlandes ausgedehnt wurde.²³⁰ Aufgrund dieser Hinweise dürfte kaum bestritten werden, daß die deutsch-italienische Arbitrage seinerzeit von der englischen Regierung im positiven Sinne gewürdigt und völkerrechtlich anerkannt wurde.

²²⁸ CHASZAR S. 61; LETTRICH Jozef: *History of Modern Slovakia*. London 1956, S. 103.

²²⁹ Vgl. den Briefwechsel Chamberlain-Horthy in: SZINAI – SZÜCS S. 179f., 185f., sowie die Erklärung von Lord Halifax am 24. Oktober 1938 im House of Lords, worauf im zitierten Antwortbrief Chamberlains hingewiesen wird. Darüber hinaus würdigte Chamberlain in seiner Unterhausrede vom 14. November 1938 den Wiener Schiedsspruch wie folgt: »Agreement was, in fact, reached between the Czechoslovak and Hungarian Governments, when they agreed to accept as final the arbitral award of the German and Italian Governments, and, in consequence, no question of action by His Majesty's Government arises.« CHASZAR S. 61.

²³⁰ CHASZAR S. 60ff.; MACARTNEY: *October*, Bd. I, S. 303f.

4.1.3. *Der politische Druck*

Die Tschechoslowakische Republik stand auch nach Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland und des Olsgebietes an Polen unter starkem politischen Druck. Im Sinne der zusätzlichen Erklärung des Münchener Abkommens war das Fortbestehen der in einen föderativen Staatenbund umgewandelten Republik von einer Viermächtegarantie abhängig. Deutschland und Italien waren jedoch erst nach Regelung der Zukunft der polnischen und ungarischen Minderheit bereit, eine Garantieerklärung für die Tschechoslowakei abzugeben. Zudem haben im Laufe des Monats Oktober die englische, die deutsche und die italienische Regierung auf die Tschechoslowakei und Ungarn Druck ausgeübt, den Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen. Dieser Druck wurde auch dadurch verstärkt, daß mit Wissen der ungarischen Regierung ungarische Freikorps ins Hoheitsgebiet der ČSR eingedrungen waren, um durch Unruhestiftung die Regierung in Prag und die autonome Regierung der Slowakei einzuschüchtern. Auch die Einberufung von fünf Jahrgängen könnte als Druck mit militärischen Mitteln beurteilt werden. Diese Maßnahme war jedoch eine Antwort auf tschechoslowakische Truppenbewegungen, welche die ungarische Seite als gefährlich empfand, da die Tschechoslowakei ihre Ende September 1938 angeordnete Generalmobilmachung nicht rückgängig gemacht hatte.

Dieser – allerdings von beiden Seiten ausgeübte – politische Druck war vom völkerrechtlichen Standpunkt aus gesehen keine unerlaubte oder rechtswidrige Handlung. Es soll hier auf die Ansicht des angesehenen amerikanischen Völkerrechtlers, P. E. Corbett, hingewiesen werden. Corbett vertritt die Auffassung, daß im Gegensatz zu den Rechtssystemen der einzelnen Staaten das Völkerrecht Gebietsabtretungen, die als Folge politischen Drucks erzielt worden sind, weder als unerlaubt noch als ungültig erachtet.²³¹

4.1.4. *Ungültigkeit wegen der Nichtigkeit des Münchener Abkommens*

Diese These ist vom völkerrechtlichen Standpunkt aus betrachtet unhaltbar. Das Münchener Abkommen erstreckte sich ausschließlich auf die Regelung der Zugehörigkeit des Sudetenlandes. Bei der Eröffnung der Viermächtekonferenz wurde dieser Umstand von Reichskanzler Hitler nachdrücklich betont.²³² Die Lösung der Frage der polnischen und ungarischen Minderheit wurde auf Mussolinis Initiative in einer vom eigentlichen Viermächteabkommen unabhängigen »zusätzlichen Erklärung« der vier Regierungschefs geregelt. Die Regelung wurde den im Streit stehenden Parteien überlassen. Die Einberufung einer erneuten Viermächtekonferenz war lediglich vorgesehen, falls sich die im Konflikt stehenden Parteien nicht einig werden könnten. Polen hat das Problem des Olsgebietes ultimatив gelöst, Ungarn wählte den Weg der diplomatischen Verhandlungen. Da die Direktver-

²³¹ CORBETT P. E.: *Law and Society in the Relations of States*. New York 1951, S. 120.

²³² ADAP, Bd. II, Nr. 670, S. 804.

handlungen der zwei Regierungen zu keinem Ergebnis führten, wählten die ungarische und die tschechische Regierung aus eigenem Entschluß den Weg der Schiedsgerichtsbarkeit und ersuchten die zwei Achsenmächte, die Rolle des Schiedsrichters zu übernehmen. Der Wiener Schiedsspruch kam nach langen diplomatischen Vorbereitungsarbeiten zustande²³³ und ist als ein vom Münchener Abkommen unabhängiger völkerrechtlicher Akt zu werten. Er war lediglich eine politische Folge der Münchener Viermächtekonferenz.

Hat aber Ungarn selber nicht gegen den Wiener Schiedsspruch verstoßen, indem es im März 1939 Ruthenien besetzte? Dieses Argument ist ernst zu nehmen. Völkerrechtlich betrachtet, hat die Tschechoslowakei am 14. März 1939 – nach der Proklamation der Unabhängigkeit der Slowakei – aufgehört zu existieren. Die Besetzung Rutheniens kann deshalb nicht als ein Verstoß gegen die Tschechoslowakei betrachtet werden. Es könnte höchstens getadelt werden, daß Ungarn ein sich im Status nascendi befindliches selbständiges Gefüge zerstört hat. Rutheniens Selbständigkeit wurde aber von der Tschechoslowakei ebenso wenig geachtet wie von Ungarn,²³⁴ und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses Gebiet von der Sowjetunion annektiert. Weder die »bürgerliche« Regierung von Beneš noch die von Klement Gottwald gegründete kommunistische Volksrepublik haben wegen der Annexion Rutheniens durch die Sowjetunion Einspruch erhoben. Ob es vom ethnischen Standpunkt aus richtig ist oder nicht: die Tatsache bleibt bestehen, daß Ruthenien 1919, 1939 und 1945 als »herrenloses Gebiet« betrachtet wurde. Ungarn – das vor 1938 stets die Notwendigkeit der »integralen Revision« betonte – hat sich im März 1939 ein Gebiet einverleibt, das tausend Jahre hindurch einen integralen Teil des ungarischen Hoheitsgebietes gebildet hatte. Es ist vom Standpunkt des Völkerrechtes aus irrelevant, aber vom politischen Gesichtspunkt betrachtet interessant, daß maßgebende Persönlichkeiten der Westmächte, wie zum Beispiel Sir Alexander Cadogan sowie der französische Außenminister, Georges Bonnet, diesen ungarischen Schritt als ein Mittel zur Eindämmung des Vormarsches des nationalsozialistischen Deutschlands nach Mittel- und Osteuropa gewertet haben.²³⁵

4.2. Politische Wertung der ungarischen Außenpolitik 1938

In der Nachkriegsliteratur wird den ungarischen Regierungen der Zwischenkriegszeit oft vorgeworfen, sie hätten eine expansionistische, auf die Revision der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon abzielende Außen-

²³³ Nachdem er vorerst die Einberufung der Viermächtekonferenz vereitelt hatte, zögerte Hitler, die Rolle des Schiedsrichters zu übernehmen, ADAP, Bd. IV, Nr. 62, 63; CIANO, vom 22. Oktober 1938; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 298f.

²³⁴ Während der Friedensverhandlungen von 1919/1920 verlangte Beneš die Einverleibung Rutheniens in die Tschechoslowakei mit der Begründung, eine Verbindung der ČSR mit Rumänien sei von strategischem Gesichtspunkt her unentbehrlich.

²³⁵ MACARTNEY: October, Bd. I, S. 342.

politik verfolgt. Nach dieser Auffassung wurde Ungarn zum Störenfried des mitteleuropäischen Raumes. Alle Bemühungen, gegen Hitlers Eroberungspläne eine gemeinsame Front zu errichten, scheiterten an diesem starrsinnigen Verhalten der ungarischen Führungsschicht. Nebst den Sudetendeutschen und Slowaken haben nach dieser ziemlich verbreiteten Meinung die Ungarn am meisten zur Destabilisierung des mittel- und osteuropäischen Raumes beigetragen.

Ist aber diese Betrachtungsweise wirklich wohlbegründet? Eine gründliche Analyse der Geschehnisse und der zur Verfügung stehenden Akten führt zu nuancierteren Schlußfolgerungen. Die ungarischen Regierungen haben in der Zeitspanne 1920-1938 mit äußerster Folgerichtigkeit stets jenen Standpunkt vertreten, der während der Sudetenkrise jedem objektiv urteilenden Staatsmann und Politiker erkennbar wurde: Die Landkarte Mittel- und Osteuropas wurde in Versailles, St. Germain und Trianon unter dem Gesichtspunkt politischer und militärischer Fehlkalkulationen gezogen. Mit Recht betonte der sudetendeutsche Exilpolitiker der Nachkriegszeit, Wenzel Jaksch: »Die Entscheidung von München wurde heraufbeschworen, weil die Demokratie bei den Friedensschlüssen von 1919 ihre eigenen Grundsätze verleugnet hatte.«²³⁶ Der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, beurteilte in seinen Memoiren die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich folgenderweise: »Die Tschechoslowakei hat Gebiete verloren, die klugerweise in den tschechischen Staat gar nicht hätten eingliedert werden sollen und welche niemals – es sei denn auf der Basis einer Föderation – dort dauernd verbleiben konnten.«²³⁷ Trifft diese Feststellung auf das Sudetenland zu, das immerhin seit dem Frühmittelalter unter der Herrschaft der Wenzelskrone stand, so hat sie in verstärktem Maße Gültigkeit für die von Ungarn bewohnten Gebiete der Tschechoslowakei, deren Zugehörigkeit zu Ungarn sowohl durch das ethnische als auch durch das historische Prinzip begründet war. Wenn Historiker und Publizisten die Lenker des ungarischen Staates während der Zwischenkriegszeit der Starrsinnigkeit bezichtigen, so mag dieser Vorwurf nicht jeder Grundlage entbehren. Versäumt man aber gleichzeitig auf die kompromißlose Haltung eines Beneš oder Titulescu ebenfalls hinzuweisen, so entsteht ein einseitiges, verzerrtes Bild der Zwischenkriegszeit und insbesondere der Ereignisse des Jahres 1938. Es soll hier Pars pro toto in Erinnerung gerufen werden. Am Vorabend des Münchener Abkommens – als sie sich mit der Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland und des Olsagebietes an Polen abgefunden hatte – war die Tschechoslowakei zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der ungarischen Minderheit noch immer nicht bereit und wollte diese mit der Zusicherung eines zu jener Zeit bereits längst überholten Autonomiestatuts vertrösten.²³⁸ Der ungarischen Regierung vorzuwerfen, sie habe bloß aus Annexionswut auf die

²³⁶ JAKSCH S. 334. Mit dem Begriff »eigene Grundsätze der Demokratie« will Jaksch auf das im berühmten »State-of-the-Union-Botschaft« vom Januar 1918 von US-Präsident Wilson enthaltene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker hinweisen.

²³⁷ HENDERSON: *Failure*, S. 167f.

²³⁸ Vgl. den tschechisch-ungarischen Notenwechsel vom 22. bis 24. September 1938 in ADAP, Bd. II, Nr. 630, S. 766 sowie CHASZAR S. 142ff.

tschechische Regierung Druck ausgeübt, bezeugt nicht nur Unkenntnis der Geschichte, sondern auch eine ungenügende Kenntnis der im Herbst 1938 vorherrschenden Stimmung. Passives Verhalten hätte wahrscheinlich den Sturz der konservativen ungarischen Regierung zur Folge gehabt und eine rechtsradikale Revolution ausgelöst.²³⁹ Da die Bestrebung Ungarns, die gemeinsame Grenze mit Polen wiederherzustellen, lediglich von der polnischen (für eine kurze Zeit auch von der italienischen) Regierung unterstützt, von der englischen und französischen Regierung mit wohlwollender, aber gleichgültiger Neutralität beobachtet, von Jugoslawien, von Rumänien und vor allem vom Deutschen Reich entschieden abgelehnt wurde, entschied sich Ungarn mit der Anrufung des deutsch-italienischen Schiedsgerichtes – wenn auch mit einer gewissen *Reservatio mentalis* – für das ethnische Prinzip.²⁴⁰ Die durch den Wiener Schiedsspruch gezogene Linie entsprach viel eher dem ethnischen Prinzip als jene, die im Friedensvertrag von Trianon festgesetzt wurde. Durch den Friedensvertrag von 1920 wurden große Gebiete aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen der Tschechoslowakei zugeteilt.

Der erste Wiener Schiedsspruch war das Ergebnis einer zähen und friedlichen Revisionspolitik. Seinerzeit wurde er von beinahe allen maßgebenden Persönlichkeiten der »classa politica« Europas akzeptiert. Der Umstand, daß sich an diesem Schiedsspruch auch das nationalsozialistische Dritte Reich beteiligt hatte, wurde von niemandem beanstandet. Der Wiener Schiedsspruch wurde im Herbst 1938 als ein Sieg des Nationalitätenprinzips gefeiert. Es handelte sich aber um einen Pyrrhussieg. Hitler, der vor München ein Verfechter dieses Prinzips zu sein schien, trat mit dem Einmarsch in Prag und der Einverleibung Böhmens und Mährens diesen Grundsatz im März 1939 mit Füßen. Der vorher zitierte englische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, urteilte über diese Wende wie folgt: »Bis zum März [...] führte das Schiff des deutschen Staates die deutsche Nationalflagge. In diesen Märztagen hißte dann der Kapitän herausfordernd die Piratenflagge mit dem Totenkopf und gekreuzten Knochen und zeigte seine wahren Farben als prinzipienloser Feind des Friedens und der europäischen Freiheit.«²⁴¹

Unbestritten haben – wie bereits ausführlich behandelt wurde – Darányi und Imrédy im Oktober 1938 Hitler unnötige, übereilte Zugeständnisse gemacht, als sie ihm die Zusicherung gaben, Ungarn werde dem Antikominternpakt beitreten

²³⁹ CHASZAR S. 62; FRUS, Bd. I, Nr. 719; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 276.

²⁴⁰ Von einem großen Teil der ungarischen Öffentlichkeit – auch von den gemäßigten konservativen und linken Parteien – wurde der Wiener Schiedsspruch eben wegen der Anwendung des ethnischen und der Mißachtung des historischen Prinzips abgelehnt. Es soll hier lediglich auf einen Artikel des Führers der liberal-konservativen Opposition, István Graf Bethlen, hingewiesen werden. Bethlen lehnte in seinem in der liberalen Tageszeitung »Pesti Napló« am 1. Januar 1939 veröffentlichten Neujahrsartikel den Wiener Schiedsspruch ab. Bethlen bekannte sich zur Staatsidee des heiligen Stefan, des ersten ungarischen Königs und zur »Reichsidee« des ehemaligen Vielvölkerstaates. Dieser Artikel veranlaßte Hitler, in der »Deutschen Diplomatischen Korrespondenz« vom 27. Januar 1939 einen Artikel mit heftigen Angriffen gegen Bethlens Vorstellungen zu veröffentlichen. Vgl. RÁNKI S. 342ff.; MACARTNEY: October, Bd. I, S. 319ff.

²⁴¹ HENDERSON: Failure, S. 210.

und den Völkerbund verlassen. Trotz dieser überflüssigen Zugeständnisse konnte aber Ungarn bis zum Frühling 1941 – bis zum deutschen Angriff gegen Jugoslawien – seine außenpolitische Unabhängigkeit bewahren. Die Geschichtsschreibung soll sich – im Sinne Leopold Rankes – nur darauf beschränken, über das Tatsächliche zu berichten. Sie darf nicht spekulieren. Trotzdem erlaubt sich der Verfasser die Behauptung: Ungarn hätte die durch den ersten Wiener Schiedsspruch ihm zugefallenen Gebiete behalten können, wäre es nicht wegen des geopolitischen Druckes des Dritten Reiches in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen worden. Das geopolitische Übergewicht Deutschlands ist aber als Folge des Hitler-Stalin-Paktes und der durch diesen Pakt ermöglichten deutschen Blitzsieg entstanden. Dieser Krieg führte zur sowjetischen Herrschaft im mittel- und osteuropäischen Raum. Die zweite Tschechoslowakische Republik – deren Aushängeschild noch Beneš, ihr wahrer Herrscher aber Klement Gottwald war – erreichte dank der Gunst der Siegermächte nicht nur den Widerruf des Münchener Abkommens und des ersten Wiener Schiedsspruches. Die Vertreibung der Sudetendeutschen und eine teilweise Vertreibung der Ungarn markieren die Geburtsstunde dieser Republik. Und die nach 1945 entstandene neue Ordnung wird nicht von der gebrechlichen Allianz der Kleinen Entente und Frankreichs, sondern durch den eisernen Griff einer totalitären »Supermacht« aufrechterhalten. Die Geschichte kennt aber keine determinierten Prozesse. Ihr zukünftiger Verlauf bleibt allerdings unseren sterblichen Augen unzugänglich. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß die Völker Mitteleuropas einst den zueinander führenden Weg – der vom extremen Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts verschüttet wurde – wiederfinden werden. Dies ist aber nur möglich, wenn die Mahnung des großen Führers der sudetendeutschen Sozialdemokratie, Wenzel Jaksch, in Erinnerung bleibt: »Die Einheit in der Vielfalt ist das Gegenprinzip zur Aufspaltung der Welt in feindliche Heerlager. Nur der Respekt vor dem Naturrecht des Schwächeren und das Beispiel der Mäßigung des Stärkeren können diese Einheit begründen.«²⁴²

Schriftumsverzeichnis

Quellen

AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK 1918-1945 (ADAP). Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D, Bde. II, IV, V. Baden-Baden 1951-1955.

DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY 1919-1939 (DBFP). Third Series, Vol. I, II, III, ed. by E. L. WOODWARD and Rohan BUTLER. London 1949-1951.

DIPLOMÁCIAI IRATOK MAGYARORSZÁG KÜLPOLITIKÁJÁHOZ 1936-1945 (DIMK) [Diplomatische Schriften zur Außenpolitik Ungarns]. Bd. II: A müncheni egyezmény létrejötte és Magyarország külpolitikája 1936-1938 [Die Entstehung des Münchener Abkommens und Ungarns Außenpolitik 1936-1938]. Zusammengestellt von Magda ÁDÁM. Budapest 1962.

²⁴² JAKSCH S. 458.

FOREIGN RELATIONS OF THE UNITED STATES (FRUS). Diplomatic Papers. Bd. I (1938-1939). Ed. by Department of State. Washington D.C. 1955-1956.

Abhandlungen, Aufsätze und Darstellungen

- ÁDÁM Magda: Magyarország és a kisantant a harmincas években [Ungarn und die Kleine Entente in den dreißiger Jahren]. Budapest 1968.
- DIES.: A kisantant 1920-1938 [Die Kleine Entente]. Budapest 1981.
- ÁDÁM Magda – JUHÁSZ Gyula – KERÉKES Lajos: Allianz Hitler – Horthy – Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik 1933 bis 1944. Budapest 1966.
- ALLARD Sven: Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930 bis 1941. Bern – München 1974.
- BECK József: Dernier rapport. Politique polonaise 1926-1939. Neuchâtel 1951.
- BENESCH Edouard: Der Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die Tschechoslowakei. Berlin 1928.
- BENOIST-MÉCHIN Jacques: Am Rande des Krieges 1938. Die Sudetenkrise. Oldenburg – Hamburg 1967.
- BETHLEN Count István: Hungarian Politics during World War Two. Treatise and Indictment, edited by Countess Ilona Bolza. München 1985. (Studia Hungarica 27.)
- BETHLEN István gróf: Szent István napján [Am Geburtstag des Hl. Stefan]. In: Pesti Napló. 20. August 1937.
- BLASIUS Rainer H.: Für Großdeutschland – gegen den großen Krieg. Ernst von Weizsäcker in der Krise um die Tschechoslowakei und Polen. Köln – Wien 1981.
- BONNET Georges: Défense de la paix. De Washington à Quai d'Orsay. Genève 1946.
- BRANDES Detlef: Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Tschechoslowakei. In: FUNKE Manfred (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Düsseldorf 1976, S. 508-523.
- BRÓSZAT Martin: Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938-1941. In: FUNKE Manfred (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Düsseldorf 1976, S. 524-564.
- BULLITT O. H.: For the President. Personal and Secret correspondence between FDR and William C. Bullitt. Boston 1972.
- BULLOCK Allen: Hitler. A Study in Tyranny. London 1952.
- BURCKHARDT Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939. München 1960.
- CELOVSKY Boris: Das Münchener Abkommen 1938. Stuttgart 1958. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 3.)
- CHASZAR Edward: Decision in Vienna. The Czechoslovak-Hungarian Border Dispute of 1938. Astor (Florida) 1978.
- CHURCHILL Winston S.: Der Zweite Weltkrieg. Bd. I. Buch 1-2. Bern 1948.
- CIANO Galeazzo: Tagebücher 1937-1938. Hamburg 1949.
- CORBETT P. E.: Law and Society in the Relations of States. New York 1951.
- COULONDRE Robert: De Staline à Hitler. Paris 1950.
- CZETTLER Anton: Politische Betrachtungen eines konservativen Ungarn. Bemerkungen zu István Graf Bethlens Schrift: Die ungarische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg. In: Ungarn-Jahrbuch 13 (1985) S. 75-112.
- DUROSELLE Jean-Baptiste: Histoire diplomatique de 1919 à nos jours. Paris 1957.

- ERDMANNSDORFF Otto von: Die politischen Ereignisse in Ungarn während der Zeit vom Mai 1937 bis Juli 1941. Manuskript, dem Verfasser zur Verfügung gestellt von Dr. Peter Gosztony, Bern.
- FABRY Philipp W.: Balkan-Wirren 1940-1941. Darmstadt 1966.
- FEILING Keith: The Life of Neville Chamberlain. London 1947.
- FEST Joachim C.: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt – Berlin – Wien 1979.
- FRANÇOIS-PONCET André: Souvenirs d'une ambassade à Berlin. Septembre 1931 - Octobre 1938. Paris 1946.
- HAUSER Oswald: England und Hitler. In: FRANZ Otmar (Hg.): Was weiter wirkt. Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1971, S. 188-200.
- HENDERSON Neville Sir: Failure of a Mission: Berlin 1937-1939. London 1939.
- DERS.: Fehlschlag einer Mission: Berlin 1937-1939. Zürich 1944.
- HENKE Josef: Hitlers England-Konzeption. Formulierung und Realisierungsversuche. In: FUNKE Manfred (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Düsseldorf 1976, S. 584-603.
- HILL Leonidas: Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950. Frankfurt a. M. 1974.
- HILLGRUBER Andreas: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Göttingen 1967.
- HODŽA Milan: Die neue Situation Europas und die Čechoslovakei. Prag 1938.
- HOENSCH, Jörg K.: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39. Köln – Graz 1965. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 4.)
- DERS.: Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei. Tübingen 1967. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 23.)
- HORTHY Nikolaus von: Ein Leben für Ungarn. Bonn 1953.
- JAKSCH Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum. Stuttgart 1958.
- JUHÁSZ Gyula: Magyarország külpolitikája 1919-1945 [Ungarns Außenpolitik]. Budapest 1969.
- DERS.: Magyar-brit titkos tárgyalások 1943-ban [Ungarisch-britische Geheimverhandlungen 1943]. Budapest 1977.
- KÁLLAY Nicholas: Hungarian Premier. A Personal Account of a Nation's Struggle in the Second World War. New York 1954.
- KANN Robert A.: Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918. Princeton 1976.
- KERTÉSZ Stephen B.: Diplomacy in a Whirlpool. Hungary between Nazi-Germany and Soviet-Russia. Notre Dame (Indiana) 1953.
- KISZLING Rudolf: Die militärischen Vereinbarungen der Kleinen Entente 1929-1937. München 1959. (Südosteuropäische Arbeiten 54.)
- KLEPETAŘ Harry: Seit 1918 ... Eine Geschichte der tschechoslowakischen Republik. Mährisch-Ostau 1937.
- KORDT Erich: Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches. Versuch einer Darstellung. Stuttgart 1947.
- DERS.: Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen, Eindrücke 1928-1945. Stuttgart 1950.
- LETTRICH Jozef: History of Modern Slovakia. London 1956.
- LUKACS John: The Last European War. September 1939 – December 1941. London 1976.
- MACARTNEY C. A.: October Fifteenth. A History of Modern Hungary. 2 Bde. Edinburgh 1956-1957.
- DERS.: Hungary and Her Successors. The Treaty of Trianon and its Consequences. London 1937.
- DERS.: The Habsburg Empire 1790-1918. London 1969.
- MASARYK Tomas G.: Die Weltrevolution, Erinnerungen und Betrachtungen 1914-1918. Berlin 1925.

- NAMIER Lewis B.: *Diplomatic Prelude 1938-1939*. London 1948.
- NICOLSON Harold: *Friedensmacher 1919*. Berlin 1933.
- NOEL Léon: *Der deutsche Angriff auf Polen*. Berlin 1948.
- RABL Kurt O.: *Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19*. München 1958.
- RANKI György – PAMLÉNYI Ervin – TILKOVSKY Lóránt – JUHÁSZ Gyula: *A Wilhelmstrasse és Magyarország. Német diplomáciai iratok Magyarországról [Die Wilhelmstraße und Ungarn. Deutsche diplomatische Schriften über Ungarn]*. Budapest 1968.
- RENNER Karl: *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen*. Wien – Leipzig 1908.
- RIPKA Hubert: *Munich: Before and After. A Fully Documented Account of the Crises of September 1938 and March 1939 with a Detailed Analysis of the Repercussions of the Munich Agreement on the Situation of Europe as a Whole and of Central Europe in Particular, together with an Essay on the Reconstruction of a Free Europe*. London 1939.
- ROHE Karl: *Die Westmächte und das Dritte Reich 1933-1939*. Paderborn 1982.
- ROMSICS Ignác: *Gróf Bethlen István politikai pályája 1901-1921 [Die politische Laufbahn des Grafen István Bethlen]*. Budapest 1987.
- RÖNNEFARTH Helmuth K. G.: *Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Entstehung – Verlauf – Auswirkungen*. 2 Bde. Wiesbaden 1961. (Veröffentlichung des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz 21).
- ROOS Hans: *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931-1939*. Tübingen 1957. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 7.)
- SETON-WATSON Hugh: *Eastern Europe between the Wars 1918-1941*. Cambridge 1945.
- SZEMBEK Jean Comte: *Journal 1933-1939*. Paris 1952.
- SZINAI Miklós – SZÜCS László: *Horthy Miklós titkos iratai [Die Geheimschriften von Nikolaus Horthy]*. Budapest 1962.
- TANSILL Charles C.: *Back Door to War. The Roosevelt Foreign Policy 1933-1941*. Chicago 1952.
- THIELENHAUS Marion: *Zwischen Anpassung und Widerstand: Deutsche Diplomaten 1938-1941. Die politischen Aktivitäten der Beamtengruppe um Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt*. Paderborn 1985.
- TILKOVSKY Lóránt: *Revízió és nemzetiségpolitika Magyarországon (1938-1941) [Revision und Nationalitätenpolitik in Ungarn]*. Budapest 1967.
- DERS.: *Volksdeutsche Bewegung und ungarische Nationalitätenpolitik*. In: *Acta Historica* 12 (1966) 1-2, S. 59-112.
- DERS.: *Ungarn und die deutsche ‚Volksgruppenpolitik‘ 1938-1945*. Köln – Wien 1981.
- TOLAND John: *Adolf Hitler*. London 1977.
- ULLEIN-REVICZKY Antal: *Guerre allemande – paix russe. Le drame hongrois*. Neuchâtel 1947.
- WHEELER-BENNETT John W.: *Munich. Prologue to Tragedy*. London 1948.
- WISKEMANN Elizabeth: *Prologue to War*. London 1940.
- WOJATSEK Charles: *From Trianon to the First Vienna Arbitral Award. The Hungarian Minority in the First Czechoslovak Republic 1918-1938*. Sherbrooke (Quebec, Canada) 1981.